



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

85. Sitzung

6. Wahlperiode

---

Freitag, 12. Dezember 2014, Schwerin, Schloss

---

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,  
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

**Inhalt**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
**Maritime Wirtschaft  
Mecklenburg-Vorpommerns  
stärken – Maritimes Zukunftsforum  
Mecklenburg-Vorpommern initiieren**

– Drucksache 6/3494 – ..... 3

Helmut Holter, DIE LINKE ..... 3, 15  
Minister Harry Glawe ..... 5  
Jochen Schulte, SPD ..... 7, 10, 16  
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ..... 10, 11  
Wolfgang Waldmüller, CDU ..... 12  
Udo Pastörs, NPD ..... 14

B e s c h l u s s ..... 18

Antrag der Fraktion der NPD  
**„MV tut gut“ – Landeszuwendungen für das  
Projekt „KinderBewegungsLand“ ab 2016  
erhöhen und in den Folgejahren verstetigen**

– Drucksache 6/3507 – ..... 18

Udo Pastörs, NPD ..... 18, 21  
Simone Oldenburg, DIE LINKE ..... 19

B e s c h l u s s ..... 23

Antrag der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
**Überwindung von Langzeitarbeitslosigkeit zum  
Schwerpunkt politischen Handelns machen**

– Drucksache 6/3505 – ..... 23

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ..... 23  
Ministerin Birgit Hesse ..... 25  
Torsten Renz, CDU ..... 26, 29  
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ..... 29, 34  
Henning Foerster, DIE LINKE ..... 30, 36  
Martina Tegtmeier, SPD ..... 32  
Stefan Köster, NPD ..... 34

B e s c h l u s s ..... 36

Antrag der Fraktion der NPD  
**Mutterschaftsgeld nicht nur für die Zeit der  
Schutzfristen der §§ 3 Absatz 2 und 6 Absatz 1  
Mutterschutzgesetz gewähren, sondern auch  
für die Zeit, in der die Bedingungen des § 3  
Absatz 1 Mutterschutzgesetz gegeben sind**

– Drucksache 6/3508 – ..... 37

Michael Andrejewski, NPD ..... 37, 39  
Julian Barlen, SPD ..... 38

B e s c h l u s s ..... 40

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**Grundsätze fairer Praktika auch in  
Mecklenburg-Vorpommern umsetzen**

– Drucksache 6/3499 – ..... 40

Henning Foerster, DIE LINKE ..... 40, 45

Ministerin Birgit Hesse ..... 42

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ..... 43

Martina Tegtmeier, SPD ..... 44

Stefan Köster, NPD ..... 44

Torsten Renz, CDU ..... 45

**B e s c h l u s s** ..... 47

Antrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Winterabschiebungsstopp anordnen**

– Drucksache 6/3544 – ..... 47

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ..... 47, 57

Dagmar Kaselitz, SPD ..... 49

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE ..... 52

Wolf-Dieter Ringguth, CDU ..... 53

Udo Pastörs, NPD ..... 55

Peter Ritter, DIE LINKE ..... 59

**B e s c h l u s s** ..... 60, 73

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**Bahnbetrieb der abbestellten**

**Teilstrecke der Südbahn durch den**

**Kreis Ludwigslust-Parchim ermöglichen**

– Drucksache 6/3567 – ..... 60

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE ..... 60, 70

Minister Christian Pegel ..... 62

Dietmar Eifler, CDU ..... 65

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN .... 65

Jochen Schulte, SPD ..... 67

Barbara Borchardt, DIE LINKE ..... 68

Stefan Köster, NPD ..... 70

**B e s c h l u s s** ..... 71, 74

**Nächste Sitzung**

Mittwoch, 28. Januar 2015 ..... 72

**Beginn: 9.01 Uhr**

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 85. Sitzung des Landtages und stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Jeder von Ihnen hat heute hier so einen kleinen Weihnachtsmann liegen. Das war der verspätete Nikolaus.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Müssen wir damit heute abstimmen?)

Ich glaube nicht. Ich glaube, wir nehmen nach wie vor die Hände und nicht den Weihnachtsmann.

Gut, dann möchte ich in die Tagesordnung einsteigen und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Maritime Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns stärken – Maritimes Zukunftsforum Mecklenburg-Vorpommern initiieren, auf Drucksache 6/3494.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE**  
**Maritime Wirtschaft**  
**Mecklenburg-Vorpommerns**  
**stärken – Maritimes Zukunftsforum**  
**Mecklenburg-Vorpommern initiieren**  
**– Drucksache 6/3494 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Holter von der Linksfraktion. Bitte.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Helmut Holter, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einen wunderschönen guten Morgen! Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land zum Leben, ein Land zur Entspannung, ein Land des Urlaubs, des Wassers, der Natur. Leider lesen wir in der Presse: „nicht modern, aber schön“.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Doch Mecklenburg-Vorpommern ist mehr. Mecklenburg-Vorpommern ist mehr als Sommer, Sonne, Strand und Strandkorb. Ich möchte hier mit dem Antrag auch über Wirtschaft und Industriepolitik sprechen.

Dass Mecklenburg-Vorpommern mehr ist als das, was ich eben zu Beginn gesagt habe, das wissen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land, das wissen wir, aber das weiß kaum jemand außerhalb der Landesgrenzen. Viel zu oft wissen es nicht einmal die Jugendlichen aus unserem Land selbst. Wie oft haben wir in den Schulen, in den Dörfern und Städten oder auch hier im Landtag mit Jugendlichen genau über diese Frage gesprochen.

Die Wirtschaft fordert zu Recht, dass jetzt der Fokus im Marketing des Landes auf Wirtschaftsthemen liegen muss unter dem Motto „Land zum Arbeiten“. Mecklenburg-Vorpommern als unternehmerfreundliches, modernes, dynamisches und innovatives Land – diese Schlagworte müssen mit Leben erfüllt werden, damit das Marke-

ting nicht zur Mogelpackung wird. Dazu bedarf es der Ausrichtung auf Zukunftsbranchen im Land. Für diese gilt es Voraussetzungen, sozusagen ein Klima für positive Entwicklungen zu schaffen, was zwangsläufig nur über Forschung und Entwicklung sowie über Innovationen möglich ist.

Die maritime Wirtschaft, meine Damen und Herren – das ist Allgemeingut, das sagen wir uns immer wieder –, ist eine Zukunftsbranche. Die Landesregierung sieht das in Teilen auch so, beispielsweise beim maritimen Tourismus, in der Kooperation im Ostseeraum oder beim Maschinenbau, zu dem die Landesregierung leider nur untergeordnet die maritime Industrie einordnet. Die Bedeutung des maritimen Wirtschaftszweiges bestätigen im Übrigen auch die Gewerkschaften, was auf ihrer Konferenz unter dem Titel „Struktureller Wandel und nachhaltige Modernisierung – Perspektiven der Industriepolitik in Norddeutschland“ deutlich wurde. Für diejenigen, die es nicht wissen, diese Konferenz fand am 30. Oktober in Hamburg statt.

Hier müsste ich eigentlich viel weiter ausholen und auch hinterfragen, warum denn Vertreterinnen und Vertreter der Koalition beziehungsweise der Landesregierung an dieser wichtigen Veranstaltung nicht teilgenommen haben. Ich kann hier eigentlich nur Inaktivität feststellen, weil die Gewerkschaften das Thema aufgerufen haben, denn Industriepolitik ist schon interessant, und das nicht nur unter dem Gesichtspunkt der guten Arbeit. Wir fanden, das Land Mecklenburg-Vorpommern fand nicht statt. Wir, also ich und Vertreter meiner Fraktion, haben an dieser Konferenz teilgenommen. Ich hatte schon erwartet, dass die Landesregierung zumindest neugierig ist, was denn die Gewerkschaften so über die Industriepolitik im Norden denken.

Und dann, Herr Glawe und Herr SELLERING, nach wie vor fehlt in Mecklenburg-Vorpommern eine industriepolitische Konzeption. Die Studie, die auf der Konferenz vorgestellt wurde, beschreibt jedenfalls die maritime Industrie für die norddeutschen Länder, aber vor allem für Mecklenburg-Vorpommern als Zukunftsbranche. Die maritime Industrie ist und bleibt die Kernindustrie des Landes. Davon will ich auch nicht abweichen. Das hat – an der haben auch Regierungsvertreter, namentlich der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister, teilgenommen – die maritime Zukunftskonferenz der Industrie- und Handelskammern hier in Mecklenburg-Vorpommern am 18. und 19. November erneut unterstrichen. Auch hier wurde über Zukunftsfragen gesprochen. Allein der Name der Konferenz hat es schon deutlich gemacht.

Was kommt auf die Schiffbauindustrie zu? Wie kann wissenschaftlicher Vorlauf geschaffen werden, um am Markt zu bestehen? Welche Kooperationen sind dazu notwendig, welches Personal? Welche Chancen bietet die Offshorewindenergie und welche Voraussetzungen müssen dazu infrastrukturell sowohl an Land als auch bei den Häfen erfüllt sein? Auf dieser Konferenz wurde auch über vernetzte Transportwege gesprochen. Es wurde darüber gesprochen, dass der Ostsee-Adria-Korridor eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet. Die Frage ist, welche Voraussetzungen müssen hier geschaffen werden, damit Mecklenburg-Vorpommern auch davon profitieren kann. Was bedeutet der Klima- und Umweltschutz für die Schifffahrt und welche Bedeutung hat das wiederum für die Ausstattung der Häfen? Wohin entwickelt sich die Meerestechnik für den Bergbau am Meeresgrund

und wie kann der Standort Mecklenburg-Vorpommern sich besser in den Forschungsprozess insgesamt einbringen?

Nun ist es ja nicht so, dass auf diesen Gebieten nichts getan wird. Es wird vieles und einiges getan, aber es fehlt an einer Gesamtstrategie und Gesamtkonzeption. Deswegen gibt es Fragen, die auf Antworten warten, Fragen, die eine Antwort verdient haben, Fragen, deren Antworten für die Zukunft der maritimen Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern überlebenswichtig sind. Und wer über die Zukunft redet, muss natürlich auch über aktuelle Fragen und damit über aktuelle Hemmnisse reden. Hier haben wir es mit Problemen zu tun, die wir seit Jahren diskutieren: Das ist das Thema Finanzierung, das ist das Thema Fachkräfte, das ist aber auch das Thema wissenschaftlicher Vorlauf beziehungsweise die Frage von Forschung und Entwicklung. Wenn ich mir anschau, was die Landesregierung in den letzten Jahren hier gemacht hat, dann sieht es verdammt finster aus.

Meine Damen und Herren, der Anteil von Ingenieurinnen und Ingenieuren, von Technikerinnen und Technikern an der Gesamtbeschäftigung auf den Werften beträgt im Durchschnitt mittlerweile 19,1 Prozent. Bei Nordic Yards liegt dieser Anteil bei 34 Prozent, auf der Neptun Werft bei 23 Prozent. Das geht aus einer Betriebsräteumfrage der IG Metall Küste aus diesem Jahr 2014 hervor. Vor diesem Hintergrund stellt sich doch die Frage, wie in Zukunft die Fachkräfte gesichert werden. Bereits in den vergangenen zwölf Monaten hat die Hälfte der Werften in Norddeutschland ihre offenen Stellen nicht mit qualifizierten Fachkräften besetzen können. Das macht doch die fast schon dramatische Lage deutlich.

Die Frage der Fachkräfte für die maritime Industrie wird in diesem Bereich nur mit den Hochschulen und Fachhochschulen gemeinsam zu lösen sein. Dazu gehört, dass Absolventinnen und Absolventen also schon während des Studiums an den Hochschulen und Fachschulen, aber auch die Schülerinnen und Schüler um ihre Chancen wissen müssen. Aber auch das hat etwas mit Marketing zu tun.

Auf der Maritimen Konferenz, meine Damen und Herren, ging es wieder einmal um die Finanzierung in der maritimen Industrie. Was soll ich sagen?! Seit mehr als drei Jahren wird geredet und geredet und geredet, an der Situation hat sich indes nichts geändert. Deutliche Kritik kam von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Eckhardt Rehberg. Er hat darauf hingewiesen, dass sich die Landesregierung mit dem Werftenförderungsgesetz die denkbar schlechteste Verhandlungsposition verschafft hat.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Das Kalkül wird nicht aufgehen, erst das eigene Engagement nahezu einzustellen und dann beim Bund um Hilfe zu rufen. Ich gehe mal davon aus, dass der Wirtschaftsminister uns nachher berichten wird, was die Wirtschaftsminister gestern in Stralsund beredet haben. Es war in der Presse schon zu lesen. Und da steht nun auch die Frage, ob der Bund dem Ruf der Wirtschaftsministerkonferenz folgen wird.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Ich erinnere noch einmal daran, dass die Landesregierung die Auffassung vertreten hat, dass mit der Deckung der Bürgschaften der Bund unter Druck zu setzen sei. Ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit: Ich

halte das für absoluten Unsinn. Wenn der Bund mit an Bord soll, dann braucht es mehr als pauschale Rufe nach Unterstützung. Mecklenburg-Vorpommern wird aber kaum in der Lage sein, die eigenen Interessen durchgesetzt zu bekommen. Gerade deshalb ist die Kooperation mit den anderen norddeutschen Ländern besonders wichtig. Aber dazu müssen wir vor der eigenen Haustür erst einmal kehren und wissen, wohin die Reise gehen soll.

Wie stellt sich die maritime Wirtschaft, die maritime Industrie im Land strategisch auf und was brauchen wir dafür? Hier passt es, dass ich die Regierung noch einmal loben kann. Seit September ist Mecklenburg-Vorpommern Kooperationspartner im Maritimen Cluster Norddeutschland. Das ist gut so. Gleichzeitig erwachsen daraus aber neue Aufgaben. Nur Mitglied zu sein, reicht nicht aus, denn in den anderen Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen gibt es jeweils Geschäftsstellen des Maritimen Clusters, jeweils besetzt mit einer Leiterin beziehungsweise einem Leiter und einer Projektmanagerin. Die Geschäftsstellen sind für den Aufbau, den Erhalt und die Weiterentwicklung des Netzwerkes in den Ländern und über die Grenzen hinaus zuständig. Sie bringen maritime Unternehmen für gemeinsame Projekte zusammen. Sie werden möglicherweise mit MAO und MAZA argumentieren, aber ein Maritimes Cluster ist mehr als der Verbund der Zuliefererindustrie. Sie organisieren in den anderen Ländern nämlich den Kontakt zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und die Politik spannt dazu den Rahmen.

Diese Strukturen sind in Mecklenburg-Vorpommern nicht vorhanden. Dabei ist es wichtig, ein enges Kooperationsnetzwerk zwischen den Unternehmen einerseits, den Unternehmen und der Wissenschaft andererseits herzustellen. Wir benötigen ein solches Maritimes Cluster Mecklenburg-Vorpommern. Das muss die Konsequenz aus den Entwicklungen, den Erkenntnissen der vergangenen Jahre sein. Aus heiterem Himmel, ohne Anstoß von außen wird sich kein Netzwerk bilden. Auch das haben die Erfahrungen der letzten Jahre gelehrt.

Damit Mecklenburg-Vorpommern als maritimer Standort im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen kann, müssen die Zukunftsfragen beantwortet werden. Dazu bedarf es endlich eines festen Bündnisses zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Branche, der Gewerkschaften, der Wissenschaft und der Politik. Wie das Kind nun heißt, ob wir das nun „Maritimes Zukunftsforum“ nennen, wie wir vorgeschlagen haben, oder „Maritimer Initiativkreis“, wie es in Bremen heißt, darüber kann man ja reden. Aber ein solches Bündnis wird gebraucht und darf nicht zur Debatte stehen. Damit sich in Mecklenburg-Vorpommern ein Cluster, also ein hochkomplexes Netzwerk in diesem Wirtschaftszweig bildet, bedarf es einer Struktur, von der aus dieses Netzwerk erst einmal aufgebaut und gepflegt wird. Partner der Branche müssen zusammengebracht werden, um das Entstehen von Wissen und Innovationen zu befördern.

Ich möchte zum Abschluss Herrn Schulte zitieren. Es ist mir eine Ehre, Herr Kollege,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

das zu tun, Zitat: „Ich habe die Hoffnung, dass es nach den Wahlen im Herbst dazu kommen wird, dass meine eigene Partei mit die Bundesregierung stellen wird, und dann, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, würde ich

mich darüber freuen, wenn wir alle zusammen in den demokratischen Fraktionen – auch in Richtung Bund – noch mal den Druck verschärfen würden, damit das, worüber wir uns ja inhaltlich einig sind, was gemacht werden muss, dann endlich passiert und nicht der Stillstand weiter gefestigt wird, der in den letzten Jahren durch die Bundesregierung im Bereich der maritimen Wirtschaft gemacht wird.“ Ende des Zitats.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Also, Herr Schulte, Ihre Hoffnung ist wahr geworden, die SPD regiert auf Bundesebene mit. Herr Gabriel, der Bundeswirtschaftsminister, ruft zum Bündnis Industrie auf. Lassen Sie uns jetzt die Zukunftsfragen in Mecklenburg-Vorpommern anpacken und den Druck auf den Bund verschärfen! Wenn Ihre Worte ernst gemeint sind, dann wird Ihnen nichts anderes übrig bleiben, als unserem Antrag zuzustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Danke, Herr Holter.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Herr Glawe. Bitte.

**Minister Harry Glawe:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete dieses Hohen Hauses!

Herr Holter, Sie haben einige interessante Themen angesprochen. Ein Land zum Arbeiten, das ist Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile. Ich will Sie daran erinnern, als Sie Arbeitsminister waren und 180.000 Leute arbeitslos waren

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

hier in Mecklenburg-Vorpommern. In den letzten acht Jahren hat die Landesregierung es geschafft, die Arbeitslosigkeit zu halbieren.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Die  
Landesregierung hat das geschafft. Toll!)

Daran will ich Sie noch mal erinnern.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Ja, und die Wirtschaft hat natürlich in besonderer Weise dazu beigetragen. Aber der Rahmen wird nun mal durch die Landespolitik mitbestimmt. Wir haben deutlich mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse und es sind fast 40.000 mehr, seit Sie aus dem Amt gegangen sind.

(Regine Lück, DIE LINKE: Was für  
Arbeitsplätze, muss man fragen!  
Was für Arbeitsplätze?!)

Meine Damen und Herren, Seefahrt, Hafenwirtschaft, Schiffbau und seine Zulieferer und Dienstleister haben in

allen Küstenbundesländern und natürlich auch bei uns eine lange Tradition.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Und hier ist Mecklenburg-Vorpommern natürlich auch in der Pflicht, weiter strukturbestimmende Wirtschaftszweige zu unterstützen. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern immerhin 32.000 Beschäftigte und mehr als 1.900 Betriebe und Einrichtungen.

Als Wirtschaftsminister gilt mein besonderes Augenmerk der Förderung und Entwicklung der maritimen Industrie und des Schiffbaus einschließlich der Meeres- und der Offshoretechnik. Sie umfasst 280 Unternehmen mit insgesamt 10.000 Beschäftigten. Zum Schiff- und Bootsbau in unserem Land zählen circa 160 Unternehmen mit rund 5.000 Mitarbeitern. Auf den sechs größten hiesigen Werften Nordic Yards an den Standorten Wismar, Rostock, Warnemünde und Stralsund, der Neptun Werft Rostock, der Peene-Werft in Wolgast und der Tamsen-Werft Rostock sind gegenwärtig 2.000 Mitarbeiter mit rund 240 Auszubildenden beschäftigt.

Die Schiffbauindustrie mit ihren maritimen Zulieferern und Dienstleistern bleibt für uns eine strategische Industrie, auch wenn die Wirtschafts- und Finanzkrise in dieser Branche ganz besonders deutlich Spuren hinterlassen hat. Es ist uns trotz der bekannten Insolvenzen gelungen, alle Werftstandorte zu erhalten. Der Schiffbau der letzten Jahre ist bei uns gekennzeichnet durch technisch hochwertigen, innovativen Spezialschiffbau sowie Meerestechnik. Chancen bieten dabei insbesondere der Offshorewindenergiebereich mit dem Bau von Transportschiffen, der Bau von Strukturen für Offshorewindenergieanlagen sowie der Bau mit Konverterplattformen für Offshorewindparks. Dies sage ich ausdrücklich und bewusst trotz der andauernden Diskussion um erneuerbare Energien im Offshorebereich insbesondere und deren Ableitung über Netze nach Süddeutschland. Nordic Yards hat sich auf diesem Gebiet in den letzten Jahren eine weltweit beachtete Position erarbeitet.

Gleiches gilt für die Neptun Werft. Diese ist in besonderer Weise Spezialistin für den Bau von Flusskreuzfahrtschiffen. Zukunftspotenziale sehe ich daneben auch in weiteren Aktionsfeldern der Meerestechnik, wie der Polar- und Eistechnik, Öl- und Gasgewinnung, dem Tiefseebergbau und der Unterwassertechnik.

Ziel meiner Politik ist es, die industrielle Wertschöpfung – und das ist besonders wichtig – zu erhöhen, die Innovationsfähigkeit zu stärken und wissensbasierte Arbeitsplätze zu schaffen sowie vorhandene Stärken auszubauen und neue Chancen zu nutzen. Dabei dürfen wir vor dem Hintergrund der geopolitischen Lage mit Blick auf das Verhältnis zu Russland sowie die aktuell anhaltenden Ölpreisentwicklungen und die Ölförderung in den arktischen Regionen nicht zu große Erfolge erwarten. Die extreme Ausweitung der Ölförderung auf Schieferöllagerstätten durch die USA macht es sehr teuer und damit ist die Förderung zurzeit eher unattraktiv. Gleichwohl meine ich, dass es ratsam ist, auf dem Spezialschiffbau- und dem Meerestechnikgebiet weiter aktiv zu bleiben, um bei Änderung der Lage schnell am Markt präsent zu sein. Wir sollten alle zusammenwirken, um dieser Hightechbranche in unserem Land eine gebührende Unterstützung zukommen zu lassen.

Meine Damen und Herren, die maritime Wirtschaft des Landes hat sich mit dem Ausschuss „Maritime Wirtschaft“ der drei Industrie- und Handelskammern des Landes selbst ein Sprachrohr geschaffen. Ihm gehören Vertreter der Werften, der Zuliefererindustrie, der Häfen und der Reedereien an. Auf Initiative dieses Ausschusses fanden bisher sechs Zukunftskonferenzen der maritimen Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns statt. Die Zukunftskonferenzen des Ausschusses haben sich zu wichtigen Präsentationen der Leistungsfähigkeit der maritimen Wirtschaft unseres Landes entwickelt. Insofern, denke ich, haben wir ein Zukunftsforum schon geschaffen.

Die Landesregierung hat auf die tief greifenden strukturellen Veränderungen in der Branche mit einer Reihe konkreter Maßnahmen reagiert, deren komplette Auflistung ich uns an dieser Stelle erspare. Aber ich will natürlich erwähnen, dass Mecklenburg-Vorpommern bei der Bauzeitenfinanzierung der Werften als einziges Bundesland den Bund mit im Boot hat und zu einem Kreditrahmen von 500 Millionen Euro beiträgt. Also 80 Prozent der Bürgschaftssumme können damit abgedeckt werden. Davon übernimmt der Bund im Schadensfall 100 Millionen Euro. Dieser Rahmen ist auch bei Weitem nicht durch Neubauten abgedeckt. Zurzeit sind 87 Millionen Euro gebunden, also noch genügend Luft nach oben.

Was die im Land vertretenen maritimen Branchen angeht, so zielt mein Haus auf die Förderung von unternehmensbezogenen Netzwerken, ganz besonders auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen ab. Genannt seien hier für die Zukunftsindustrie der Kooperationsverbund MAZA und für die Windenergie „Wind-Energy-Network“.

Meine Damen und Herren, das sind entscheidende Schritte, die das Wirtschaftsministerium intensiv begleitet und fördert. Mit diesen Netzwerken und dem Ausschuss „Maritime Wirtschaft“ der drei Industrie- und Handelskammern des Landes ist ein Maritimes Cluster Mecklenburg-Vorpommern gegeben. Dieses Cluster soll in den nächsten Jahren zu einem Verbund aller norddeutschen Küstenländer gebracht werden, genannt das Maritime Norddeutsche Cluster, denn entscheidend ist, dass wir über Ländergrenzen hinaus zu einer gemeinsamen Sprache kommen, um die Interessen der maritimen Wirtschaft und der Zulieferer auch gegenüber dem Bund sowie der EU durchzusetzen oder anzumelden.

Meine Damen und Herren, dabei kommt auch den Hochschulen eine aktive Mitarbeit zu, denn der Beirat braucht wissenschaftlichen Beistand und Beratung. Natürlich braucht er die Unternehmen und natürlich braucht er auch neue kluge Ideen. Dazu sind die Netzwerke da. Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit soll also durch eine bestmögliche Unterstützung von Verbänden aus Wirtschaft und Wissenschaft bei Forschung und Entwicklung erfolgen. Hier setzen wir auch das neue OP EFRE gezielt ein. Ich will darauf hinweisen, dass wir in der letzten Förderperiode 155 Millionen Euro zur Verfügung hatten. Mittlerweile sind das 168 Millionen und damit eine zehnprozentige Steigerung, denn es wird wichtig sein, dass wir die Zukunftsfelder insgesamt abdecken. Und der Maschinenbau, dazu gehört der Schiffbau, Herr Holter, ist ausdrücklich in diesem Operationellen Programm als eine der wichtigsten Zielmarken formuliert.

Professor Wanner ist der Leiter dieses Zukunftsfeldes und ich kann Ihnen hier berichten, dass wir mittlerweile in

diesem Bereich allein über 20 Millionen Euro an Unterstützung bereitgestellt haben, einmal bisher für die Infrastruktur 11,7 Millionen Euro, ein vierter Abschnitt wird vorbereitet. Dazu gibt es bereits Zusagen des Wirtschaftsministeriums und es wurden auch 37 Projekte mit einem Volumen von knapp 6 Millionen Euro an die hiesige Wirtschaft ausgereicht.

Gemeinsames Ziel des Bildungs- und des Wirtschaftsministeriums ist es, das Fraunhofer-Anwendungszentrum zu einem Fraunhofer-Institut auszubauen. Für Mecklenburg-Vorpommern wäre das ein eigenständiges Institut, das erste. Hier ziehen Wirtschaftsministerium, Bildungsministerium und die Fraunhofer-Zentrale an einem Strang. Ich bin sehr optimistisch, dass wir dieses Ziel bald erreichen werden. Ein eigenständiges Fraunhofer-Institut kann dann mit einer hohen Anzahl von kompetenten Ingenieuren und Wissenschaftlern lehren sowie eine moderne Forschungsinfrastruktur die maritime Wirtschaft hervorragend bei Forschung und Entwicklung unterstützen.

Meine Damen und Herren, ob es neben dem „Nationalen Masterplan Maritime Technologien“ in der Bundesregierung auch eines Masterplanes für die maritime Wirtschaft unseres Landes und in den genannten Rahmenbedingungen bedarf, will ich heute noch nicht abschließend beantworten. Ich bin an dieser Stelle allerdings offen. Wenn der Ausschuss „Maritime Wirtschaft“ der Industrie- und Handelskammern es an uns heranträgt, sind solche Dinge durchaus denkbar.

Meine Damen und Herren, die Rahmenbedingungen für die maritimen Unternehmen bildet insgesamt natürlich in erster Linie der Weltmarkt, denn nicht wie früher können Fünfjahrespläne unter einer Planwirtschaft unser Ziel sein.

(Regine Lück, DIE LINKE: Wenn ich solche Argumente höre, dann wird mir aber übel.)

Ich will noch zwei, drei Dinge nennen, die gestern eine entscheidende Rolle gespielt haben auf der Wirtschaftsministerkonferenz in Stralsund. Wir haben den Bund aufgefordert, das KfW-Sonderprogramm Offshorewindenergie zu erweitern, und zwar auf den Bereich der Finanzierung von Hafen- und Schiffskapazitäten. Ich denke, dass das ein wichtiger und richtiger Schritt wäre, um insgesamt eine Finanzierung von Spezialschiffen und Offshorestrukturen sozusagen zielgenau zu unterstützen. Wir haben den Bund aufgefordert, über die KfW ein solches Sonderprogramm zu entwickeln oder es aus dem 5-Milliarden-Programm mit zu finanzieren.

Von daher denke ich schon, dass die Landesregierung jederzeit in der Lage ist, die Rahmenbedingungen für die maritime Industrie in Mecklenburg-Vorpommern zu begleiten, zu unterstützen und ihr auch Gehör auf der Bundes- und auf der EU-Ebene zu verschaffen. Von daher, glaube ich, Herr Holter, können wir sagen, dass wir an diesem Thema insgesamt dran sind und dass wir weiter darauf setzen, dass die maritime Industrie in Mecklenburg-Vorpommern mit ihren Zulieferern auch weiter eine Zukunft hat. Denn wir sind es auch den 32.000 Beschäftigten schuldig, in diesem Rahmen die Interessen des Landes, ihrer Bürger und der Wirtschaft zu unterstützen und einzufordern. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Andreas Butzki, SPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

**Jochen Schulte,** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Kollege Holter! Lassen Sie mich zu Beginn meines Redebeitrages einen Satz sagen, der jetzt weniger was mit dem Inhalt Ihres Antrages oder mit dem Inhalt Ihrer Rede zu tun hat, sondern mit der Tatsache an sich, dass Sie und Ihre Fraktion heute hier auf dieser Plenarsitzung diesen Antrag eingereicht haben, und ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei Ihnen, bei Ihrer Fraktion bedanken, dass Sie das getan haben. Ich will das auch deutlich machen, warum ich das tue.

Sie, Ihre Kollegin Frau Rösler, meine Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen und auch der Kollege Saalfeld aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sitzen jetzt seit zwei Jahren im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Dieser Parlamentarische Untersuchungsausschuss – man mag zu ihm stehen, wie man will – hat ein aus meiner Sicht negatives Begleitergebnis, das man heute schon feststellen kann, und das ist der Umstand, dass eine Vielzahl von Unternehmerinnen und Unternehmern aus der maritimen Wirtschaft sich nicht erst in den letzten Monaten bei mir, aber sicherlich auch bei Ihnen, dahin gehend geäußert haben, dass eines der Ergebnisse dieses Parlamentarischen Untersuchungsausschusses schon heute wäre, dass weite Teile der maritimen Wirtschaft sich in ihrem öffentlichen Erscheinungsbild diskreditiert fühlen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass das nicht Ihre Absicht war, Herr Kollege Holter, als Sie damals diesen Untersuchungsausschuss beantragt haben. Ich glaube auch nicht, dass das heute Ihre Absicht ist, dafür kenne ich Sie zu gut und dafür kenne ich Sie auch zu lange. Aber man muss natürlich dann sagen, vor diesem Hintergrund finde ich es ausdrücklich gut, dass dieser Antrag heute von Ihnen gekommen ist, weil er ein positives Signal ist in diesem Haus, aus diesem Haus, dass in diesem Landtag unabhängig von allen inhaltlichen Unterschieden, wie wir mit dem Thema umgehen, zumindest in den drei großen Fraktionen dieses Hauses Einvernehmen dahin gehend besteht, dass die maritime Wirtschaft ein wesentliches industrielles und wirtschaftliches Element auch für die zukünftige Entwicklung dieses Landes ist und dass es über alle Differenzen hinweg in der Vergangenheit – und ich bin mir sicher, auch in der Zukunft – zwischen diesen Fraktionen keinen Dissens dahin gehend gegeben hat und geben wird, dass wir weiter an dieser wirtschaftlichen Entwicklung für diesen Bereich arbeiten wollen. Deswegen vor diesem Hintergrund ausdrücklich mein Dank an Sie, weil wenn wir diesen Antrag hier gleichlautend eingebracht hätten, dann hätten wir uns vielleicht an dieser Stelle doch bloß wieder anhören müssen, dass wir als Koalitionsfraktionen etwas schönreden wollen oder wie auch immer.

(Ulrike Berger,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Holter hat in seinem Eingangsstatement seines Antrages oder des Antrages der Fraktion DIE LINKE die Bedeu-

tung der maritimen Wirtschaft mit all ihren Komponenten für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dargestellt. Und ich habe das ja nun eben schon mal deutlich gemacht, ich teile auch die von ihm und die von der Fraktion DIE LINKE verdeutlichte Auffassung, dass die maritime Wirtschaft trotz aller Schwierigkeiten, gerade in den vergangenen Jahren, auch heute noch zu einer der Schlüsselindustrien gerade im Bereich Innovationskraft in unserem Land gehört. Die maritime Wirtschaft hat als Ganzes in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie anpassungs- und wandlungsfähig, innovativ und zukunftsorientiert ist. Und tatsächlich hat die maritime Wirtschaft in unserem Land, auch dank der Energiewende, in der Zukunft großes Potenzial, um hochwertige und langfristig stabile Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

Die Frage, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist dann auch tatsächlich: Kann – und, wenn ja, wo und wie – die Politik in unserem Land, in Deutschland, aber natürlich auch in Mecklenburg-Vorpommern diesen Entwicklungsprozess in der maritimen Wirtschaft begleiten und unterstützen?

Und, sehr geehrter Herr Kollege Holter, ich denke mal, bis zu dieser Fragestellung gibt es dann ja durchaus auch Gemeinsamkeiten zwischen der Antragstellerin und der Fraktion der SPD.

Um an dieser Stelle noch mal eines klarzustellen, sehr geehrte Kollegen: Die SPD-Fraktion wird auch in Zukunft die Häfen, die Werften und die gesamte maritime Wirtschaft weiter unterstützen und begleiten, damit sich dieses Land erfolgreich entwickeln kann. Und diesen Willen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen – insbesondere von der Fraktion DIE LINKE –, sehe ich auch durchaus glaubhaft bei Ihnen. Aber die Frage ist, was braucht die maritime Wirtschaft an politischer Begleitung. Braucht sie ein von oben, von der Politik, so, wie der Kollege Holter es eben dargelegt hat – und da kommt es tatsächlich nicht auf den Namen an, darüber müssen wir jetzt nicht diskutieren –, initiiertes Maritimes Zukunftsforum Mecklenburg-Vorpommern, wie es die Antragstellerin fordert? Oder ist es nicht tatsächlich besser, die bestehenden, aus der Wirtschaft initiierten Diskussionsrunden, Strukturen und Diskussionsprozesse weiterhin durch das Land zu unterstützen und zu begleiten?

Warum – und diese Frage muss man sich dann stellen – soll die Politik ein Maritimes Zukunftsforum Mecklenburg-Vorpommern initiieren, wenn beispielsweise seitens der IHK Rostock seit Jahren erfolgreich die Zukunftskonferenz der Maritimen Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern organisiert wird, ein Forum, in dem eben Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutiert wird und das Lösungen sucht und auch mit Unterstützung der Politik in die weiteren Prozesse findet? Warum also ein neues Forum kreieren, anstatt auf Vorhandenes zuzugreifen? Sollen wir tatsächlich denjenigen – und der Kollege Holter hat es angesprochen, sie existieren ja, diese Einrichtungen –, die wie MAO oder die Allianz der Maritimen Zulieferer (MAZA) bereits Netzbildung von unten betreiben, aus den Unternehmen betreiben, sollen wir denjenigen sagen, wir setzen euch jetzt von oben ein zusätzliches Forum obendrauf?

Ich glaube nicht, dass das Ihre Vorstellung ist, Herr Kollege Holter. Aber man muss natürlich diese Frage dann tatsächlich auch offen diskutieren und sich fragen, welchen Vorteil das hat, was Sie vorschlagen, oder ob es

nicht möglicherweise dann andere Wege gibt, die mit den Unternehmen, aus den Unternehmen, aus den Verbänden heraus entwickelt werden können. Wenn von den Unternehmen, den Verbänden, der Wirtschaft und der Wissenschaft die Forderung an die Politik kommen sollte, und Herr Minister Glawe hat es ja eben auch noch mal an dieser Stelle verdeutlicht, Politik, organisiert das bitte für uns, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann – und da bin ich mir sicher, ich kann das für meine Fraktion sagen, aber ich glaube, ich kann das auch für die Fraktion der CDU sagen, der Kollege Waldmüller oder der Kollege Eifler, ich weiß nicht, wer noch dazu reden wird, wird das dann ja verdeutlichen können – werden wir das selbstverständlich unterstützen. Aber wo es diese Prozesse schon in der Wirtschaft unseres Landes gibt, da, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir uns doch ernsthaft fragen, ob wir dieses Rad tatsächlich noch mal neu erfinden oder einfach umetikettieren.

Und dann, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich gleich anschließen und auf die Forderung „Maritimes Cluster Mecklenburg-Vorpommern“ eingehen.

Sehr geehrter Kollege Holter, ich glaube, so gut kennen wir uns beide und so gut kennen Sie auch die Wirtschaftspolitik, für die ich in meiner Fraktion stehe, dass meine Fraktion und ich der festen Überzeugung sind, dass Clusterbildung ein probates Mittel zur wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land ist. Und wenn es nicht bereits das Maritime Cluster Norddeutschland gäbe, dem ja jetzt auch Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit Bremen beigetreten ist, dann wäre ein solches Maritimes Cluster Mecklenburg-Vorpommern sicherlich ein erster probater Schritt auf dem Weg für eine weitere nachhaltige Entwicklung und eine norddeutsche Kooperationsbildung, die von hier aus diesem Land heraus ganz Norddeutschland mit umfassen sollte.

Aber wir sind doch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das muss man einfach feststellen, schon einen Schritt weiter. Und gestatten Sie mir, dass ich insoweit die Vorsitzende der IHK Nord und Präses der IHK zu Lübeck, Frau Friederike Kühn, zitiere, die anlässlich der Ausweitung des Maritimen Clusters Norddeutschland auch auf den Bereich Bremen und auf das Land Mecklenburg-Vorpommern sich wie folgt geäußert hat, ich zitiere: „Damit ist Norddeutschland jetzt über die von den IHKs vertretene Wirtschaft hinaus auch auf Seiten der Länder vollständig vertreten. Endlich können wir die Synergien in ganz Norddeutschland erschließen, die sich der maritimen Wirtschaft durch die Zusammenarbeit im Cluster ergeben.“ Zitatende.

Und um es deutlich zu machen: Dort wird durch die IHK Lübeck, durch die Vorsitzende aller norddeutschen IHKs deutlich gemacht, ja, dieses Norddeutsche Maritime Cluster ist gerade dafür da, Synergien in den Unternehmen freizusetzen und zu heben und durch die Zusammenarbeit das Ergebnis für alle Beteiligten zu verbessern. Wir müssen tatsächlich mit den Unternehmen zusammen die Mitarbeit aus Mecklenburg-Vorpommern in diesem Maritimen Cluster Norddeutschland möglichst intensiv ausgestalten und wahrnehmen.

Und, sehr geehrter Herr Kollege Holter, da muss man dann auch über die organisatorischen Fragen hier im Lande diskutieren, wie man das am besten untersetzen kann. Das können wir gern machen und ich denke, dass die Landesregierung sich dem nicht entziehen wird.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da habe ich aber nichts gehört davon.)

Aber das müssen wir dann, sehr geehrter Herr Kollege Holter – und ich hoffe, da geben Sie mir recht, jedenfalls habe ich Sie so verstanden bei Ihren Ausführungen –, tatsächlich in diesem Cluster Norddeutschland tun, und nicht in dem eigenen Hinterzimmer für uns herumunkeln. Das würde den Unternehmen nichts nützen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: In dem Hinterzimmer sitzen wir ja gerade.)

Ja, aber das ist, Herr Kollege Holter, doch der Sinn und Zweck des Norddeutschen Maritimen Clusters, aus diesem Hinterzimmer rauszukommen. Wenn wir das machen würden, was Sie sagen, dann blieben wir ja genau da sitzen, wo wir sind.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nee, nee!)

Das kann ja nicht der Sinn der Sache sein.

Was wir dann dort machen müssen, sehr geehrter Kollege Holter – und da besteht dann ja auch wieder Gemeinsamkeit, das ist gut so für dieses Land –, ist, dass wir uns immer wieder inhaltlich bemühen müssen, gerade in diesem Maritimen Cluster, aber auch mit den norddeutschen Bundesländern insgesamt, eine gemeinsame Position der norddeutschen Länder gegenüber dem Bund zu finden. Und das betrifft insbesondere das finanzielle Engagement des Bundes im Hinblick auf die maritime Wirtschaft.

Der Ministerpräsident, aber auch der Wirtschaftsminister dieses Landes tun dies bereits. Wir haben ja nun gerade gestern das Wirtschaftsministertreffen in Stralsund gehabt, wo das auch thematisiert worden ist. Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn aus diesem Haus heraus für die Zukunft ein Signal kommt, dass wir dieses Engagement der Landesregierung unter Führung ihres Ministerpräsidenten unterstützen, dass wir sachlich auch auf diesem Weg uns für die maritime Wirtschaft in unserem Land engagieren, dann, denke ich, ist das ein gutes Signal. Und auch da, Herr Kollege Holter, gehe ich davon aus, dass wir uns weitgehend einig sind. Da unterscheidet uns vielleicht der Weg, den wir gehen wollen, aber ich glaube nicht, dass uns das Ziel unterscheidet.

Herr Kollege Holter, Sie haben mich eben freundlicherweise zitiert, und ich stehe auch weiterhin zu diesem Zitat. Und ich ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das wäre ja auch schlimm, wenn Sie das nicht machen würden.)

Ja, dafür kennen Sie mich auch gut genug,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Eben.)

dass ich so schnell meine Meinung nicht wechsele. Aber, Herr Kollege Holter, ich glaube nicht – und das habe ich auch in der Vergangenheit schon gesagt –, ich glaube nicht, dass wir den Bund dazu bekommen, sich ernsthaft und substantiell zu engagieren, wenn wir als Land, wenn die norddeutschen Länder insgesamt vorab erklären, dass die Länder bis zum Anschlag ihrer finanziellen Möglichkeiten ihre Schatullen öffnen und dem Bund damit eigentlich erst einmal signalisieren, dass er sich nur noch



dort finanziell engagieren muss, und ich fokussiere das jetzt mal auf den Bereich der maritimen Wirtschaft, aber wir könnten das im Endeffekt auf jedes andere Politikfeld, das für uns als Länder wichtig ist, ausdehnen, dass er sich also nur noch dort finanziell engagieren muss, wo es darum geht, dass er als Bund quasi das Sahnehäubchen auf die von den Ländern finanzierte und gefertigte Schokoladentorte hinaufputzt. Ich glaube nicht, Herr Kollege Holter, dass man unter diesem Gesichtspunkt tatsächlich den Bundesfinanzminister durch – ich nenne das jetzt mal etwas überspitzt – vorausseilenden Gehorsam dazu motiviert, der maritimen Wirtschaft das Geld zu geben, das sie tatsächlich braucht.

Ich weiß, Herr Kollege Holter, das haben wir in vorherigen Debatten hier schon erlebt, wir haben, was das angeht, unterschiedliche Auffassungen. Sie haben das ja auch eben deutlich gemacht. Ich respektiere Ihre Auffassung und ich hoffe, Herr Kollege Holter, dass Sie meine Auffassung, was ja im Grunde nur eine andere Herangehensweise an die Frage ist, wie kriege ich den Bund dazu, Geld freizusetzen, dass Sie meine Auffassung dann entsprechend auch respektieren.

Und, sehr geehrter Herr Kollege Holter, wenn ich meine Position zu Ihrem Antrag deswegen am Ende vielleicht in ein, zwei Punkten zusammenfassen darf, dann möchte ich das an dieser Stelle so tun:

Ihr Antrag ist wichtig, Ihr Antrag ist gut – ich habe das bereits zu Beginn meiner Rede gesagt –, weil allein durch die heutige Debatte deutlich wurde, dass die großen Parteien in diesem Land die maritime Wirtschaft für wichtig und für zukunftsfähig halten. Und das ist ein wichtiges Signal, gerade vor dem Hintergrund – ich habe es angesprochen – des immer noch laufenden Untersuchungsausschusses. Ich möchte das, was ich eingangs gesagt habe – und das will ich mir an dieser Stelle aber auch erlauben –, betonen, dass ich es tatsächlich bedauere, dass dieser Untersuchungsausschuss, wer auch immer dafür verantwortlich ist,

(Manfred Dachner, SPD: Das wissen wir doch.)

sein Erscheinungsbild in erster Linie durch Indiskretion prägt. Und gerade vor diesem Hintergrund, denke ich, ist es wichtig, dass ein solches Signal hier an dieser Stelle gegeben wird, dass die maritime Wirtschaft für uns insgesamt wichtig ist.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der zweite Punkt ist der, vielleicht gelingt es uns ja tatsächlich, wie bei einigen anderen Themen auch, die wir alle gemeinsam für wichtig halten – und das beziehe ich jetzt darauf, dass es völlig losgelöst von diesem Antrag ist –, vielleicht gelingt es uns ja tatsächlich, einen Grundkonsens über die Fraktionsgrenzen hinaus für die weitere Arbeit zugunsten der maritimen Wirtschaft im Interesse dieses Landes und für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes zu finden.

Und, sehr geehrter Kollege Holter, ich erkläre das jetzt ausdrücklich: Wenn Sie, wenn Ihre Fraktion das so will, dann wird ein solcher Versuch nicht an der SPD-Fraktion scheitern. Ich möchte es an dieser Stelle noch mal deutlich sagen, ich habe unterschiedliche Auffassungen. Das betrifft im Grunde die Schlussfolgerungen, die Sie aus Ihren Grunddarlegungen ziehen, dazu habe ich unterschiedliche Auffassungen. Ich bin gern bereit, dieses

Thema losgelöst von diesem Antrag zu diskutieren. Und wenn Sie das wollen, dann würde ich Ihnen, würde ich uns allen empfehlen, dass wir dieses Thema im Frühjahr des kommenden Jahres, weil dieses Jahr werden wir das wohl nicht mehr schaffen, im Frühjahr des kommenden Jahres im Rahmen der Selbstbefassung im Wirtschaftsausschuss diskutieren. Lassen Sie uns die Vertreter, die Sie angesprochen haben, die Verbände, die Kammern, die Gewerkschaften, die Wissenschaft, aber lassen Sie uns vor allem auch den maritimen Koordinator der Bundesregierung dann dazu einladen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wenn er dann mal kommen würde.)

Das können wir ja vielleicht gemeinsam veranlassen, dass er kommt, Herr Kollege Holter. Das wäre nicht schlecht, wenn Herr Beckmeyer sich auch mal dort sehen lassen würde, und nicht nur auf einem Wertstandort

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Oder auf einem Schiff.)

oder auf einem Schiff.

Aber, Herr Kollege Holter, dann lassen Sie uns diesen Prozess dort offen diskutieren. Vor allem habe ich eine Bitte an Sie, und ich glaube nicht, dass Sie mir diese Bitte abschlagen werden:

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Na, das kommt darauf an.)

Dann lassen Sie uns dieses Thema offen ohne Bestimmen vorab diskutieren und lassen Sie uns als Ergebnis tatsächlich nicht das nehmen, was wir den Verbänden, den Kammern, der Wirtschaft, der Wissenschaft vorschlagen, sondern lassen Sie uns erst einmal anhören, was die uns dort sagen! Und danach gucken wir, ob wir über die Fraktionsgrenzen hinaus einen gemeinsamen Konsens finden. Ich bin mir sicher, wir werden nicht in allen Punkten eine gemeinsame Auffassung treffen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Den Konsens müssen Sie nicht mit uns suchen, sondern mit der CDU.)

Ach, Herr Kollege Ritter! Herr Kollege Ritter!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Kollege Ritter, möchten Sie eine Antwort auf Ihren Zwischenruf haben?

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Nein, ich kenne die Antwort.)

Ich gebe Ihnen trotzdem eine Antwort. Manchmal bin ich ja großzügig. Herr Kollege Ritter, ich kenne den Kollegen Waldmüller, ich kenne den Kollegen Eifler und auch die anderen Kollegen, die im Wirtschaftsausschuss sitzen. Ich kann Ihnen eines sagen: Es wird nicht an diesen Kollegen in diesem Punkt scheitern, dass wir dort einen gemeinsamen Konsens finden.

(Zuruf von Stefanie Drese, SPD)

Wir haben das bei einigen anderen Punkten gemacht, wir haben das zuletzt geschafft – ich will das hier nur noch

mal ansprechen – beim Thema Ferienwohnungen. Wir haben das deswegen geschafft, Herr Kollege Ritter, um das ganz deutlich zu sagen, weil wir das in einem Rahmen geschafft haben, wo gegenseitiges Vertrauen und Vertraulichkeit bestand.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das haben wir auch hinbekommen, ne?)

Und das ist für solche Diskussionsprozesse wichtig.

Deswegen glaube ich auch, wenn wir uns – Ihre Fraktion, die Fraktion der CDU, meine Fraktion und wenn der Kollege Suhr das möchte, auch sicherlich gern die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dazu kann ich ja gleich was sagen.)

Das können Sie gern tun. Ich hatte ja nur gedacht, dass Ihr Wirtschafts-, Finanz- und Innovations-und-ich-weiß-nicht-was-Experte dazu redet, zu dem Thema. Aber gut, Herr Kollege Suhr, machen Sie das!

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darf ich das auch?)

Sie dürfen das auch, Sie sind ja omnipotent in Ihrer Fraktion, das sieht man ja immer wieder.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer hat, kann zeigen.)

Aber lassen Sie mich jetzt auf den Kollegen Ritter zurückkommen: Herr Kollege Ritter, ich denke schon, dass uns das gelingen wird. Und ich bin mir sicher, damit möchte ich dann auch aufhören, ich denke mir, dass das tatsächlich eine gute Lösung für die maritime Wirtschaft in unserem Land ist.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Danke.

Und jetzt hat das Wort der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Omnipotent“ müssen Sie mir noch mal erläutern, Herr Schulte!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Jochen Schulte, SPD: Das schaffe ich auch noch.)

Ja, das schaffen Sie mit Sicherheit, aber ich weiß im Augenblick noch nicht so richtig, was Sie damit meinen.

(allgemeine Heiterkeit – Zurufe von Beate Schlupp, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

Lassen Sie mich auch zu den zurückhaltend vorgetragenen Vorbemerkungen des Kollegen Schulte eine Vorbemerkung oder vielleicht zwei machen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Meine erste Vorbemerkung: Bei aller Vorsicht und Zurückhaltung lassen Sie uns bitte doch, was den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss angeht, nicht Ursache und Wirkung miteinander verwechseln,

(Beate Schlupp, CDU: Na ja!)

sondern nehmen Sie ...

(Jochen Schulte, SPD: Herr Suhr, hat sich, was diesen Punkt angeht, Ihre Fraktion angesprochen gefühlt? Ich habe keinen Namen genannt. – Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Natürlich habe ich mich angesprochen gefühlt, weil wir ja zu den Fraktionen gehört haben, die diesen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit ins Leben gerufen haben. Und da, glaube ich, hat es sich inzwischen herausgestellt, dass wir das zu Recht getan haben.

Und ich will hierzu an dieser Stelle zumindest auch noch mal sagen, wenn Sie die Reaktionen und Kommentierungen des einen oder anderen Zulieferers ernst nehmen würden,

(Zuruf aus dem Plenum: Nehmen wir.)

dann wüssten Sie, dass wir die Ursache für den Schaden, der der maritimen Wirtschaft entstanden ist, eher im Bereich des Handelns der Landesregierung sehen und weniger bei der Frage, wie der Parlamentarische Untersuchungsausschuss nach außen wirkt.

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Herr Suhr, lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Herrn Schulte zu?

**Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Mit großem Vergnügen.

**Jochen Schulte, SPD:** Vielen Dank, vielen Dank, Herr Kollege Suhr.

Können Sie sich denn vielleicht vorstellen, dass die Indiskretion, die aus dem Untersuchungsausschuss die Arbeit seit eineinhalb Jahren oder fast zwei Jahren begleitet, bei einer Vielzahl von Zulieferbetrieben dazu geführt hat, dass sie sich bei Mitgliedern dieses Untersuchungsausschusses darüber beschwert haben, dass letztendlich durch dieses Erscheinungsbild nach außen der Eindruck vermittelt wird, dass die maritime Wirtschaft in diesem Land nicht leistungsfähig wäre, und dass damit insgesamt der Wirtschaft in diesem Land ein Schaden zugefügt wird, oder ist das außerhalb Ihrer Vorstellungskraft?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

**Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Ich kann mir in allererster Linie vorstellen, Herr Kollege Schulte, dass auch eine ganze Reihe von Zulieferbetrieben und die dahinterstehenden Menschen daran interessiert sind, dass wir die Vorgänge umfassend aufklären und dass wir das mit einem hohen Maß an Transparenz tun.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich kann Ihnen sagen, und das wissen Sie ja auch, dass wir da an Transparenz in hohem Maße Interesse haben und dazu beitragen, dass das auch so umgesetzt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Herr Suhr, lassen Sie noch eine Nachfrage zu?

**Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Das werde ich jetzt leider nicht tun, Herr Schulte, weil sonst ist meine Redezeit gleich völlig weg.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Manfred Dachner, SPD: Das war  
doch bisher nur Geeier.)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Dann bitte, Herr Suhr.

**Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Ich will eine zweite Vorbemerkung machen, aber ich bleibe bei Ihnen. Ich will eine zweite Vorbemerkung machen –

(Jochen Schulte, SPD: Kann  
ich gleich stehenbleiben?)

na, wenn Sie sich wieder melden wollen –, eine zweite Vorbemerkung machen, und da lassen Sie mich noch mal ganz grundsätzlich etwas zum Antrag der LINKEN sagen, den Sie ja inhaltlich durchaus positiv gewürdigt haben und wo ich gehört habe, dass Sie die Neigung haben, das Thema, das hinter diesem Antrag steht, im Wirtschaftsausschuss umfassend zu beraten. Ich will hier an dieser Stelle für meine Fraktion erklären – Sie haben uns ja so indirekt ein bisschen mit eingeladen –,

(Jochen Schulte, SPD: Na, zumindest  
habe ich Sie nicht eingeladen.)

dass wir sehr, sehr gern auch dazu bereit sind. Aber wenn Herr Schulte konsequent wäre, und das würde mich ganz aufrichtig für dieses Parlament freuen, wenn dann von Ihrer Seite ein Überweisungsantrag kommen würde und wenn wir das auf der Grundlage des Antrages ...

(Jochen Schulte, SPD: Aber, Herr Kollege,  
wenn Sie mir zugehört hätten, dann  
wüssten Sie, warum ich das nicht tue.)

Ich bin sicher, wenn der von Ihnen gekommen wäre, dann wäre er hier ganz locker durchgegangen, und zwar mit den Stimmen von den LINKEN und GRÜNEN. Wenn Sie auf Grundlage dieses Antrages dann eine Beratung im Wirtschaftsausschuss zulassen würden mit all den Dingen, die Sie hier angesprochen haben,

(Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Suhr,  
Ihr Redebeitrag beweist doch nur,  
dass Sie mir nicht zugehört haben.)

das wäre konsequent und das wäre im besten demokratischen Sinne sinnvoll auch in diesem Parlament, was den Umgang miteinander angeht.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Wirtschaftsminister hat das ja schon angesprochen, 5 Milliarden Umsatz erwirtschaftet die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern mit gut 32.000 Beschäftigten und ungefähr 1.900 Betrieben. Das sind bei diesen ungefähr 32.000 etwa fünf Prozent der Beschäftigten in ganz Mecklenburg-Vorpommern. Dieser Bereich, diese Branche ist immens wichtig für dieses Bundesland. Das sieht auch die Bündnisgrünen-Fraktion so. „Invest in MV“ kommt sogar zu der Einschätzung, dass diese Branche mit ihrer internationalen Ausrichtung das wirtschaftliche Rückgrat Mecklenburg-Vorpommerns ist.

Getragen wird dieser Wirtschaftszweig vor allem von der Seewirtschaft und natürlich auch von den Häfen. Und nicht zuletzt sind wir auch der Überzeugung, dass dies ein überaus wichtiger Wirtschaftsbereich ist, der – wie Offshorotechnologie, schwimmende Bohr-, Produktions-, Lager- und Verladesysteme – dynamische Wachstumsperspektiven hat. Das ist so und das schätzen wir genauso wie die Landesregierung tatsächlich auch so ein. Aber – und auch das will ich an dieser Stelle sagen, und ich will da mal ein bisschen weiter ausholen – es gibt auch eindeutige Zeichen, dass die Rahmenbedingungen für die maritime Wirtschaft in diesem Bundesland, ich sagte, ich will etwas weiter ausholen, suboptimal sind.

Ein Beispiel der letzten Tage macht dies deutlich, das Abwandern von Scandlines nach Hamburg. IHK-Präsident Claus Ruhe Madsen hat das treffend formuliert, ich zitiere: „Das ... ist hoffentlich kein Indiz dafür, was passieren kann, wenn man keinen Zukunftsplan für die Hansestadt“ – er meinte damit Rostock – „oder einzelne Industrie-Cluster entwickelt.“ Und weiter im Zitat: „Wir haben gerade Anfang dieser Woche bei der IHK-Regionalkonferenz Rostock darüber diskutiert: Suboptimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verhindern Neuansiedlungen und gefährden den Bestand. Da können wir hoffen, dass nicht mehr Unternehmer verschwinden! Die bei uns hohen Gewerbesteuern zum Beispiel – wir haben hier in Rostock einen Landesrekord bei den höchsten Gewerbesteuern – sind Gift für die Wirtschaft und werden möglicherweise zu einer weiteren Abwanderung und zu zögerlichen Ansiedlungen führen.“

Ich will jetzt gar nicht kommentieren, wie die Hansestadt Rostock ihre Steuerpolitik gestaltet,

(Jochen Schulte, SPD:  
Das ist auch besser so.)

aber ich will hier zumindest mal festhalten, dass aufgrund der Tatsache, dass die Landesregierung – und dieser Landtag stützt dies in der Mehrheit von CDU und SPD – die Kommunen und die Landkreise unauskömmlich finanziert und wesentliche Entscheidungen auf die lange Bank schiebt, sie in erheblichem Maße dazu beiträgt, dass die Kommunen gezwungen sind, ihre Steuerpolitik so zu gestalten, dass sie sich wirtschaftsfeindlich auswirken kann. Das ist auch ein Teil der Wahrheit,

(Regine Lück, DIE LINKE: Richtig.)

wenn wir hier über Wirtschaftspolitik sprechen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber offensichtlich hat selbst Minister Glawe eine gewisse Sensibilität dafür entwickelt. Den Medien war zumindest zu entnehmen, dass sich auch unser Wirtschaftsminister im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz – wir sprachen gerade darüber – in Stralsund angesichts des zunehmenden Drucks auf die maritime Wirtschaft besorgt gezeigt hat. Allerdings bleibt Selbstkritik völlig aus. Der Wirtschaftsminister reklamiert mehr Einsatz des Bundes, er fordert, ein neues KfW-Sonderprogramm oder eine Ausweitung des bestehenden Programms aufzulegen, um die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft und der Logistikwirtschaft zu stärken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da sind wir doch genau an der richtigen Adresse. Wir haben ja nicht mehr so viele rot-grüne, Entschuldigung, schwarz-rote Landesregierungen, die ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Jochen Schulte, SPD: Das ist jetzt  
aber die richtige Farbkonstellation.)

Schwarz-rote Landesregierungen, schwarz-rote Landesregierungen!

Wir haben aber eine schwarz-rote Bundesregierung. Ihr Draht müsste doch relativ kurz sein. Sie stellen hier den Wirtschaftsminister, auf Bundesebene stellt die SPD den Wirtschaftsminister. Ihre Forderungen können Sie doch mit Nachdruck dort vortragen. Es ist ja überschaubar, das Farbenspiel, was da noch in Konkurrenz zu dem steht. Also eigentlich müssten Sie hervorragende Möglichkeiten haben, sehr geehrte Damen und Herren.

Aber wir beziehen uns jetzt mal auf das, was hier im Lande passiert, und das ist ganz unabhängig davon. Bisher ist die Landesregierung befriedigende Antworten auf die Frage schuldig geblieben, was sie denn dazu beitragen kann, um die maritime Industrie in unserem Land nachhaltig weiterzuentwickeln. Da zumindest leistet der Antrag – das sage ich aus voller Überzeugung und deshalb werden wir ihn auch unterstützen – einen sinnvollen Beitrag. Denn selbstverständlich ist ein Maritimes Zukunftsforum eine geeignete Form, um Vertreterinnen und Vertreter der maritimen Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Wissenschaft und der Politik zusammenzubringen und die strategische Ausrichtung der Branche zu beraten.

Und der Unterschied, Herr Schulte, ist in der Tat, der Unterschied, Herr Schulte, ist in der Tat,

(Jochen Schulte, SPD:  
Ich höre, ich kann Multitasking.)

dass wir als Politik eine Verantwortung haben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

etwas Derartiges ins Leben zu rufen, und nicht darauf warten sollten, immer nur das zu versuchen, was die anderen ohnehin schon machen. Dieser Antrag wird unsere Unterstützung erfahren. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Danke, Herr Suhr.

Herr Schulte, Sie haben ja nachher noch die Möglichkeit ...

(Jochen Schulte, SPD: Das ist für mich wie  
beim Veggieday: von oben drauf auf die Leute,  
egal, ob sie es haben wollen oder nicht.)

Herr Schulte, Sie haben nachher noch die Möglichkeit des Wortes.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Jochen Schulte, SPD: Ja, das werde  
ich auch nutzen, Frau Präsidentin.)

Und jetzt hat Herr Waldmüller von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte.

**Wolfgang Waldmüller,** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der LINKE hat in Punkt I eine Feststellung, dass die maritime Wirtschaft eine herausragende Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern hat.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na, das  
können Sie doch unterschreiben.)

Und ich denke mal, Herr Holter, da gibt es doch überhaupt keinen Dissens. Das wird von den Regierungsfraktionen und darüber hinaus geteilt, selbstverständlich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist wie  
beim Handwerk – die besondere Bedeutung  
des Handwerks in Mecklenburg-Vorpommern.)

Sie wird von den betreffenden Ressorts und den betreffenden Verbänden, den Kammern, den Unternehmen hier im Lande geteilt. Und diese gemeinsame Haltung ist uneingeschränkt zu begrüßen. Diese Anerkennung ist die Basis für eine gedeihliche Zukunft dieser Branche.

Und der Punkt I des Antrages benennt auch die Herausforderungen für die maritime Wirtschaft, für die maritime Industrie. Diese besteht ebenfalls ganz ohne Zweifel in der Finanzierung. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, des Einbruchs von 2009 sind noch heute spürbar. Diese Krise hatte Auswirkungen auf die Planungssicherheit und auf die Finanzierbarkeit und deswegen einige Bemerkungen zu beiden Punkten.

Zum einen zur Planungssicherheit: Der Planungshorizont für einzelne Aufträge umfasst mehrere Jahre von der Angebotsabgabe über die Planung bis zur Umsetzung des Auftrages. Die Unternehmen sind nach der Angebotsabgabe aber an den vereinbarten Baupreis gebunden und wenn die Kosten steigen, etwa durch EEG-Umlage oder Branchenzuschläge, auch Zeitarbeit, mindert dies die Ergebnismargen. Es ließen sich hier noch weitere Ausführungen zu arbeitsmarktpolitischen Instrumenten und ihre Wirkung auf die Planungssicherheit für Unternehmen machen, darauf will ich aber an dieser Stelle nicht eingehen. Aber natürlich wirkt sich alles auf die Konkurrenzfähigkeit, auf den globalen Schiffbaumarkt aus, trotz hoher Innovationskraft, weltweit anerkannter

und geschätzter Kompetenz und stetiger Verbesserung der Kosteneffizienz der maritimen Wirtschaft.

Zweitens zur Finanzierbarkeit: Die Finanzierungsbedarfe der deutschen Schiffbauunternehmen können im aktuellen Finanzierungsmarkt derzeit nur teilweise gedeckt werden, und das dann auch nur unter schwierigen Bedingungen. Wie vor einigen Jahren die in der Schiffsfiananzierung involvierten deutschen Banken unterliegen sie aktuell deutlichen Restriktionen. Und diese Restriktionen wirken auf die Schiffsfiananzierung besonders ungünstig, denn die Schiffsportfolios werden aufgrund der bereits sehr lange andauernden Schifffahrtskrise nur wenig getilgt. Erfreulich ist aber, dass sich das Land trotz dieser Umstände mit dem existierenden Bürgschaftsrahmen bereits so weit engagiert, wie es im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit überhaupt nur möglich ist. Dabei bleibt das Land bestrebt, die Finanzierungsbedingungen weiter zu verbessern, aber dazu ist auch Engagement von außen notwendig. Derzeit ist der in Rede stehende Wirtschaftsrahmen noch nicht in Anwendung gekommen.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der nur in aller Kürze skizzierten Herausforderungen halte ich das weitere Absichern der Finanzierung von Aufträgen durch die KfW für unabdingbar, und zwar nach meiner Einschätzung insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung sowie Innovation. Hinsichtlich der Bedeutung der KfW-Finanzierung besteht also ebenfalls Einigkeit. Da sich viele Banken aus der Branche zurückziehen, ist die Situation nicht einfacher geworden, zumal Mecklenburg-Vorpommern ja auch keine eigene Landesbank hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gleich auf der ersten Wirtschaftsministerkonferenz unter dem Vorsitz von Minister Glawe wurde dies auch unmissverständlich an den Bund adressiert. Und das Thema „Maritime Industrie“ ist regelmäßig Gegenstand auf allen denkbaren Veranstaltungen. Die weitere Absicherung der Finanzierung von Aufträgen kann nur durch die KfW erreicht werden. Hieran arbeitet das Land auch im Verbund mit anderen Ländern. Wenn sich hier sinnvolle neue Wege zeigen, um unsere Verhandlungsposition zu verbessern, wollen wir diese Wege gern gemeinsam gehen. Ich appelliere aber gleichwohl, dabei realistisch zu bleiben, denn zur Wahrheit gehört auch, dass wir niemanden zu einer Sonderregelung zwingen können, die es für andere Branchen, beispielsweise Solar- oder Stahlindustrie, nicht gibt.

Meine Damen und Herren, über den Istzustand der maritimen Industrie lässt sich in diesem Haus Einigkeit erzielen. Konsens gibt es auch für eine Art Sollzustand, nämlich weiteres Engagement der KfW und möglichst weiteren Banken. Die Frage lautet also: Wie bringen wir unser Land dafür in eine noch bessere Verhandlungsposition und eine Konstellation, die ein Engagement der Kreditgeber für die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern in unserem Sinne noch wahrscheinlicher werden lässt?

Also die Wahrscheinlichkeit wird jedenfalls nicht steigen – damit spreche ich eine demokratische Oppositionsfraktion, aber nicht den Antragsteller an –, wenn man die Werften aus Profilierungssucht ständig schlechtredet. Wir haben leistungsfähige Werften, die gern Aufträge aus der ganzen Welt annehmen wollen. Wenn man aber die Werften in Mecklenburg-Vorpommern ständig mit negativen Pressemitteilungen beziehungsweise, wie Herr Schulte gesagt hat, mit Indiskretionen in Verbindung

bringen muss und man sie am liebsten früher als später dichtmachen will, ist das keine gute Werbung. Wir erhöhen die Attraktivität der Branche für potenzielle Gebiete nicht, wenn wir die Branche schlechtreden. Wir erhöhen die Wahrscheinlichkeit für ein KfW-Engagement jedoch, wenn wir eine enge Zusammenarbeit fördern. Und da sind wir auf einem guten Weg.

Wir sind für eine Zusammenarbeit auf Bundesebene, darauf hatte ich bereits hingewiesen. Deswegen hier nur in aller Kürze: Auf allen betreffenden Konferenzen, von den Branchenkonferenzen bis zu den Ministerkonferenzen, suchen wir bereits den Schulterschluss mit den anderen Bundesländern. Wir haben gemeinsam mit den Ländern ein starkes Netzwerk aufgebaut, das unsere Verhandlungspositionen stärkt. Der Wirtschaftsminister hat dies übrigens gerade wieder – und das hatte er auch vorhin gesagt – auf der Wirtschaftsministerkonferenz eingefordert. Sie haben das zu Wochenbeginn der FAZ und der SVZ entnehmen können und Sie können es auch der heutigen Berichterstattung entnehmen.

Zweitens sind wir für eine Zusammenarbeit innerhalb der Branche. Es gibt bereits brancheninterne Netzwerke, die die Interessen der maritimen Industrie vertreten und stärken. Eine kooperationsorientierte Zusammenarbeit mit maritimen Ausrüstungszulieferern erfolgt in Mecklenburg-Vorpommern auf Initiative des Wirtschaftsministeriums und des Landesförderinstitutes seit Mitte 2008 durch den Kooperationsverbund Maritimer Zulieferer-, Ausrüstungs- und Dienstleistungsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, MAZDA M-V, das wurde vorhin schon erwähnt.

(Heiterkeit bei Helmut Holter, DIE LINKE:  
Mazda?! Mazda ist ein Auto.)

Dieses Netzwerk hat eine wichtige koordinierende und stützende Funktion, dessen Ziel es ist, auf freiwilliger Basis und nicht von oben verordnet die regionale Wirtschaft zu vernetzen. Netzwerke müssen also nicht neu erfunden werden, sondern sind bereits existent. Und darauf, Herr Schulte, gehe ich gern ein, Sie haben es vorhin gefordert. Wenn die maritime Wirtschaft Bedürfnisse hat, Forderungen hat, dann unterhalten wir uns selbstverständlich sehr gern und gehen darauf ein. Und nebenbei bemerkt, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch in Kiel und in Hamburg ist das so. Das stärkt die Branche in Norddeutschland und die Verhandlungsposition für ein Engagement mit der KfW. Deswegen ist das überdurchschnittliche Engagement des Wirtschaftsministeriums, Firma MAZA, genau richtig. Jetzt habe ich es richtig gesagt.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD,  
und Helmut Holter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, DIE LINKE fordert in ihrem Antrag darüber hinaus einen Masterplan für maritime Wirtschaft. Dabei beruft sie sich dann in der Begründung auf den „Masterplan Agrarwirtschaft“ und „Masterplan Gesundheitswirtschaft“.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

Ja, genau.

Der „Masterplan Agrarwirtschaft“ ist da wohl nicht vergleichbar.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider  
übernimmt den Vorsitz.)

Der zweite Masterplan, auf den Sie sich hier berufen, der „Masterplan Gesundheitswirtschaft“, funktioniert vor allen Dingen deswegen, weil die Gesundheitswirtschaft nicht ausschließlich marktwirtschaftlich orientiert ist, denn in diesem Masterplan geht es auch um das mittelfristig kalkulierbare Wohl der Patienten. Das ist natürlich einem Wandel unterworfen. Spätestens seit der Enquetekommission für diese Legislatur wissen wir, dass der Anteil der über 65-Jährigen bis 2030 auf fast ein Drittel ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dazu brauchen  
wir die Enquetekommission nicht.)

Ich will das nur erklären, damit ich Ihnen sagen kann, warum der nicht dazu dienen kann.

..., dass also der Anteil der 65-Jährigen bis 2030 auf fast ein Drittel der Bevölkerung steigen wird. Daraus resultieren Veränderungen. Das betrifft zum Beispiel die folgende demografische Entwicklung. Hinsichtlich des Zeitraums reden wir über eine Entwicklung von heute bis zum Jahr 2030, also etwa 15 Jahre. Auf die hier zu erwartenden Veränderungen muss sich die Gesundheitswirtschaft einstellen, ganz ohne Frage. Der Masterplan wird hier mit Sicherheit helfen. Ich sage Ihnen aber, wenn sich die damalige Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern vor 15 Jahren, also am 12. Dezember 1999, auf einen „Masterplan Maritime Wirtschaft“ verständigt hätte, dann hätte da möglicherweise noch der Container-schiffbau höchste Priorität eingeräumt bekommen.

Bedenken Sie bitte, welche Entwicklung es zwischenzeitlich gegeben hat. Ein „Masterplan maritime Industrie“ wird genau aus diesem Grund nicht funktionieren. Die maritime Industrie agiert auf einem dynamischen und global ausgerichteten Weltmarkt. Künftige Entwicklungsrichtungen sind hier nur schwer vorhersagbar. Es ist eben kein Markt mit staatlicher Regulierung wie die Gesundheitsbranche. Die Realität für die maritime Industrie lässt sich deshalb nicht mit planwirtschaftlichen Gedanken bändigen. Hier zählt knallhart und härter als in anderen Branchen die Realität des Marktes. Das mag man bedauern, aber selbst mit dem ausgefeiltesten Landesmasterplan wird man daran nichts ändern können. Hätte die maritime Wirtschaft eine marktwirtschaftliche Orientierung nicht längst vorgenommen, dann würden in M-V statt Konverterplattformen vielleicht planwirtschaftlich empfohlene Containerschiffe hergestellt. Sie werden in Südostasien allerdings mittlerweile längst zu einem Bruchteil etwaiger hiesiger Kosten produziert.

Kurzum, wir sind nicht der Auffassung, dass planwirtschaftliche Instrumente irgendeinen Nutzen für die maritime Industrie haben, eher im Gegenteil. Und wir sind schon gar nicht der Auffassung, dass uns starre Instrumente in eine komfortable Verhandlungsposition für ein KfW-Engagement bringen. Auch deswegen stößt Ihr Antrag nicht auf unsere Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Waldmüller.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

**Udo Pastörs, NPD:** Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das meiste ist gesagt, ich möchte mich daher konzentrieren auf drei Punkte. Die Probleme im Antrag der LINKEN sind benannt. Lösungen waren natürlich in so einem Antrag nicht zu erwarten, das ist selbstverständlich, weil die Materie viel zu komplex ist.

Das Hauptproblem scheint zu sein, ist auch erkannt worden von der Landesregierung, die Finanzierung. Wir halten das Werftförderungsgesetz M-V mit der Deckelung für falsch. Wir halten es deswegen für falsch, weil es von vornherein genau das tut, was der Herr Waldmüller gerade sagt, was falsch ist, nämlich starre Strukturen schaffen. Wir haben hier ein starres Finanzkorsett geschaffen, das recht unflexibel ist und daher dringend einer Überarbeitung bedarf.

Zweitens, ein wichtiger Punkt, die technische Leistungsfähigkeit der Werften: In erster Linie Forschung und sehr enge Wege zur Produktion zur Werftwirtschaft an sich, das scheint ausbaufähig zu sein. Auch hier hat Herr Glawe sich geäußert, dass sich da wohl in Zukunft etwas tun wird. Das begrüßen wir außerordentlich.

Und der dritte Punkt, man kann das Ganze nur tun, wenn man Fachleute hat, wenn man Menschen hat, die das bauen. Und da der Anteil, ähnlich wie bei der Luftfahrtindustrie, der Hochqualifizierten auch im Schiffbau sehr, sehr hoch ist, im Schiffbau liegt er ja, wie angesprochen, zwischen 20 und 30 Prozent und in der Luft- und Raumfahrtindustrie noch etwas höher, muss man ganz klar sagen, Sie bekommen das Personal aber auch nur – was ja nicht kommt, wir haben es ja gehört, auch im Untersuchungsausschuss, es läuft ja weg –, wenn man diesen hoch qualifizierten Leuten eine Perspektive, aber nicht nur für ein Jahr oder für zwei Projekte zusichern kann. Daran ist zu arbeiten, ganz bestimmt. Und wie das bewerkstelligt werden kann? Das wird am Ende nur gehen, wenn auch Aufträge hereingenommen werden, die noch eine Gewinnmarge übriglassen, denn nur Beschäftigung wird langfristig nicht funktionieren.

Ich möchte noch eingehen auf zwei Punkte, einmal auf das, was Herr Schulte sagte, dass der Untersuchungsausschuss vielleicht geschadet haben könnte.

(Jochen Schulte, SPD:  
Das habe ich nicht gesagt.)

Ja, er hat eventuell geschadet, aber das liegt nicht an sich am Ausschuss, sondern – und auch nicht am Bemühen, hier Aufklärung zu schaffen – es liegt in erster Linie daran, dass der Abgeordnete der GRÜNEN sich dort so aufführt und zum Teil Leute, die als Zeugen gehört werden, als Beschuldigte begreift und sich nicht nur im Ton vergreift, sondern auch in seiner ganzen fachlichen Qualifikation in der Fragestellung beweist, dass er am Ende keine Ahnung hat. Es geht ihm darum, wie man eben hier sagte – aus Profilierungssucht, sagte hier jemand –, sich in Szene zu setzen. Das schadet aber nicht dem Untersuchungsausschuss an sich, denn es ist nicht so, Herr Waldmüller, dass die Attraktivität dadurch leidet, sondern Attraktivität leidet immer dann, wenn die Auftraggeber befürchten müssen, dass irgendwas nicht in Ordnung ist im Bereich der Finanzierung und des seriösen Vorgehens der Landesregierung. Und das Vorgehen der Landesregierung in diesem Punkt ist der Grund, warum es hier zu einem Verlust der Glaub-

würdigkeit und der Attraktivität des Standortes geführt hat.

Zu den Preisen noch mal: Man kann alles machen, aber wenn am Ende der Preis nicht wettbewerbsfähig ist, dann kommen die Aufträge nicht. Wir haben nämlich hier keinen freien Markt, wie Herr Waldmüller sagte. Also hier herrscht nicht der Markt, hier herrscht Planwirtschaft. Wenn Sie sich einmal anschauen, was allein in Nordkorea der Staat an Geld hineinsteckt, subventioniert, dann können Sie doch nicht vom freien Markt reden. Und das ist das große ...

(Henning Foerster, DIE LINKE: Nordkorea?)

Oh, Entschuldigung, Südkorea. Ich meinte Südkorea. Nordkorea ist ja noch voll in der Planwirtschaft, deswegen sind die auch nicht wettbewerbsfähig.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Zuruf von Johann-Georg Jaeger,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber in Südkorea steckt der Staat unglaubliche Mittel in die Werftindustrie.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Sie müssen mal erklären,  
wie Sie zum Kapitalismus stehen!)

Wenn wir hier wettbewerbsfähig konkurrieren wollen, dann geht das richtigerweise nur, wenn man sich hoch spezialisiert. Und dann muss man schauen, wird im internationalen Markt, im Weltmarkt in dem Volumen überhaupt Spezialschiffbau nachgefragt und können wir das technologisch wettbewerbsfähig zu Preisen liefern, dass auch noch etwas übrig bleibt. Das ist die große Fragestellung, auf die Antworten gesucht werden müssen.

Und als letzten Punkt noch, ich möchte nicht auf die Arbeitszahlen und auf die Interpretationen, wie gut es in Mecklenburg im Moment läuft, auf Herrn Glawe eingehen, aber eines möchte ich dann doch noch sagen: Ich halte es auch für wichtig, dass unser Wirtschaftsminister das Sonderprogramm Offshorewindenergie als Modell genommen und gefordert hat, dass das entweder ausgeweitet wird oder parallel zu dieser modellhaften Konstruktion, was die KfW angeht, etwas ganz Neues zu schaffen. Denn eines steht auch fest: Bei dem, was das Land in Zukunft bereit ist zu leisten zur Finanzierung der Spezialschiffe oder anderer großer Aufträge, damit wird der Standort nicht zu halten sein. Das ist vom Volumen viel zu wenig, wenn man sich die Preise und wenn man sich den Finanzierungsbedarf in diesem Bereich anschaut.

Wir werden dem Antrag nicht zustimmen, wir werden uns enthalten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

**Helmut Holter,** DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Natürlich muss man, wenn man über Zukunftsfragen spricht, auch über die Gegenwart reden. Das habe ich selbst bei der Einbringung formu-

liert. Aber ich will Ihnen noch mal deutlich sagen, dass es mir eigentlich gar nicht um die gegenwärtige Situation geht, sondern dass es mir um Zukunftsfragen geht.

(Martina Tegtmeier, SPD: Ach!)

Es ist vollkommen berechtigt, dass man über gegenwärtige Probleme und Herausforderungen spricht, aber ich wollte – und das ist die Absicht des Antrages – zu den Zukunftsfragen auch noch einige Ausführungen machen.

Ich möchte aber zuvor, Frau Präsidentin, beantragen, dass unser Antrag in den Wirtschaftsausschuss überwiesen wird. Sollte das abgelehnt werden, dann bitte ich um Einzelabstimmung der Punkte I und II.

Ja, Herr Schulte, es ist ein Unterschied, ob etwas von unten wächst oder ob von oben sozusagen eine Initiative ausgelöst wird. Es muss noch gar nicht mal ein unterschiedliches Politikverständnis sein, sondern es hat aus meiner Sicht einfach damit zu tun, wie Prozesse in Gang gesetzt werden. Und ich will daran erinnern, dass es 2006 und 2007 die IG Metall war, die zu „Wirtschaft, Wissenschaft und Politik“ eingeladen hatte. Das war mal mitten im Hochsommer, wo wir über Zukunftsvorhaben der maritimen Industrie, konkret der Werften, gesprochen haben.

Es war übrigens diese Landesregierung unter Jürgen Seidel als Wirtschaftsminister, die in diesen Jahren begonnen hatte, ein Zukunftskonzept für die maritime Industrie zu erarbeiten. Dass es dann 2008 zur Krise kam, darüber haben wir mehrfach gesprochen, und die Arbeit eingestellt wurde, ich habe das hier mehrfach gesagt, auch mit unserer und meiner Zustimmung. Und wir hatten ja in der Vergangenheit immer wieder beantragt, die Arbeit an diesem Konzept fortzusetzen, aber ich glaube, das hat sich inzwischen insoweit erledigt, dass man neu ansetzen muss, weil neue Herausforderungen entstehen. Deswegen ist das, was wir hier vorschlagen, eine Weiterentwicklung, so ist mein Verständnis, eine Weiterentwicklung dessen, was in der Vergangenheit bereits begonnen wurde und was schon Usus war in Mecklenburg-Vorpommern.

Und wenn, sehr geehrter Herr Schulte und sehr geehrter Herr Waldmüller, wir über solche Initiativen sprechen, hier ein „Zukunftsforum Maritime Wirtschaft“ zu schaffen, dann will ich auch noch mal darauf verweisen, was eben andere uns ins Stammbuch schreiben. Deswegen hat das was damit zu tun, dass Initiativen von unten aufgegriffen werden. Und wenn ich das mal sagen darf, was die Gewerkschaften erarbeitet hatten, die Gewerkschaften haben nämlich für eine nachhaltige Industriepolitik in Norddeutschland drei Bausteine formuliert:

- Maßnahmen zur ökologischen Modernisierung der Industrie

Das unterschreiben nicht nur Jürgen Suhr und seine Fraktion, ich glaube, das unterschreiben viele.

- Beschäftigungssicherung und Umsetzung, gute Arbeit in der Industrie

Da unterschreibt mindestens die Sozialministerin, aber ich glaube, das unterschreiben auch viele, weil es ja um gute Arbeit insgesamt geht.

- norddeutsche Kooperationen

Das sind die drei Bausteine der nachhaltigen Industriepolitik in Norddeutschland, so, wie die Gewerkschaft das für Norddeutschland herausgearbeitet hat.

Nun kann man argumentieren, wie Herr Schulte das gemacht hat, es gibt ein norddeutsches Cluster, Maritimes Cluster, da müssen wir jetzt mit und da bringen wir uns ein. Vollkommen richtig, habe ich ja auch unterschrieben. Aber die Frage ist doch: Hat Mecklenburg-Vorpommern etwas Eigenes? Dieses Eigene kommt mir zu kurz. Deshalb haben wir jetzt auch dazwischengerufen, wenn wir nicht dieses Eigene entwickeln, dann bleiben wir im Hinterzimmer sitzen. Und da möchte ich eigentlich raus.

Auf der Maritimen Zukunftskonferenz des Ausschusses, des Maritimen Ausschusses der Industrie- und Handelskammern, hat ja auch der BDI einen Vortrag gehalten, darauf will ich eigentlich hinaus, um über die Zukunft der Industrie, und zwar über „Industrie 4.0“ zu sprechen. Auf der Maritimen Zukunftskonferenz der Industrie- und Handelskammern im November in Rostock wurde auch sehr deutlich, dass wir uns eigentlich noch im Zeitalter 2.0 befinden. Und da müssen wir doch raus.

Der BDI schreibt uns ins Stammbuch, ich will das hier kurz zitieren aus einem der PowerPoint-Vorträge: „Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft sind auf die Veränderungen noch nicht ausreichend vorbereitet. Wir brauchen einen gemeinsamen soziotechnischen Gestaltungsprozess.“ Dieser Bundesverband der Deutschen Industrie schreibt auch – und Sie werden sich wundern, dass ich das hier vortrage, aber ich teile das –, als politische Ziele trägt er vor und sagt: „bessere, statt billigere Arbeit“, „den Zerfall in einem dualen Arbeitsmarkt aus prekärer Arbeit und hoch qualifizierter Arbeit für wenige verhindern“, „Flexibilisierung und Vernetzung von Wertschöpfungsketten zur Gestaltung neuer Arbeitszeiten und Tarifmodelle nutzen“, „Beschäftigungsbrücke zwischen jetzt und morgen aufbauen“, „Anpassung von Ausbildung und Weiterbildung an sich verändernde Inhalte und Strukturen“. Ich habe jetzt nur die Stichworte hier vorgelesen, die dort präsentiert wurden.

Das sind doch genau die Fragen, nämlich das, was die Gewerkschaften sagen und was die Wirtschaft uns ins Stammbuch schreibt, nicht über das Heute zu reden, sondern sich Gedanken zu machen, was muss wer, die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Politik und auch die Gewerkschaften, leisten, damit diese nachhaltige Industriepolitik auf den Weg gebracht wird. Das ist doch genau der Punkt. Und wenn heute in den Medien veröffentlicht wird, wer die stärksten Unternehmen sind, sowohl von den Beschäftigtenzahlen als auch von den Umsatzzahlen her, können wir ja mal schauen, wo die maritimen Unternehmen außer AIDA tatsächlich stehen. Ich meine, wir haben hier eine Verantwortung, um das auf den Weg zu bringen.

Nun konnten wir erfahren, meine Damen und Herren, Sie haben das möglicherweise – ich hoffe, dass Sie das gelesen haben – im „Spiegel“ dieser Woche gelesen, welche Pläne Herr Juncker in Brüssel hat, wie er seine 315 Milliarden einsetzen will, unter anderem für Breitbandausbau. Wir können auch lesen, dass diese Gelder eingesetzt werden sollen für Offshorewindenergieparks. Aber mit Erstaunen habe ich eben festgestellt, dass das Geld nur für Windparks in der Nordsee verwendet werden soll. Bitte schön, Nordic Yards hat auch Aufträge für Nordseewindparks bekommen, aber von der Ostsee wird

dort geschwiegen. Wo, Herr Glawe, ist denn der Aufschrei der Landesregierung, dass diese Mittel tatsächlich auch für Offshorewindparks in der Ostsee eingesetzt werden, bei uns vor der Haustür sozusagen, damit dann auch Arbeit generiert wird für Mecklenburg-Vorpommern?!

Deswegen geht es meines Erachtens um mehr, als um über das Heute zu reden, sondern es geht auch darum, darüber zu sprechen, was heute angeschoben werden muss, um in der Zukunft wettbewerbsfähig zu sein. Und deswegen darf ich hier den IHK-Präsidenten Rostocks zitieren, Herrn Madsen, der gesagt hat auf einer Veranstaltung, als es um die Zusammenarbeit des Landkreises und der Hansestadt Rostock ging, da ist er nämlich erschüttert über den Mangel an Visionen, Zitat: „Es ist schön zu hören, was wir tun – gut wäre es, zu erfahren, was wir tun wollen!“ Und darum geht es mit diesem Antrag.

Meine Damen und Herren, man kann das sicherlich in Selbstbefassung machen, aber wie die Präsidentin mir heute Morgen beim Norddeutschen Rundfunk sagte beim Spendentelefon: Ja, sind Sie denn nun arm geworden? Das bin ich sicherlich nicht, aber ich habe ihr darauf geantwortet, dass ich ja jeden Monat von ihr Geld bekomme für meine Arbeit hier. Ja, sagte sie, für Arbeit für den Papierkorb. Und ich meine, es geht nicht darum, dass wir für den Papierkorb arbeiten, sondern dass wir als Politik und wir als Parlament Prozesse anschieben, also nicht nur feststellen, sondern Prozesse anschieben.

Ich möchte mit Ihnen über ein zukunftsfähiges Mecklenburg-Vorpommern sprechen, ich möchte darüber sprechen, wie Industrie und Politik, wie „Industrie 4.0“ aussehen soll in Mecklenburg-Vorpommern. Und das habe ich mit dem Antrag am Beispiel der maritimen Industrie versucht. Wenn Sie das ablehnen, bin ich erst mal mit dem Antrag gescheitert, aber Sie werden sich dieser Verantwortung nicht entziehen können, Sie werden über diese Prozesse entscheiden müssen. Und es ist besser, vorbereitet zu sein, als dann im Nachgang hier etwas auszubessern, das, was ja bisher Ihre Politik ist. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte für die Fraktion der SPD.

**Jochen Schulte, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Suhr, ich will jetzt nicht erklären, was „omnipotent“ bedeutet,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Beate Schlupp, CDU: Darauf hatten wir jetzt gehofft.)

aber gucken Sie nach: omnis – alle, potentia – Kraft.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was?! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)



Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was mir wichtig ist, weil der Kollege Suhr meinen Ausführungen auch an anderer Stelle offensichtlich nicht zugehört hat,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Na, na, na!)

was wir hier nicht wollen, ist, dass wir mit diesem Antrag zur maritimen Wirtschaft in diesem Land sagen, wir erklären euch jetzt, wie es aussieht, was ihr zu tun habt, damit der wirtschaftliche Erfolg in den nächsten Jahren bei euch kommt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist auch nicht meine Absicht. –  
Regine Lück, DIE LINKE:  
Wenn man kein Konzept hat.)

Herr Kollege Holter, ich habe das nicht so an Sie gerichtet, sondern ausdrücklich an den Kollegen Suhr.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Auf welche Passage in meiner Rede denn?)

Das sage ich Ihnen jetzt noch. Ich habe ja noch ein bisschen Zeit.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Ah, da bin ich ja mal gespannt! –  
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Herr Kollege Suhr, was wir nicht wollen, ist, diesen Katalog, der unter Punkt II aufgeführt ist, weil das Punkte sind, und das habe ich auch in meinem Redebeitrag deutlich gemacht, wo im Grunde vorgegeben wird, was als Schlussfolgerung aus einem Diskussionsprozess herauskommt. Und Sie, Herr Kollege Suhr, haben hier erklärt, das könne man so machen, das könnte man beschließen, weil das wäre doch klar, dass das die Unternehmen wollen.

Und jetzt sage ich Ihnen mal ein ganz einfaches Beispiel, was nämlich nicht drinsteht: Ich habe mich letzte Woche mit einem Geschäftsführer einer Werft hier im Lande unterhalten, die auch international tätig ist. Dieser hat mir gegenüber zum Beispiel die Anregung gegeben, ob man auf Bundesebene nicht etwas Vergleichbares initiieren könnte, wie es das in Frankreich gibt, mit dem fonds d'investissement spécialisé. Mein Französisch ist lange her. Dieser SFI ist ein Fonds, ein staatlicher Fonds, der sich an bestimmten Unternehmen beteiligt, um in strategischen Schlüsselindustriinnovationen Industriepolitik zu machen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist übrigens etwas, was es in Deutschland auch gibt, nicht in dieser Struktur, aber die Hansestadt Hamburg macht das immer wieder mal. Das ist aber ein Beispiel, das hier gar nicht drinsteht. Wenn ich also im Ausschuss oder wo auch immer mit den Unternehmen diskutiere, diskutiere ich auf dieser Grundlage. Das ist das, was ich denen erst mal sage. Warum soll ich diesen Diskussionsprozess vorher so einschränken, warum soll ich ihn nicht offen gestalten? Ich meine, was wir mal ganz deutlich sagen müssen, was wir nicht brauchen, Herr Kollege Suhr, und da gibt es offensichtlich fundamentale Unterschiede zwischen Ihnen, Ihrer Fraktion und meiner Fraktion und mir: Wir wollen keinen Veggieday für Werften!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und das ist auch der Unterschied zu der Rede vom Kollegen Holter, weil den Kollegen Holter habe ich so nicht verstanden. Und deswegen, Herr Kollege Holter ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Wenn nichts mehr weiterhilft,  
dann kommt der Veggieday.)

Ja gut, ich meine, das ist Ihre Politik gewesen. Sie können sich im Nachhinein davon distanzieren,

(Johann-Georg Jaeger,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gibt es  
nur noch donnerstags Schiffe, oder was?!) )

aber die Wähler haben Ihnen ja nun gesagt, was sie davon halten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Und, Herr Kollege Holter, weil das der Unterschied ist und weil es einen Punkt gibt, das will ich auch noch mal deutlich sagen – so habe ich Ihre Rede nicht verstanden, so hoffe ich, dass Sie meine Rede auch nicht verstanden haben –, es geht mir nicht um die Beschreibung des Istzustandes, sondern tatsächlich darum, wie dieses Land sich wirtschaftlich erfolgreich positionieren kann.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja.)

Deswegen halte ich den Diskussionsprozess, den Sie anstoßen mit diesem Antrag, für richtig.

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
So hab ich Sie auch verstanden.)

Und deswegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werden wir, was Ihren Antrag angeht, die Ziffern unter Punkt I hier heute mit beschließen, um deutlich zu machen, das ist das, was ich vorhin auch schon gesagt habe, es gibt einen breiten Grundkonsens in diesem Haus über die Bedeutung der maritimen Wirtschaft in diesem Land.

Der zweite Punkt ist, Herr Kollege Holter, und da vertraue ich dann auch darauf, dass wir das gemeinsam schaffen zwischen den drei großen demokratischen Fraktionen in diesem Haus, und wenn der Kollege Suhr mitarbeiten will, ist er herzlich eingeladen,

(Rainer Albrecht, SPD: Wenn!)

dass wir tatsächlich im Wirtschaftsausschuss die Fragen, die Sie angesprochen haben und wo wir unterschiedliche Auffassungen haben, offen mit den Beteiligten diskutieren, um mit den Beteiligten eine gemeinsame Lösung zu finden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Okay.)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
der SPD und Burkhard Lenz, CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Schulte.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3494 zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktionen der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der NPD, gegen die Stimmen von SPD und CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3494. Hierzu ist seitens der Fraktion DIE LINKE beantragt worden, über die Ziffern I und II des Antrages einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer I des Antrages auf Drucksache 6/3494 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3494 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD angenommen.

Wer der Ziffer II des Antrages auf Drucksache 6/3494 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3494 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen von SPD und CDU und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – „MV tut gut“ – Landeszuwendungen für das Projekt „KinderBewegungsLand“ ab 2016 erhöhen und in den Folgejahren verstetigen, Drucksache 6/3507.

**Antrag der Fraktion der NPD  
„MV tut gut“ – Landeszuwendungen für das  
Projekt „KinderBewegungsLand“ ab 2016  
erhöhen und in den Folgejahren verstetigen  
– Drucksache 6/3507 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

**Udo Pastörs, NPD:** Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Projekt „KinderBewegungsLand“ setzt sich die Sportjugend im Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern dafür ein, Kindern auf spielerische Weise die Freude an Bewegung nahezubringen. Zu diesem Zweck werden Kooperationen von Sportvereinen mit Kindertagesstätten und Einrichtungen der Kindertagespflege gefördert, wobei das Angebot in erster Linie an Familien mit Kindern im Alter von bis zu sechs Jahren gerichtet ist.

Dieses Ansinnen ist unbedingt zu begrüßen. Kritisch zu betrachten sind aber aus Sicht der Antragsteller die schwankenden Zuweisungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. So wurden, wie aus den Kleinen Anfragen mit den Drucksachen Numero 6/1826, 6/2861 und 6/3079

hervorgeht, für das Projekt „Bewegte Kinder“ beziehungsweise „KinderBewegungsLand“ Zuwendungen in Höhe von 119.800,00 Euro in 2010, 127.751,73 Euro in 2011 und 138.614,17 Euro in 2012 bereitgestellt. Im vorigen Jahr standen nach Auskunft der Landesregierung für die Finanzierung des Projektes gegenüber 2012 circa 6.000,00 Euro weniger an Finanzmitteln bereit, wodurch sich die Zahl der Kooperationsvereinbarungen um etwa zwölf verringerte. In 2014 stehen für das Projekt „KinderBewegungsLand“ Landesmittel in Höhe von lediglich 113.121,69 Euro zur Verfügung. Für 2015 sind Zuwendungen des Landes in Höhe von sogar nur noch 90.000,00 Euro geplant.

Dies blieb beziehungsweise bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Zahl der Kooperationen zwischen Sportvereinen und Kindertagesstätten und damit auf die Zahl der teilnehmenden Kinder. Gab es 2009 181 Kooperationen, stieg deren Zahl 2010 auf 192, um dann im darauf folgenden Jahr auf 163 zu sinken. 2012 bestanden also 176 Kooperationen, im Vorjahr waren es 164. 2010 wurden mit dem Projekt noch 4.258 Kinder erreicht. Im vorigen Jahr waren es nur noch 3.904. Für 2015 ist aufgrund der geplanten Mittelbereitstellung – nur 90.000,00 Euro – mit einem weiteren Absinken der Zahl der teilnehmenden Kinder zu rechnen.

Spätestens hier stellt sich die Frage, wie die Landesregierung das Ziel, das selbst gesteckte Ziel, bis 2020 zehn neue Kooperationen jährlich ins Leben zu rufen, erreichen will, wenn die Mittelzuweisungen andauernd schwanken beziehungsweise wenn die Förderung sinkt. Ohnehin wird mit dem Projekt ja nur ein Teil der insgesamt 1.040 Kindertagesstätten im Lande erreicht.

Als vorbildhaft können insofern die Krankenkassen gelten, die sich an der Finanzierung des Projektes in den Jahren 2012/13/14 mit jeweils 10.000 Euro beteiligt haben. Die Kassen werden mit den Folgekosten von Übergewicht, Fettsucht und auch psychischen Störungen, motorischen Defiziten und Rückenproblemen direkt konfrontiert, worauf ich im Rahmen der Debatte noch zu sprechen komme, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die NPD-Fraktion sieht angesichts der Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen der zurückliegenden Jahre dringenden Handlungsbedarf in Gestalt der geforderten Erhöhung und Verstetigung der Landeszuweisungen für das oben genannte Projekt. Handlungsbedarf besteht auf jeden Fall, denn wie die Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen in Mecklenburg-Vorpommern deutlich machen, haben sich bestimmte Probleme ganz offensichtlich verfestigt.

So wiesen in den Schuljahren von 2003/2004 bis 2012/13 immer zwischen 11 und 12 Prozent der überprüften Erstklässler Übergewicht, um die 5 Prozent sogar Fettleibigkeit auf. Bei 12 bis 15 Prozent wurden Störungen im motorischen Bereich festgestellt und fast jedes fünfte Kind zeigte Auffälligkeiten bei den psychophysischen Belastbarkeiten, war also leicht ablenkbar, ermüdete rasch oder fiel durch mangelnde Ausdauer auf. Außerdem pflanzen sich die Probleme munter fort. So ergaben die amtsärztlichen Untersuchungen des Schuljahres 2012/13 durchaus alarmierende Befunde. Bei den Viertklässlern wiesen demnach 19,2 Prozent der Untersuchten ein Übergewicht und 7,2 Prozent Adipositas auf. Bei den Achtklässlern betrug der Anteil der Schüler mit dem Be-

fund Übergewicht 20,6 Prozent, jeder Zehnte war fett-süchtig.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung aufgefordert, die Zuwendungen für das oben genannte Projekt deutlich zu erhöhen und zu verstetigen. Gleichzeitig sind die Sportvereine von der finanziellen Beteiligung – das ist uns sehr wichtig – an den Kooperationen gänzlich freizustellen. Ohnehin mutet es eher befremdlich an, wenn jene, die Kitakinder spielerisch an Bewegung heranführen, auch noch zur Kasse gebeten werden. Derzeit müssen sich die Vereine mit mindestens 20 Prozent Eigenmitteln an einer Kooperation beteiligen.

Insofern ist die Landesregierung gefordert, einen Beitrag zur Erhöhung der Kinder- und damit der Volksgesundheit zu leisten, indem die Mittel für das Projekt „KinderBewegungsLand“ um eine Summe aufgestockt werden, die sich im unteren sechsstelligen und damit in einem vergleichsweise niedrigen Bereich bewegt. Die Folgekosten der genannten Defizite gehen letztlich in die Milliarden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, dass das eine sehr vernünftige Forderung ist, die wir Ihnen in diesem Antrag heute unterbreiten, und ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Oldenburg für die Fraktion DIE LINKE.

**Simone Oldenburg, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Deutsche Kinder braucht das Land!“

(Stefan Köster, NPD: Jawohl.)

„Volkstod stoppen!“

(Michael Andrejewski, NPD:  
Nur afrikanische Kinder.)

So lautet der Titel eines Flyers der NPD-Landtagsfraktion. Weiter heißt es dort, ich zitiere: „In einer weiteren parlamentarischen Initiative unter dem Titel ‚Den biologischen Fortbestand des deutschen Volkes bewahren‘ ...“

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

„forderte die NPD-Landtagsfraktion die Landesregierung dazu auf, den Landtag zu unterrichten, mit welchen konkreten Maßnahmen sie künftig die Förderung der deutschen Familien in Mecklenburg-Vorpommern gezielt zu unterstützen und somit Kinderreichtum im eigenen Land zu fördern beabsichtigt. ... Wir Nationalen richten unser Hauptaugenmerk auf eine Politik, in der die Familie“

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

„und die deutsche Mutter wieder zu dem werden, was sie einst war: die Keimzelle unseres Volkes! Einzig eine

zukunftsorientierte Familienpolitik könnte den schleichenden Volkstod aufhalten und einen Neubeginn für unser Volk einleiten.“

(Stefan Köster, NPD: Frau Oldenburg,  
das kann ja noch richtig was werden. –  
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ende des grausamen Zitates.

Sehr geehrte Damen und Herren, Afghanistan, Syrien, Türkei, Armenien und Vietnam – Kinder aus all diesen Ländern nehmen an dem beispielgebenden Projekt „KinderBewegungsLand“ teil.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Und das ist gut so.)

Kinder aus dem Irak, aus Rumänien,

(Michael Andrejewski, NPD:  
Wichtig ist, dass die deutschen  
Kinder ausgeschlossen werden.)

Boizenburg, Wismar und Schwerin werden in ihren Kindergärten gemeinsam gefördert,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

spielen gemeinsam.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie sind gleichberechtigte Mädchen und Jungen in ihrer Kindergartengruppe und in ihrer Sportgruppe. Es sind Gruppen, in denen nicht ausgesondert und nicht diskriminiert wird, Gruppen, in denen offene, tolerante und fröhliche Kinder erzogen werden, denn die demokratischen Fraktionen stärken mit ihrer Politik eine Erziehung, die nicht ausgrenzt, sondern integriert, und eine Erziehung, die nicht hemmt, sondern fördert, eben eine Erziehung, die jedes Kind chancengleich und liebevoll in seiner Entwicklung begleitet.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD  
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und Peter Ritter, DIE LINKE –  
Michael Andrejewski, NPD:  
Und in die FDJ begleitet.)

Diese Erziehung, diese gelebte Vielfalt, bekämpft die NPD.

Ich zitiere aus dem Parteiprogramm: „Wir lehnen alle ‚multikulturellen‘ Gesellschaftsmodelle als unmenschlich ab, weil sie Deutsche und Nichtdeutsche gleichermaßen der nationalen Gemeinschaftsordnung entfremden ...“, Ende des Zitates. Weil die NPD unsere Vorstellung eines gemeinsamen Zusammenlebens ablehnt, lehnen wir selbstverständlich den vorliegenden Antrag ab.

(Stefan Köster, NPD:  
Das war jetzt aber schwach.)

Sehr geehrte Damen und Herren, dass in diesem weltweiten Sinne das Projekt „KinderBewegungsLand“ tatsächlich viele Nationalitäten einschließt, wird darin deutlich, dass jedes fünfte teilnehmende Kind aus einer Familie mit Migrationshintergrund kommt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Fast 800 Kinder von den 4.000 teilnehmenden Kindern kommen aus dem Irak, aus Vietnam, Rumänien, Syrien oder der Türkei. Und genau darauf sind wir stolz.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Stefanie Drese, SPD: Richtig.)

Denn was an diesem Projekt so besonders ist, ist die ganz selbstverständliche Beteiligung aller Kinder.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das wird daran deutlich, dass auch in diesem Jahr ganz selbstverständlich 20 integrative Kindertagesstätten Partner der Sportvereine sind. Somit können mehr als 200 Kinder mit Beeinträchtigungen ganz selbstverständlich genauso ihren Spaß und ihre Freude an den sportlichen Angeboten haben wie die Mädchen und Jungen, die unbeschwerter ihre Kindheit genießen können, weil wir einen Sport fördern, der integriert, der verbindet und der eben nicht ausschließt und aussondert. Auch deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Sehr geehrte Damen und Herren, uns wird heute von den Nationalisten vorgegaukelt, dass sie ein Projekt fördern wollen, das bei Kindern Freude an der Bewegung, Spaß an der sportlichen Aktivität weckt. Aber das ist doch gar nicht das Ziel der Antragsteller,

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,  
und Stefan Köster, NPD)

sondern sie wollen den Sport für ihre rassistischen und ausgrenzenden,

(Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD)

kranken Vorstellungen missbrauchen und instrumentalisieren.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,  
und Stefan Köster, NPD)

Für die Demokratinnen und Demokraten ist aber der Sport keine körperliche Erhöhung und keine Frage von falsch verstandenem Siegeswillen und Unterordnung.

(Stefan Köster, NPD: Sport ist  
eigentlich körperliche Erhöhung.)

Für uns ist Sport stets die Möglichkeit,

(Michael Andrejewski, NPD:  
Sport und Bewegung.)

sich auszuprobieren, Freude an einem fairen Vergleich zu haben, einfach auch Freude beim Sport zu entwickeln und zu behalten. Gerade den verbindenden Charakter des Sports über Hautfarben und Nationalitäten hinweg werden wir uns von den Mitgliedern und Sympathisanten der NPD nicht ausreden lassen.

Mecklenburg-Vorpommern braucht keine propagandistische Heuchelei der NPD!

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Mecklenburg-Vorpommern braucht Sie nicht! Mecklenburg-Vorpommern braucht die engagierte Arbeit der zahlreichen ehrenamtlichen Trainerinnen und Trainer, der ehrenamtlichen Übungsleiterinnen und Übungsleiter, die durch ihre Arbeit täglich beweisen, wie sinnvoll und notwendig ihre Tätigkeit für ein demokratisches Mecklenburg-Vorpommern ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Denn diese Trainer und Übungsleiter schaffen es,

(Stefan Köster, NPD: Sie haben das  
Wort „Toleranz“ noch vergessen!)

die kleinen Persönlichkeiten gemeinsam zu trainieren, ohne dass sie ihre Individualität aufgeben. Den Übungsleitern und Trainern gelingt es, dass die Kinder gemeinsam in der Gruppe fröhlich und unbeschwert Sport treiben. Um genau diese wertvolle und anerkennende Arbeit nicht zu gefährden, schützt auch der Landessportbund seine Mitglieder und den gesamten Sport in Mecklenburg-Vorpommern vor derartigen Anträgen, vor Wölfen im Schafspelz, in seiner Satzung, ich zitiere: „Er“ – also der Landessportbund – „vertritt den Grundsatz religiöser und weltanschaulicher Toleranz sowie parteipolitischer Neutralität.“

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„Er tritt rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen entschieden entgegen.“ Ende des Zitats. Die demokratischen Fraktionen stehen auch in diesem Punkt an der Seite des Landessportbundes und unterstützen ihn in seiner umfassenden und verbindenden Aufgabe. Auch deshalb lehnen wir selbstverständlich Ihren Antrag ab.

Sehr geehrte Damen und Herren, eines unserer wesentlichsten Ziele ist es, dem Einfluss einer intoleranten und unmenschlichen Haltung im Denken und Handeln der NPD – gerade auf Kinder – dauerhaft zu begegnen. Hier haben wir ganz besonders die Kinder im Blick, deren Entwicklung unter dem schlechten Stern der Erziehung der NPD steht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Gerade die Kinder, die sich nicht ohne unsere Hilfe dagegen wehren können, dass ihre Eltern Mitglieder und Sympathisanten der NPD sind

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und somit diesem Einfluss ausgesetzt sind, benötigen die unvoreingenommene Unterstützung der Demokratinnen und Demokraten.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD –  
Michael Andrejewski, NPD: Wie die  
aussieht, können wir uns vorstellen.)

Auch für sie ist das Projekt „KinderBewegungsLand“ ein Ausweg.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,  
und Tino Müller, NPD)

Wir wollen bewegte Kinder,

(Stefan Köster, NPD: Wollen Sie die DDR-Methoden wieder einführen?)

die zu freien, selbstbestimmten Menschen heranwachsen.

(Stefan Köster, NPD: Und Honecker spielen.)

Auch deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion ...

**Udo Pastörs,** NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie doch wenigstens, mich hier oben ausreden zu lassen, und erst dann beginnen Sie Ihre Rede, ja?!

**Udo Pastörs,** NPD: Ich bitte vielmals um Entschuldigung.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So schnell, wie der rote Revolver gerade abgefeuert hat, konnte ich gar nicht mitschreiben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schnell? Ein „roter Revolver“? – Michael Andrejewski, NPD: Das ist ja immer das Gleiche.)

Aber ich versuche es mal.

Ist Ihnen etwas aufgefallen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war eine sehr gute Rede.)

In der gesamten Rede kam nicht einmal das Wort „deutsches Kind“ vor. Wir haben von afghanischen Kindern gehört, von syrischen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir reden von allen Kindern und unterscheiden nicht.)

von iranischen, von Kindern aus der ganzen Welt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das sind alles Kinder, Herr Pastörs.)

und dabei sind wir doch hier noch

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sind alles Kinder, Herr Pastörs.)

in Deutschland.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was muss man da noch betonen, das ist deutsch, das ist polnisch?)

Gegenstand unseres Antrages war die Situation der deutschen Kinder hier in Mecklenburg und Vorpommern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sind alles unsere Kinder, Herr Pastörs.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon befremdlich, wenn aus dem Munde einer Lehrerin mit roter Vergangenheit,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Gegenwart!)

hier mit roter Vergangenheit

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Und Zukunft! – Peter Ritter, DIE LINKE: Gegenwart und Zukunft!)

der SED-Mauermörderpartei,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aaah!)

wenn sie sich hier hinstellt und sich zum Anwalt der Kinder aus der ganzen Welt macht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, zu Recht!)

Dann schauen wir uns doch mal an,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu Recht, Herr Pastörs.)

dann schauen wir uns doch mal an,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu Recht, Herr Pastörs.)

gnädige Frau,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

wie das denn zu Ihrer Jugendzeit war

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Schön!)

in Bezug auf Sport.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie konnte jeden Tag Sport treiben, Sie werden es nicht glauben.)

Ich glaube es Ihnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, jeden Tag.)

Die Jugend war auch physisch gesünder da.

(Peter Ritter, DIE LINKE: In der Betriebssportgemeinschaft.)

Sie haben den Sport missbraucht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben doch gar keine Ahnung vom DDR-Sport!)

Es konnte nur der in einen Kader hineinkommen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie schon mal etwas von Breitensport gehört?)

der politisch hundertprozentig zuverlässig war.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie schon mal etwas von Breitensport gehört? – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Bei Auslandsreisen wurden die Kader begleitet durch Stasispitzel

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kasper!)

und die Spitzenleistungen wurden mehr oder weniger

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Reden Sie doch mal zum Antrag!)

auch nur deswegen weitgehend erreicht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Reden Sie  
doch mal zum Antrag, Herr Pastörs!)

weil sie ganz massiv

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Was fällt Ihnen da noch ein?)

Dopinggifte eingesetzt haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das ist einfach Schwachsinn,  
was er da erzählt.)

unter denen ihre SED-kommunistischen Opfer heute noch leiden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Und da haben wir ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Reden Sie doch mal zum Antrag!)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Abgeordneter, ich möchte Sie wirklich bitten, jetzt zum Antrag zu sprechen.

**Udo Pastörs, NPD:** Ich antworte auf die Gegenrede,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und das sei mir doch gestattet laut der Geschäftsordnung.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie haben hier so laut geschrien,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Schreien tut nur einer.)

um abzulenken von Ihren mordhaften Aktionen in puncto Abtreibung,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Oooh!)

wenn es um Kinder geht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oooh!)

Ich erinnere an die Wassereimer in den Kliniken,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh, oh, oh!)

die aktenkundig sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Reden  
Sie endlich zum Thema und  
lassen Sie diesen Unsinn sein!)

Sie sind in Ihrer SED-Vergangenheit mit schuldig für das Unrecht,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

was der deutschen DDR-Jugend angetan worden ist, und machen sich hier zum Anwalt der Kinder der ganzen Welt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu Recht.)

Pfui Teufel!

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Zu Recht, Herr Pastörs.)

Wie heuchlerisch

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

agieren Sie auf der linken Seite dieses Parlamentes, meine sehr verehrten Damen und Herren?!)

Uns geht es allerdings selbstverständlich in Deutschland

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Ooh, um die Deutschen! –  
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

und in Mecklenburg-Vorpommern –

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

zunächst einmal in unserem Land – um die deutschen Kinder und dann um die vielen anderen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Erst wenn unsere Kinder, wenn unsere Familien einen vernünftigen sowohl schulischen als auch sportlichen Rahmen geboten bekommen, kann man über die Hilfe Fremder selbstverständlich sehr gerne nachdenken.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Diese Kinder  
leben unter uns, das sind keine Fremden.)

Wenn Sie unseren Antrag gelesen hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass mit mehr Geld wahrscheinlich auch weniger Kosten für unser Land entstehen würden,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

denn nach offiziellen Untersuchungen kostet das Übergewicht unserer Kinder der Bundesrepublik Deutschland langfristig pro Jahr sage und schreibe 13 Milliarden Euro. Und weil das so ist, haben wir einen Antrag vorgelegt, der nachweislich geeignet ist, einer Fettleibigkeit ...

Herr Müller, hören Sie zu und telefonieren Sie nicht! Es ist wichtig, da können Sie vielleicht was draus lernen.

(Heinz Müller, SPD: Von Ihnen lernen?!)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Abgeordneter Pastörs,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

das bewerte ich jetzt als einen persönlichen Angriff gegen Herrn Müller.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihnen geht es wohl nicht gut da vorne, oder was?! – Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich vom Rednerpult ab und spricht die Präsidentin an.)

Ich bewerte das jetzt als einen persönlichen Angriff und ich bitte Sie, das zu unterlassen.

**Udo Pastörs**, NPD: Ich werde es unterlassen. Wenn er das Telefonieren dann auch unterlässt, wäre es sehr höflich.

(Heinz Müller, SPD: Erstens telefoniere ich gar nicht, selbst das verstehen Sie nicht. Aber Sie können mich ruhig beleidigen, dazu sind Sie viel zu niedrig.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht nicht darum, hier einen Antrag vorzulegen, um, wie Sie sagen,

(Stefan Köster, NPD: Etwas Bewegung würde Ihnen auch guttun.)

die Jugend womöglich wehrhaft zu ertüchtigen, sondern es geht uns darum, die Vereine vor Ort ganz einfach zu entlasten, jene Sportmöglichkeiten zu schaffen, die die Jugend braucht, um langfristig gesund aufwachsen zu können. Das ist die Kernbotschaft. Und es wird Ihnen nicht gelingen mit Ihrem roten Geschrei und Ihrer Hetze gegen nationale Politik, die Leute draußen zu begeistern,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das gelingt uns immer besser, Herr Pastörs.)

meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Sie haben in Ihrer Zeit

(Peter Ritter, DIE LINKE: In Sachsen geflogen, bei den Kommunalwahlen verloren.)

die Leute lange genug belogen ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider**: Herr Abgeordneter Pastörs, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Heinz Müller, SPD: Zum Glück! Zum Glück!)

Bitte nehmen Sie wieder Platz!

(Der Abgeordnete Udo Pastörs beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Träumen Sie weiter, Herr Pastörs! Träumen Sie weiter! – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/3507. Wer dem NPD-Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/3507 bei Zustimmung der NPD-Fraktion und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Überwindung von Langzeitarbeitslosigkeit zum Schwerpunkt politischen Handelns machen, auf Drucksache 6/3505.

#### **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Überwindung von Langzeitarbeitslosigkeit zum Schwerpunkt politischen Handelns machen – Drucksache 6/3505 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete und Vizepräsidentin Gajek. Bitte schön.

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Politik für langzeitarbeitslose Menschen ist in ihrer bisherigen Form gescheitert. Die traurige Tatsache lässt sich nicht wegreuschieren: Die Zahl der langzeitarbeitslosen Menschen in unserem Bundesland hat sich auf hohem Niveau verfestigt. Diese Entwicklung ist gegenläufig zum Trend der sinkenden Gesamtarbeitslosigkeit. Vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Diskussion zu Fachkräftebedarf und Fachkräftemangel ist sie für die Betroffenen besonders bitter, denn sie markiert ganz klar: Hier werden Menschen nicht mitgenommen, nicht integriert, sondern abgehängt, gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit bleibt ihnen verwehrt.

Eine solche Entwicklung ist gefährlich für unser Bundesland und unsere Gesellschaft. Die Überwindung von Langzeitarbeitslosigkeit muss deshalb Schwerpunkt des politischen Handelns in Mecklenburg-Vorpommern werden.

(Torsten Renz, CDU: Ist sie doch.)

Bisher findet sie lediglich in Absichtserklärungen der Landesregierung statt. Andere Bundesländer, etwa Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, erproben seit Jahren im Rahmen des sozialen Arbeitsmarktes das Konzept des Passiv-Aktiv-Transfers.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Sie tun das auch deshalb, weil sich auf Bundesebene nichts Substanzielles bewegt

(Torsten Renz, CDU:  
Oha, oha! Wollen Sie jetzt  
Frau Nahles infrage stellen, oder was?)

im Hinblick auf Strategien zur Überwindung der Langzeitarbeitslosigkeit, Herr Renz. Das von der Bundesarbeitsministerin Nahles Anfang November vorgestellte Bundesprogramm ist kein großer Wurf.

(Torsten Renz, CDU: Was?)

Es bringt keinen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt. Es bringt keine Erprobung des Passiv-Aktiv-Transfers. Es beinhaltet keine wirklich innovativen Elemente.

(Torsten Renz, CDU: Oha!  
Das ist ja starker Tobak!)

Es stellt vielmehr schmalspurig auf die möglichst rasche Integration in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt ab und bleibt damit deutlich hinter der Intention des sozialen Arbeitsmarktes zurück, durch langfristig wirksame Maßnahmen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Es geht an der Lebensrealität vieler langzeitarbeitsloser Menschen vorbei, die mit dem bisherigen Instrument nicht erreicht wurden und die jetzt erneut am Rand stehen und zuschauen müssen, wie quasi im Programmhopping ein befristetes Programm durch das nächste ersetzt wird – Exit Bürgerarbeit, dafür jetzt ESF-Förderprogramm und Neuetikettierung des Programms 50plus. Ein bisschen Bewegung ja, aber dauerhafte qualitative Verbesserungen bei der Betreuung von Arbeitslosen kommen damit nicht vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich zitiere: „Das entscheidend Neue an dem Programm ist, dass wir dem Teilnehmer einen Coach zur Seite stellen.“ Zitierende. So wird der Leiter der Arbeitsagentur Schwerin in einem Statement in der „Ostsee-Zeitung“ vom 27. November zitiert. Wer das Modellprojekt „Sozialer Arbeitsmarkt“ etwa in Baden-Württemberg aufmerksam verfolgt hat, dem kommt dieser Ansatz indes so neu gar nicht vor. Sozialpädagogische, psychologische oder medizinische Betreuung ist dort je nach individueller Bedarfslage selbstverständlicher Bestandteil. Betreuung und Coaching werden regelhaft angeboten. Die Durchlässigkeit des sozialen Arbeitsmarktes in Richtung auf nicht geförderte Arbeit ist ein wichtiger Konzeptbestandteil. Schließlich geht es für die im sozialen Arbeitsmarkt beschäftigten Menschen auch darum, Perspektiven jenseits des aktuellen Arbeitsverhältnisses im Auge zu behalten, aber eben nicht unter Zeitdruck.

Das ist eine ganz andere Herangehensweise als Ruckzuckeingliederungen, die schon nach wenigen Monaten erneut in der Arbeitslosigkeit enden, wie das leider in rund 50 Prozent der Fälle bundesweit passiert. Um diese Wiederholungsschleife zu durchbrechen, sind individuell angelegte Unterstützung nötig, ausreichend Zeit und eine angemessene Finanzierung.

Das im Bundesprogramm angebotene Coaching ist nicht die echte Ware, es ist vielmehr eine Begleitung light. Und so verhält es sich leider mit dem gesamten Bundesprogramm. Es reicht nicht aus. Es ist nicht solide. Was im Bundesprogramm fehlt, ist die Flexibilisierung des sozialen Arbeitsmarktes, was fehlt, ist der Passiv-Aktiv-Transfer, was fehlt, sind realistische Angebote auch für diejenigen langzeitarbeitslosen Menschen, die nicht innerhalb knapp bemessener Zeiträume für den ersten Arbeitsmarkt durchgestylt werden können. Es hat der Bundesministerin offensichtlich an dem notwendigen Mut gefehlt, den Schritt ganz zu gehen und nicht nur Versatzstücke aus dem Gesamtkontext des sozialen Arbeitsmarktes herauszulösen.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, sich an geeigneter Stelle und im Einvernehmen mit anderen Bundesländern für die Etablierung eines dauerhaften sozialen Arbeitsmarktes auf Bundesebene einzusetzen,

(Torsten Renz, CDU: Und wenn das Einvernehmen nicht zustande kommt, dann machen wir nichts, oder wie?)

sozusagen für die echte Ware, für ein sinnvolles arbeitsmarktpolitisches Gesamtpaket. Parallel und flankierend dazu muss eine Erprobung des sozialen Arbeitsmarktes auf Landesebene erfolgen. Die aktuell 31.909 offiziell in unserem Bundesland langzeitarbeitslosen Menschen sollten Argument genug für ein entsprechendes Handeln sein. Es geht hier in vielen Fällen um Menschen, die nicht ein oder zwei Jahre, sondern bereits deutlich länger arbeitslos sind.

Im Rahmen der Fachtagung der bündnisgrünen Landtagsfraktion zum sozialen Arbeitsmarkt im Oktober dieses Jahres wurden teilweise erschütternde Praxisbeispiele benannt, aber es wurde auch deutlich, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, Menschen, die Mitte 50 und seit 16 Jahren arbeitslos sind, wieder Teilhabechancen zu eröffnen. Es geht darum, eine Brücke zu schlagen für Menschen, die zwar erwerbsfähig im Sinne des SGB II sind, die aber im Sinne des Arbeitsmarktes aktuell keine realistische Einsatzmöglichkeit haben. Diese Brücke kann der soziale Arbeitsmarkt sein.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Den Kritikern, die sich gern darauf zurückziehen, dass ein solches Modell nicht in unser Bundesland passe, Herr Renz, will ich deutlich sagen: Erstens haben wir es angesichts unserer Arbeitsmarktsituation sicher nötiger als Baden-Württemberg, Konzepte zur Überwindung verfestigter Arbeitslosigkeit auf den Weg zu bringen, und zweitens nimmt mit Thüringen jetzt auch ein ostdeutsches Bundesland ganz aktiv den Ball auf und macht sich auf den Weg,

(Torsten Renz, CDU: Haben Sie den Koalitionsvertrag in Thüringen mal gelesen, was da drinsteht?)

um langzeitarbeitslosen Menschen aktiv Möglichkeiten der Teilhabe am Erwerbsleben zu erschließen

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

und sich, ich zitiere noch mal, „auf Bundes- und Landesebene für einen öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt“ einzusetzen. Das war ein Zitat aus dem Koalitionsvertrag.

(Egbert Liskow, CDU: Wir sind aber nicht bei den Kommunisten. –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die Thüringer Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wagen das, was ein breites Bündnis aus Arbeitsmarktexpertinnen und -experten seit Jahren fordert. An dieser Konsequenz sollte sich auch unsere Landesregierung ein Beispiel nehmen und eine entsprechende Erprobung auf Landesebene initiieren.

(Vizepräsidentin Regine Lück  
übernimmt den Vorsitz.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an Lippenbekanntnissen, ich sagte es eingangs, fehlt es nicht, es fehlt an konsequenten Maßnahmen. Wir Bündnisgrünen



sagen: Das Thema „Überwindung der Langzeitarbeitslosigkeit“ muss endlich ernsthaft auf die politische Agenda. Es muss zum Schwerpunkt des arbeitsmarktpolitischen Handelns in unserem Bundesland werden. Es gehört als Schwerpunktthema in das Bündnis für Arbeit im Jahr 2015.

Was langzeitlose Menschen jetzt endlich brauchen,

(allgemeine Unruhe –  
Patrick Dahleemann, SPD, und  
Beate Schlupp, CDU: Langzeitarbeitslose.)

sind keine neuen Kurzzeitprogramme.

(Egbert Liskow, CDU: Langzeitarbeitslose.)

Was habe ich gesagt?

(Zurufe aus dem Plenum: Langzeitlose.)

Oh nein, Entschuldigung. Aber Sie passen auf!

(Heiterkeit bei Patrick Dahleemann, SPD:  
Ja, wir passen auf.)

Was langzeitarbeitslose Menschen jetzt endlich brauchen, sind keine Kurzzeitprogramme, sondern sozialversicherungspflichtige, öffentlich geförderte Jobs, begleitet durch individuelle Unterstützungsangebote.

Der Arbeitsmarkt ist kein Markt wie jeder andere. Er ist einer der Garanten für soziale Gerechtigkeit und dauerhaften gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse. Bitte.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Berufseinsteiger, Berufsumsteiger, Akademiker, Geringqualifizierte, Ältere, alleinerziehende Mütter und Väter – der Arbeitsmarkt hat viele Gesichter. Ihnen allen Zugang zum Erwerbsleben zu ermöglichen, gelingt uns in Mecklenburg-Vorpommern immer besser.

Blicken wir auf die Arbeitsmarktzahlen, bleibt nur ein Schluss: Hinter uns liegt ein gutes Jahr 2014 – die geringste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. In allen Monaten lag die Arbeitslosigkeit unter den jeweiligen Vorjahreswerten. Im Oktober sank die Arbeitslosenquote sogar unter die 10-Prozent-Schwelle. Der Wirtschaftsminister hatte hierzu bereits ausgeführt. Und ja, wir sehen das als unseren gemeinsamen Erfolg hier an, auch wenn er mir gerade den Rücken zuwendet.

(Torsten Renz, CDU:  
Das stand da auch schon? –  
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Wir konnten einen weiteren Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung verzeichnen, besonders in den Bereichen Gesundheits- und Sozialwesen, Gastgewerbe, Handel und wirtschaftsnahe Dienstleistungen. Laut den vorläufigen Daten vom September vermerken wir ein Plus von 3.000 Beschäftigten auf nun rund 555.000. Außerdem haben wir bereits Ende Oktober als erstes ostdeutsches Bundesland und als eine der ersten Regionen in Europa die Genehmigung für unser neues Operationelles Programm bekommen. Und ein Teil, das ist Ihnen bekannt, dieser ESF-Mittel ist auch für die Förderung der Langzeitarbeitslosen vorgesehen. Diese gute Bilanz sollten wir erst einmal als solche hinnehmen und nicht gleich wieder mit einem eiligen Aber zerreden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh nee,  
wir sind da jetzt schon lange dran, Frau Hesse.)

Neben den erfreulichen Fakten gibt es seit Jahren auch diesen: Manche Menschen gehen dauerhaft leer aus auf der Suche nach Arbeit. Auch hier ist die Zahl der Betroffenen innerhalb des Jahres zwar leicht rückläufig, aber die sonst so gute Entwicklung macht sich hier zu wenig bemerkbar, da gebe ich Frau Gajek recht. Wenn es darum geht, unseren Arbeitsmarkt zukunftsfest zu gestalten, dürfen wir diese Gruppe der Langzeitarbeitslosen nicht aus dem Auge verlieren, und ich kann Ihnen versichern, wir tun das auch nicht.

Meine Damen und Herren, zur Wahrheit gehört, dass unser Handlungsspielraum, und ich betone das immer wieder gerne, an dieser Stelle zunächst durch den Bund definiert ist. Das heißt aber nicht, dass sich die Länder nicht einmischen. Zum Beispiel haben wir mit anderen Bundesländern eine Initiative gestartet, um für ältere Beschäftigte weiterhin bis zu drei Jahre lang Eingliederungszuschüsse gewähren zu können. Über 50 zu sein, zählt zu den sogenannten Vermittlungshemmnissen. Wie entscheidend aber die ältere Generation gerade hier in MV ist und sein wird, wissen wir alle. Außerdem unterstützen wir das Ziel, Langzeitarbeitslose umfassend nachzubetreuen, wenn sie eine Stelle gefunden haben. Schließlich verbessern sich die Chancen, eine neue Stelle langfristig zu behalten, wenn Menschen, die lange ohne Job waren, für eine bestimmte Zeit begleitet werden.

Das Thema Langzeitarbeitslosigkeit ist auch in Berlin in den Fokus gerückt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Das wurde auch Zeit!)

Auch das wurde schon berichtet. Die Bundesregierung will mit zwei neuen Programmen insgesamt 43.000 Langzeitarbeitslose durch Lohnkostenzuschüsse oder komplette öffentliche Förderung wieder an das Arbeitsleben heranführen. Wie nachhaltig sich dieses zeitlich befristete Projekt auswirken wird, müssen wir in der Tat kritisch begleiten.

Ein Projekt, das sich bereits bewährt hat, ist eines des Landes. Ich habe es hier auch schon mehrfach vorgetragen, der sogenannte Familiencoach.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Genau.)

Diese Coaches beraten nicht den einzelnen Arbeitslosen oder die einzelne Arbeitslose, sondern nehmen die ge-

samte Familie in den Blick. Wir wollen verhindern, dass sich Arbeitslosigkeit durch Nachahmung und erlerntes Verhalten in der nächsten Generation fortsetzt. Wir wollen die Chancen auf Bildung, Beruf und Teilhabe erhalten. Das Projekt ist auf regionaler Ebene gut angelaufen, sodass wir es in der nächsten ESF-Förderperiode landesweit etablieren werden. Mit dieser Idee haben wir schon das Interesse einiger anderer Bundesländer geweckt, und wir setzen genau das um, Frau Gajek, was Sie vorhin gefordert haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

Wir setzen hier in M-V einen Schwerpunkt auf integrative Angebote und ich sage Ihnen hier auch ganz klar, was wir tun. Das Land wird kein eigenes Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ ins Leben rufen und auch nicht einen Modellversuch zum Aktiv-Passiv-Transfer machen. Auch das ist wiederum Sache des Bundes.

Im Übrigen stelle ich mir an dieser Stelle immer wieder die Frage, ob eigentlich jedem bewusst ist, was der Aktiv-Passiv-Transfer eigentlich bedeutet. Das bedeutet nämlich ein Geldverschieben: Geld an der einen Stelle wegnehmen und an einer anderen Stelle einsetzen.

(Martina Tegtmeier, SPD:  
Und was drauflegen.)

Wer das fordert, muss genau wissen, was er da fordert.

Im Übrigen können die Länder nicht ständig in die Ersatzvornahme für den Bund gehen. Zudem müssten wir ein solches Modell alleine und zusätzlich finanzieren. Ausgehend von den Zahlen aus Baden-Württemberg – und ich finde, damit muss man sich einfach mal intensiv befassen,

(Heiterkeit bei Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Das haben wir.)

bevor man so etwas fordert –,

(Torsten Renz, CDU:  
So ist es. Genauso ist es.)

ist es nämlich so, dass wir über 300 Teilnehmer sprechen

(Torsten Renz, CDU: So einfach  
ins Blaue schießen hier!)

und wir reden von 2,16 Millionen Euro pro Jahr –

(Torsten Renz, CDU: Ins Grüne!)

2,16 Millionen Euro pro Jahr, was wir nicht haben, dieses Geld, für einen Versuch mit immer noch ungewissen Erfolgsaussichten.

(Egbert Liskow, CDU: Null.)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, was die Landesregierung tun kann, tut sie, um Langzeitarbeitslose zu unterstützen. Schließlich geht es für diese Menschen nicht ausschließlich um den Broterwerb, sondern auch um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

„Gibt es Wege aus verfestigter Arbeitslosigkeit?“, so war ein Schwerpunktthema überschrieben, mit dem sich die gemeinsame Arbeitsmarkttagung von Land und Fried-

rich-Ebert-Stiftung am vergangenen Freitag unter Beteiligung des Bundes, des BMAS und der BA befasst hat. Dabei ist eines wieder klar geworden: Der Umgang mit Langzeitarbeitslosen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, er ist vor allen Dingen aber auch Einstellungssache.

Die Gruppe der Arbeitslosen ist so heterogen zusammengesetzt wie kaum eine andere für den Arbeitsmarkt relevante. Darunter sind viele Menschen, die zwar schon länger ohne Arbeit sind, die aber wieder eine Stelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt besetzen könnten, indem man sie gezielt schult, fortbildet oder ihnen eine Bewährungschance durch Lohnzuschüsse gibt. Nicht jeder vormals Arbeitslose ist automatisch eine Belastung für ein Unternehmen. Der eine oder die andere ist vielleicht sogar eine Bereicherung.

Den gesamtgesellschaftlichen Ansatz haben wir mit dem Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit etabliert, wo Arbeitgeber, Gewerkschaften, kommunale Verbände und Behörden an einem Tisch sitzen. Lösungen für Langzeitarbeitslose zu finden, ist auch hier eine wichtige Aufgabe und das wird längst schon getan.

Für mich ist immer entscheidend zu wissen, welches Ziel und welche Betroffenen wir erreichen wollen und können. Ihr Antrag hilft an dieser Stelle leider überhaupt nicht weiter. Meine Aufmerksamkeit und die Aufmerksamkeit der Landesregierung hat dieses Thema schon. Die von Ihnen geforderten Punkte halte ich nicht für sinnvoll, um sich diesem Thema zu widmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der sagt das  
alles jetzt noch ein bisschen deutlicher.)

**Torsten Renz, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag wurde in diesem Hause schon, ich glaube, in 2012 in ähnlicher Form diskutiert,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Mehrfach. Steter Tropfen!)

und da stellt sich nachher die Frage: Was hat sich seitdem geändert? Darauf werde ich dann noch entsprechend eingehen.

(Zurufe von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN, und Michael Andrejewski, NPD)

Wenn ich jetzt diesen Antrag vor mir habe und reflektiere, was Frau Ministerin eben dargestellt hat, sie hat also die Situation am Arbeitsmarkt beschrieben, wie erfolgreich wir sind, möchte ich es dabei heute mal belassen und sagen: Okay, Frau Ministerin, Sie haben vollumfänglich recht.

Wenn wir dann zu dem speziellen Punkt „Langzeitarbeitslosigkeit“ kommen, glaube ich, ist das das Einzige,

was in diesem Antrag stimmt, nämlich die Feststellung, dass es ein Problem ist.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Immerhin!)

Da, glaube ich, sind wir deckungsgleich in der Analyse und brauchen auch nicht lange darum herumzureden. Es ist Fakt, die Langzeitarbeitslosigkeit, die sich verfestigt hat, ist ein Problem, und da ist die Frage: Wie stellt man sich dieser Herausforderung? Alles andere in Ihrem Antrag ist zurückzuweisen, ist so nicht korrekt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Aha!)

Auch wie Sie unter Ziffer I schreiben, „bisher zu wenig Aufmerksamkeit“,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Das ist meine Sichtweise, ne?)

das muss ich im Namen der CDU-Fraktion zurückweisen.

Wenn man auf Baden-Württemberg verweist oder jetzt ganz speziell, das ist ja Ihre neue Strategie und Taktik, dass man sich auf Thüringen beruft, dann sollte man, wenn man sich diese PAT-Modellprojekte genauer anschaut, mal in den Koalitionsvertrag dort in Thüringen schauen. Da steht: „Zu diesem Zweck werden wir Initiativen der Länder und des Bundes zum Passiv-Aktiv-Transfer ... unterstützen“. Gut, wenn da also nichts passiert,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Da wird schon was passieren.)

ich glaube, Frau Ministerin hat es ausgeführt,

(Zuruf von Silke Gajek,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und Sie schauen dann in das Arbeitsmarktprogramm, was Frau Nahles vorgelegt hat für die Zukunft, da werden Sie diese Begrifflichkeit nicht finden. Insofern, wenn die so etwas in ihren Koalitionsvertrag hineinschreiben und wissen, es kommt sowieso nicht, dann hat das natürlich auch inhaltlich gesehen sehr viel Wert. Dann geht es weiter: „eigene initiieren und mit der Bundesregierung“ werden „Verhandlungen für ein Thüringer PAT-Modellprojekt“ geführt.

Also das finde ich schon ein bisschen lächerlich, was in Thüringen in den Koalitionsvertrag geschrieben wird. Das ist ja sozusagen eine Täuschung der Öffentlichkeit, wenn man weiß, der Bund wird nach jetzigem Stand keine Projekte initiieren, dass man mit dem Bund dann verhandeln will. Ja, da sage ich nur, Papier ist geduldig, wird aber das Thema Langzeitarbeitslosigkeit in diesem Fall nicht bekämpfen können.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Die Hoffnung stirbt zuletzt, Herr Renz. –  
Zuruf von Silke Gajek,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der ist nicht von mir, der Koalitionsvertrag. Das haben Ihre Genossen dort in Thüringen unterschrieben und,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Deshalb sage ich ja, die Hoffnung stirbt zuletzt.)

wie gesagt, für mich ist das so ein bisschen Täuschung der Öffentlichkeit:

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Warten! Warten! Warten!)

Wir sind wichtig. Wir bewegen uns. Wir tun was im Bereich Passiv-Aktiv-Transfer. Das hört sich auch ganz gut an, kaum einer weiß, was sich dahinter verbirgt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Haben Sie nicht aufgepasst?! Das haben wir mehrfach thematisiert.)

Gut, wenn das Ihre Politik ist in der Verantwortung in Thüringen, dann nehme ich das zur Kenntnis.

Fakt ist, wir haben, wie gesagt, in 2012 das Thema hier schon mal aktiv diskutiert.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Aktiv haben wir es mehrfach diskutiert.)

Ich erinnere mich an die Ausführungen von Frau Ministerin Schwesig damals zum Zeitpunkt der Debatte. Sie hat zu Recht verwiesen auf Initiativen aus 2012 durch die Arbeits- und Sozialministerkonferenz, dass sozusagen die SPD da aktiv am Ball ist. Dann gab es den Beschluss, auch das wurde dargestellt, im Bundesrat im Mai 2013. Da habe ich damals schon gesagt, okay, der Wahlkampf ist mitten im Gange.

Im Bundesrat haben die Vertreter der SPD dafür gesorgt, dass drei, vier Monate vor der Bundestagswahl ein entsprechender Beschluss gefasst wurde, sodass man dieses Thema dann auch hoch- und runterdeklिनieren konnte, mit dem Ergebnis, dass die SPD in Regierungsverantwortung gekommen ist im Bund – das ist so –, mit dem Ergebnis, dass die SPD jetzt die Sozialministerin stellt, mit dem Ergebnis, dass Frau Nahles ein Programm vorgelegt hat, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, mit dem Ergebnis, dass dort nichts von Passiv-Aktiv-Programmen enthalten ist. Dort gibt es zwar noch einen Titel mit, glaube ich, 1,5 Millionen, wo ja auch schon führende Arbeitsmarktpolitiker der CDU gesagt haben, okay, wenn wir über dieses Projekt nachdenken, vielleicht könnte man das in dieses Programm hineinpacken, aber für mich stellt sich schon die Frage: Warum hat man jetzt auf Bundesebene dieses Projekt nicht mit als Lösungsansatz auf den Weg gebracht?

(Henning Foerster, DIE LINKE:  
Weil Sie es nicht wollen als CDU.)

Das wird wahrscheinlich Gründe haben. Wahrscheinlich hat man sich inhaltlich damit auseinandergesetzt, jetzt, wo man in Regierungsverantwortung ist, hat das Programm analysiert und gesagt, bevor ich hier neue Projekte, neue Arbeitsmarktmittel entwickle, die möglicherweise nicht zum Erfolg führen, lasse ich das lieber, bevor ich hier Millionen in diese Richtung investiere.

Sicherlich kann man da zu Recht auf Baden-Württemberg verweisen. Das habe ich auch schon in der letzten Landtagsdebatte zu diesem Thema gemacht und habe gesagt, lassen Sie uns doch mal das Experiment in

Baden-Württemberg abwarten. Und wenn es dann so ein Erfolg ist in Baden-Württemberg, sollte möglicherweise die Bundesebene oder sollten auch wir im Land sagen, okay, das ist gewinnbringend, dieses Thema, dann sollten wir das so anpacken.

Aber was ist inzwischen in Baden-Württemberg passiert? Baden-Württemberg hat sich auf den Weg gemacht, das ist bekannt, und hat nun plötzlich festgestellt, die Zeit reicht gar nicht aus, um das abschließend zu bewerten. Sie haben das Projekt erst mal verlängert, und zwar verlängert bis 2016.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Und wenn man weiß – das ist jetzt von mir so ein bisschen politisch hineininterpretiert,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na ja.)

aber ich glaube schon, dass man darüber sprechen sollte –, wenn man weiß, das im Frühjahr 2016 in Baden-Württemberg Wahlen sind,

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

dann frage ich mich schon, warum man so ein Modellprojekt bis in den Herbst 2016 verlängert. Will man möglicherweise vorher gar keine Ergebnisse haben, weil die nicht so passend sind?

(Egbert Liskow, CDU: Nein, das will man nicht.)

Also das ist so ein bisschen offen. Fakt ist, die Landesregierung unter der Führung der GRÜNEN

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist jetzt aber ganz schön viel spekuliert.)

hat dieses Projekt erst mal verlängert, weil sie selbst unsicher ist,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch falsch.)

ob dieses Projekt „Passiv-Aktiv-Transfer“ überhaupt den entsprechenden Erfolg bringt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch Quatsch! – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man hat sich jetzt wissenschaftlichen Rat geholt und einen Bericht schreiben lassen von über 100 Seiten,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist jetzt eine subjektive Interpretation.)

und dann kommt man plötzlich zu der Auffassung: Liebe Leute, wir können zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht entscheiden, ob das ein neues Arbeitsmarktinstrument ist, was man sozusagen hoffähig machen und flächendeckend in Deutschland zur Anwendung bringen sollte, weil es erfolgreicher ist als Arbeitsmarktprojekte, die wir zurzeit haben. Das ist nämlich das Ergebnis dieser Studie. Und da haben die Baden-Württemberger unter der Führung der GRÜNEN zu Recht gesagt: Liebe Leute, keinen Schnellschuss! Das müssen wir weiter untersuchen,

bevor wir eine Millionenförderung dort hineinstecken. Lasst uns doch erst mal das Ergebnis abwarten!

(Egbert Liskow, CDU: Die sind wahrscheinlich klüger, von den GRÜNEN.)

Das wird im Herbst 2016 platziert werden.

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und da kommen Sie daher und sagen: Ja, es gibt jetzt eine Absichtserklärung in Thüringen und in Baden-Württemberg läuft auch schon ein bisschen was. Lassen Sie uns doch in Mecklenburg-Vorpommern jetzt ähnliche Experimente auf den Weg bringen! Da sage ich Ihnen, das ist mit dieser Landesregierung, mit uns, mit den Fraktionen von SPD und CDU zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu machen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und deswegen versuchen wir immer wieder, Sie davon zu überzeugen, Herr Renz.)

sondern wir wollen uns das genauer anschauen. Wenn man sich das dann genauer anschaut, finden wir auch in diesem Zwischenbericht in Baden-Württemberg folgende Erkenntnis: Die Leute, die im Passiv-Aktiv-Transfer tätig sind, sind ja die Betroffenen, die wir in den ersten Arbeitsmarkt bringen wollen. Wenn die Unternehmen befragt werden, wie stellen Sie sich das vor, wollen Sie diese Menschen, diese Langzeitarbeitslosen dann auch in Ihre Firma übernehmen, sagen zwei Prozent: Ja, das wollen wir.

(Stefan Köster, NPD: 90 Prozent sagen, nicht.)

Zwei Prozent sagen, ja, wir wollen diese Leute mit großer Sicherheit übernehmen, und 17 Prozent sagen, sehr wahrscheinlich. Und wer ein bisschen praktisch veranlagt ist im Leben, so wie Sie von den GRÜNEN, der wird mir sicherlich recht geben,

(Stefan Köster, NPD: Jetzt hören Sie doch mal auf zu lügen!)

wenn sich jetzt 19 Prozent mit großer Wahrscheinlichkeit dafür aussprechen, wenn sie eine Förderung bekommen, ernsthaft darüber nachzudenken, diese Leute zu übernehmen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt schon länger.)

dann gehe ich davon aus, dass es später in der Praxis möglicherweise sogar noch ein paar weniger sind. Und insofern, ganz nüchtern und sachlich betrachtet, sollten wir diskutieren: Ist das tatsächlich ein neues Arbeitsmarktinstrument, was besser ist als die Arbeitsmarktinstrumente, die wir bisher haben, was dazu führt, dass mehr Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden?

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Herr Renz, gestatten Sie eine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Suhr?

**Torsten Renz,** CDU: Unabhängig von der Position gestatte ich die Anfrage sehr gerne.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Das ist ja großherzig von Ihnen!)

**Jürgen Suhr**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich danke Ihnen, Herr Renz.

Herr Renz, vor dem Hintergrund der Einschätzung, die Sie gerade vorgetragen haben: Schließen Sie denn aus, dass Unternehmen dann, wenn sie die Gelegenheit haben, auch im Rahmen von öffentlicher Förderung, über einen längeren Zeitraum einen Menschen, einen Arbeitslosen kennenzulernen,

(Egbert Liskow, CDU: Ich kenne viele.)

dass sie trotz vorher möglicherweise neutraler oder skeptischer Einschätzung zu dem Ergebnis kommen könnten, diesen Arbeitslosen einzustellen?

**Torsten Renz**, CDU: Ich glaube, Herr Suhr, das ist eine theoretische Diskussion. Es bringt uns in der Sache nicht weiter, wenn ich diese Frage jetzt mit Ja beantworte. Insofern lohnt es sich kaum, darüber zu spekulieren.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD,  
und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Fakt ist, es sind nicht meine Zahlen. Es sind nicht meine Zahlen, sondern es sind eher Ihre Zahlen,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Klasse!)

nämlich die grüne Landesregierung hat das in Auftrag gegeben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Sie können doch Herrn Renz nicht so  
eine konkrete Frage stellen! – Zuruf von  
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Und wenn da 17 Prozent sagen, wir können uns das vorstellen, dann gehe ich eher von der These aus, die ich vertreten habe,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da kommt  
er ja ganz aus seinem Konzept raus!)

also sprich, nicht von Ihrer These, dass die Anzahl derer, die das Arbeitsmarktinstrument eines Tages nutzen werden, eher noch geringer ist.

(Jochen Schulte, SPD: Ich habe  
das jetzt irgendwie nicht verstanden. –  
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Nee, das hat er selber nicht verstanden. –  
Heiterkeit bei Barbara Borchardt, DIE LINKE)

**Jürgen Suhr**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke schön.

(Egbert Liskow, CDU: Das kommt darauf  
an, was man für eine Frage stellt.)

**Torsten Renz**, CDU: Insofern gehe ich von meiner These auch nicht ab, dass wir sehr gut schauen sollen, bevor wir Millionen im Bereich Arbeitsmarkt hin und her transferieren, ob es nicht Instrumente gibt, die jetzt schon geeignet sind.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Wie lange wollen  
wir noch darüber diskutieren? –  
Zuruf aus dem Plenum: Geschwafel.)

Nein, überhaupt nicht.

Fakt ist, wir haben Arbeitsmarktinstrumente, die dazu geführt haben, dass wir am Arbeitsmarkt erfolgreich sind.

(Egbert Liskow, CDU: Sehr erfolgreich.)

Dann stellt sich doch die Frage, ob wir nicht ausreichend Instrumente haben, die weiterhin eingebracht werden sollen, um dieses Thema Langzeitarbeitslosigkeit anzugehen, und zwar nicht mit zweifelhaften Ergebnissen. Und zweifelhaft sind sie, weil der Zwischenbericht es eindeutig so sagt.

Das ist nur ein Teil der Befragung, Herr Suhr, den ich hier herausgegriffen habe. Wenn Sie sich das genauer anschauen, dann werden Sie ganz konkret zum Abschluss des Berichtes die Aussage finden, dass es viel zu früh ist, jetzt sichere Aussagen zu treffen, sondern es ist ganz klar definiert – das ist der letzte Satz dieses Berichtes –: Wir benötigen eine weitere Kosten-Nutzen-Bilanz, um zu schauen, ob die Geförderten auch wirklich dann in den ersten Arbeitsmarkt gebracht werden. Und dann steht, letzter Satz: „Daher können sie erst am Ende des Projektzeitraumes eine konkrete Aussage finden.“ Diese Aussage ist vor 2016 nicht zu erwarten.

Das ist, wie gesagt, nicht meine Analyse, das ist die Analyse der Landesregierung in Baden-Württemberg. Die führt mich aber zu dem Schluss, zu der Auffassung, die ich schon beim letzten Mal vertreten habe, was mit Logik zu tun hat: Sie können nicht aufgrund von Annahmen hier ein neues Arbeitsmarktinstrument auf den Weg bringen, sondern Sie sollten die Ergebnisse wissenschaftlich auswerten, sie analysieren und dann entscheiden, ob wir dieses Instrument zum Einsatz bringen wollen. Dies aber nicht auf halbem Wege, zumal in Baden-Württemberg sogar der Projektzeitraum noch verlängert wurde.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Ja, das ist manchmal so.)

Insofern ist es unlogisch, Ihr Agieren. Sie haben zwar einen interessanten Antrag hier auf die Tagesordnung gesetzt,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Och, das ist ja mal was!)

aber leider, was die Logik betrifft und die inhaltliche Vorgehensweise,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Sie haben es immer noch nicht kapiert.)

findet er durch unsere Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt keine Zustimmung. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück**: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Foerster von der Fraktion DIE LINKE.

**Henning Foerster, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es an dieser Stelle kurz machen.

(Michael Andrejewski, NPD: Das wäre schön.)

Wir beantragen mündlich, den Punkt II.1 zu streichen, denn die Zusage der Landesregierung zur Aufnahme des Themas in das Bündnis für Arbeit steht. Wir unterstützen im Übrigen den Antrag der Bündnisgrünen, denn er greift einige der Forderungen unseres Antrages aus dem Juni und auch von unserer jüngsten Arbeitsmarktkonferenz am Montag dieser Woche in Waren/Müritz auf.

Wie sich Menschen fühlen, die in unserem Land lange arbeitslos sind, das können Sie der kleinen Broschüre entnehmen, die der Arbeitslosenverband Ihnen heute Morgen in die Fächer gesteckt hat, doch dazu später noch einiges mehr.

Zunächst zum Thema Passiv-Aktiv-Tausch. Nein, der PAT ist kein Allheilmittel, aber er ist ein zentrales Element für die Finanzierung eines sozialen Arbeitsmarktes und damit für die nachhaltige Integration langzeitarbeitsloser Frauen und Männer. Und ja, er ist verfassungsgemäß, wie ein Gutachten des EFAS, das Mitte Oktober in Berlin vor Bundestagsabgeordneten von SPD, LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgestellt wurde, noch einmal sehr deutlich belegt hat. Die Kernaussagen des Gutachtens lauten wie folgt:

Erstens. Der Bund hat das Recht, im Rahmen der öffentlichen Fürsorge eine solche Regelung wie den PAT auf den Weg zu bringen.

Zweitens. Aus der Bundeshaushaltsordnung heraus gibt es keine Einwände gegen eine solche Regelung, denn sie dient der Umsetzung von Parlamentsgesetzen.

Drittens. Einer PAT-Regelung steht juristisch kein Vorbehalt hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entgegen.

Viertens. Das Konnexitätsprinzip wird nicht dadurch verletzt, dass hier ausnahmsweise eine Mischfinanzierung durch Bund und Kommunen gewählt wird.

Damit gibt es eigentlich keine Ausreden mehr und das sahen neben LINKEN, SPD und GRÜNEN, Herr Renz, auch CDU-Sozialpolitiker so und stellten am 17.10.2014 in der Bundespressekonferenz ein eigenes Papier zu diesem Themenkreis vor. Einleitend heißt es darin, ich darf zitieren: „Entsprechend unserem christlichen Menschenbild brauchen gerade die Personen, die dauerhaft von Arbeit ausgeschlossen sind, eine Chance auf Integration. Daher sind neben ESF-Programmen weiterführende Maßnahmen nötig.“ Zitatende. Was für eine wohltuend andere Sichtweise, wenn ich mir die von Ihnen gerade gehaltene Rede noch mal vergegenwärtige!

(Torsten Renz, CDU:  
Wo ist da der Widerspruch?)

Die Kollegen werden darüber hinaus auch in Sachen PAT sehr konkret. Sie plädieren dafür, ich darf auch das zitieren, „vor der flächenmäßigen Einführung jetzt ein bundesweites 2 - 3 Jahre dauerndes Modellprojekt zum PAT als Finanzierungsgrundlage eines solchen Ansatzes zu starten, um über einzelne Erfahrungen in den Ländern

hinaus weitere Erkenntnisse zu sammeln“. Zitatende. Darüber hinaus soll, Zitat, „das Modellprojekt sich vor allem auf strukturschwache Regionen konzentrieren und begleitend evaluiert werden. Die Bundesländer, die sich beteiligen wollen, sollen sich melden. Im Bundesetat soll ein eigener Haushaltstitel nur für § 16e SGB II Maßnahmen eingerichtet werden.“ Zitatende.

(Torsten Renz, CDU: Das heißt aber noch lange nicht, dass das passt mit den Projekten.)

Und es geht weiter: „In einem zweiten Titel“, Herr Renz, „sollen die Einsparungen an passiven Leistungen ausgewiesen werden, wenn jemand in einen geförderten Job einmündet. Anschließend würde der Haushaltstitel ALG II um diesen Betrag gekürzt, gleichermaßen würde mit dem Bundeszuschuss zu den Kosten der Unterkunft verfahren.“ Zitatende. Also sehr konkrete Vorschläge, wie gesagt, nicht aus dem Hause der LINKEN, der SPD oder der GRÜNEN, die das Thema ja auf diversen Veranstaltungen in der Vergangenheit – und was die GRÜNEN angeht,

(Torsten Renz, CDU: Das Problem ist bloß, dass die CDU gar nicht den Minister stellt. Das Ministerium sieht das gar nicht vor.)

auch im Rahmen ihres Modellprojektes in Baden-Württemberg – schon diskutiert und erprobt haben.

Nun muss man natürlich fairerweise dazusagen, dass die Kollegen inzwischen von der höchsten Spitze der CDU zurückgepfiffen worden sind

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

und damit scheint die favorisierte bundesweite Lösung derzeit nicht in Sicht, denn die SPD allein wird den PAT auch auf Bundesebene nicht durchsetzen können.

(Torsten Renz, CDU: Die SPD hat das gar nicht in ihr Programm geschrieben im Arbeitsministerium.)

Auch deshalb muss die Landesregierung ihre eigenen Hausaufgaben machen und selbst Mittel einsetzen, um beispielsweise im Rahmen eines eigenen PAT-Modellprojektes zusätzliche Anreize zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze zu setzen.

Alle, die sich mit Arbeitsmarktpolitik befassen, wissen, dass die Kosten von Regelsatz und Unterkunft allein dafür natürlich nicht reichen, sie müssen durch einen öffentlichen Zuschuss ergänzt werden. Deshalb fordern wir Sie ja auch auf, als Landesregierung hier ein entsprechendes Modellprojekt auf den Weg zu bringen und die Mittel, zum Beispiel einen Landeszuschuss, in den nächsten Doppelhaushalt einzuplanen. Denn wenn das Bündnis für Arbeit seine Vorschläge in einem Jahr vorlegt, das wissen Sie genauso gut wie ich, ist der Haushalt beschlossen und dann steht zu befürchten, dass nur noch Korrekturen kosmetischer Art möglich sind. Jedenfalls kann man, glaube ich, sagen, dass es dann deutlich schwerer wird, noch Akzente zu setzen.

Es ist doch völlig unstrittig – da bin ich mit Ihnen dann wieder einer Meinung –, dass wir darüber hinaus neue Ansätze bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit brauchen. Das zeigen verschiedenste Studien und

Erhebungen. Erst im November musste die Bundesregierung eingestehen, dass lediglich 55 Prozent der gemeinsamen Einrichtungen den gesetzlich vorgeschriebenen Betreuungsschlüssel für die unter 25-Jährigen einhalten. 137 der 303 gemeinsamen Einrichtungen verstoßen also gegen das Gesetz. Bei den über 25-Jährigen erfüllen 34 Prozent die Auflagen nicht. Ich könnte jetzt ein wenig ketzerisch fragen, wer dafür eigentlich sanktioniert wird.

Dieses unehrliche Spiel, meine Damen und Herren, hilft den betroffenen Langzeitarbeitslosen nicht. Nein, es erschwert Integration und es schadet dem Land. Auch das IAB der Bundesagentur für Arbeit weist seit Jahren darauf hin, dass ein besserer Betreuungsschlüssel die Dauer der Arbeitslosigkeit reduziert, und dies insbesondere bei von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen. Für diese brauchen wir mehr persönliche Ansprache sowie flexiblere und passgenauere Instrumente, um sie wieder in Arbeit integrieren zu können.

Es ist angesprochen worden, es gibt den Versuch über zwei angekündigte Bundesprogramme hier tätig zu werden. Diese begrüßen wir insofern, als dass sie die jahrelange Forderung von Sozial- und Arbeitsmarktexperten aufgreifen und die genannte sozialpädagogische Betreuung im Rahmen der Programme zur Verfügung stellen, und zwar sowohl für die Langzeitarbeitslosen als auch für die Unternehmen. Sie erreichen allerdings bundesweit betrachtet mit geplanten insgesamt 43.000 Plätzen viel zu wenige Betroffene, sie sind wieder zeitlich befristet und vor allem werden sie leider nicht zusätzlich zum bestehenden Instrumentenkatalog finanziert.

Deswegen begrüßt meine Fraktion ausdrücklich, dass Frau Ministerin Hesse auf der schon angesprochenen Konferenz den Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit zu einem ihrer Schwerpunktthemen erklärt und in diesem Zusammenhang die Kürzung der Mittel für die Jobcenter in Mecklenburg-Vorpommern um weitere 9 Millionen im nächsten Jahr deutlich kritisiert hat. Was heißt denn das de facto? Es stehen also 6 Millionen weniger für die Integration und 3 Millionen weniger für die Verwaltung zur Verfügung. Das bedeutet, dass diese Bundesprogramme nicht zusätzlich zur Verfügung stehen, sondern im Grunde zulasten anderer Integrationsmaßnahmen und natürlich auch zulasten der Mitarbeiter in den Jobcentern finanziert werden.

Ja, die offiziellen Arbeitslosenzahlen sinken, vor allem auch dank stark demografischer Effekte. 1.200 Erwerbstätige gehen ja Monat für Monat in Rente, denn noch gibt es – Stand November – immer noch offiziell 31.909 Langzeitarbeitslose im Land. Und jetzt können wir auch noch mal darüber diskutieren, wie ehrlich Statistik ist,

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

denn dieselbe Statistik weist gleichzeitig 61.611 Arbeitslose im SGB II aus, die weder arbeiten noch in einer Maßnahme sind, also schlicht zu Hause sitzen. In dieser Zahl sind wiederum Tausende Maßnahmenteilnehmer, genauso wie 8.800 Ältere in Sonderregelungen und 2.400 krank gemeldete Arbeitslose noch gar nicht enthalten. In den aktuell beinahe 107.000 Bedarfsgemeinschaften dieses Landes leben circa 45.000 Kinder und Jugendliche, und das vielfach über Jahre. Einige Tausend von ihnen kennen gar kein Leben ohne Hartz IV. Im Dezember 2013 bezogen von den damals mehr als 96.000 erwerbsfähigen

Leistungsberechtigten die Hälfte schon fünf Jahre und länger ausschließlich Hartz IV.

Ich will damit nur deutlich machen, das Problem, das wir hier zu lösen haben, ist im Grunde gar nicht so klein, wie manche es gerne reden möchten.

(Torsten Renz, CDU: Wer redet es klein?  
Kein Mensch! Kein Mensch hat es kleingeredet!)

Und es ist, um den Kollegen Dr. Kehnscherper vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt der Nordkirche zu zitieren, „keine Frage der Wohltätigkeit“, Herr Renz, „oder der Barmherzigkeit,“

(Torsten Renz, CDU: Da sind wir uns doch einig, dass das ein Problem ist.  
Aber das ist alles gesagt worden.)

„sondern der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung, diesen Menschen eine lohnende Perspektive und die dafür nötige Hilfe und Unterstützung zu geben“.

(Torsten Renz, CDU: Nur, weil das einer aufgeschrieben hat, oder was? Wer hat das Problem kleingeredet? Kein Mensch!)

Na, Sie haben doch zum Beispiel einen wirklich ...

(Torsten Renz, CDU: Nein, ich habe gesagt, das ist ein Riesenproblem.)

Ja, und was ist das, was ...

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Herr Renz, ich fordere Sie auf, Ihre Dauerreden zu unterlassen.

(Egbert Liskow, CDU: Was für Dauerreden?)

Ich möchte Sie bitten, natürlich sind Zurufe gestattet laut Geschäftsordnung, aber wenn Sie noch mal einen Redebeitrag halten können, dann melden Sie den bitte hier vorne an.

(Egbert Liskow, CDU: Das ist ungerecht.)

Ich gebe Ihnen jetzt wieder das Wort, Herr Abgeordneter Foerster.

**Henning Foerster, DIE LINKE:** Danke. So schlimm fand ich das gar nicht, okay.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –  
Andreas Butzki, SPD: Das haben Sie nicht zu kommentieren, Herr Foerster. –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Landesregierung hat zwar auch 2014 bis 2020 den Einsatz von ESF-Mitteln geplant,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

aber das allein reicht nicht aus. Sie muss für veränderte Arbeitsmarktinstrumente und die Möglichkeit einer längeren individuellen Förderung streiten, und wir brauchen ein anderes Verständnis bei der Integration durch die Jobcenter. An der Stelle geht mir der Antrag der GRÜNEN nicht weit genug, denn die Jobcenter müssen

zu Integrationscentern mit einer entsprechenden Philosophie umgestaltet werden. Wir brauchen den gesellschaftlichen Konsens darüber, dass wir alle, die arbeiten wollen und können, auch in dem erforderlichen Maß fördern, und deswegen sage ich, die Landesregierung muss dafür streiten, dass die ausreichenden Mittel zur Verfügung gestellt werden, denn es gilt immer noch: Es ist besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Das Engagement von LINKEN, Erwerbslosenbeirat, Gewerkschaften, Nordkirche, Arbeitslosenverband, Beschäftigungsgesellschaften und anderen hat dazu beigetragen, das Thema „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“ wieder mehr in den Fokus zu rücken. Fakt ist, es wird sich nicht von selbst lösen, denn Langzeitarbeitslose sind nicht die Zielgruppe der Unternehmen, die von der Notwendigkeit, ihre Fachkräfte zu sichern, sprechen. Hartz IV hat das Land in den letzten zehn Jahren verändert,

(Torsten Renz, CDU:  
Oh, jetzt wirds politisch!)

und das eben für viele von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung Betroffenen nicht zum Positiven.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt wirds politisch. –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Sitzen wir  
hier im Parlament, oder was?)

Die Angst vor dem tiefen Fall in die Armut hat die Menschen erpressbar gemacht und gelähmt. Der dauerhafte Hartz-IV-Bezug lässt viele resignieren.

Zum Schluss deswegen noch eine Zahl: 182.507 von 1,6 Millionen Einwohnern, also mehr als 11,4 Prozent, leben im Moment von Hartz IV. Machen wir ihnen Mut, stimmen wir dem Antrag der Bündnisgrünen zu! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Danke für Ihren Redebeitrag, Herr Foerster, aber das müssen Sie schon mir überlassen, was ich schlimm finde oder nicht als schlimm empfinde. Das ist Sache meiner Wertung.

Jetzt bitte ich um den nächsten Redebeitrag. Das Wort hat Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

**Martina Tegtmeier, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Foerster, jedes Einzelschicksal ist natürlich schlimm und ich danke Ihnen ausdrücklich, dass Sie die Situation auf Bundesebene dargestellt haben, was sich da in Bezug auf Passiv-Aktiv-Transfer entwickelt hat, was leider nur bis zu einer bestimmten Stelle gekommen ist. Was Sie hier vorgetragen haben, das hat der Klarstellung noch einmal sehr gedient, wie ich finde.

Frau Gajek, einmal grundsätzlich: Der Unterschied zu Thüringen ist natürlich, die haben es in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben. In unserer Koalitionsvereinbarung ist es nicht drin, weder hier im Land noch auf Bundesebene.

(Egbert Liskow, CDU:  
Wer hat denn Hartz IV gemacht?)

Gleichwohl vor diesem Hintergrund fand ich die Ausführungen von Herrn Foerster noch mal sehr hilfreich an der Stelle, weil in Bezug auf die Verhandlungen von Ministerin Nahles hauptsächlich mit Herrn Schäuble in dem Zusammenhang ist das ja öffentlich auch noch mal tatsächlich diskutiert worden und dabei ganz klar herausgekommen,

(Torsten Renz, CDU:  
Das ist ein Witz jetzt, oder?!)

dass die SPD-Fraktion eigentlich geschlossen dahintersteht, diesen Passiv-Aktiv-Transfer gern einzuführen.

(Torsten Renz, CDU:  
Das ist jetzt ein Witz, oder?!)

Aber es ist auf Bundesebene zurzeit nicht durchsetzbar.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU)

Was gleichwohl gelungen ist,

(Torsten Renz, CDU: Ach,  
Frau Tegtmeier! Das weiß ich doch.)

es ist tatsächlich so, wie Herr Foerster das gesagt hat. Auch von der CDU-Fraktion sind durchaus ...

(Torsten Renz, CDU: Aber Frau Nahles  
schreibt ja wohl die Programme und  
kann das da reinschreiben.)

Ach, Herr Renz, wenn die Koalition sich da nicht einig ist, dann steht es auch nicht drin. Das ist auf Bundesebene ja nicht anders, als es auf Landesebene ist. Also da bleiben Sie mal auf dem Teppich!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Wo können wir denn  
eigentlich überhaupt noch was durchsetzen? –  
Regieren überall rum und können nichts  
durchsetzen! Traurig, traurig! –  
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Aber eine andere Sache ist, auch natürlich nicht ohne Federn zu lassen, ist es Frau Nahles gelungen, denn es ist zusätzliches Geld für ungefähr 1.000 Vermittlerstellen in den Aktivierungszentren – und da komme ich noch mal drauf zurück – bei Finanzminister Schäuble durchgesetzt worden.

Wir haben hier einiges von der Veranstaltung am 05.12. unter dem Dach der Friedrich-Ebert-Stiftung gehört, auch da war das Wort „Aktivierungszentrum“ eines der zentralen Wörter und kein zentrales Wort war dabei „Passiv-Aktiv-Transfer“. Das ist von den ganzen Teilnehmern überhaupt nicht ins Gespräch gebracht worden. Das ist in einem Halbsatz vom Moderator mit in der Zusammenfassung genannt worden, was mich schon ein bisschen gewundert hat. Ich war nämlich da im Gegensatz zu allen anderen hier im Raum. Auch Herr Foerster war nicht da, obwohl er natürlich eine Pressemitteilung dazu herausgegeben hat, um noch mal zu unterstreichen, dass der Passiv-Aktiv-Transfer eine Forderung der LINKEN ist, okay.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Wir hatten doch eine Enquetekommission.  
Wir hatten doch eine Enquetekommission.)



Anwesend war er jedenfalls nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Henning,  
wo hast du dich wieder rumgetrieben?)

Und das Wort „Passiv-Aktiv-Transfer“ hat dort keine Rolle gespielt. Eine Rolle gespielt haben aber Aussagen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

haben aber Aussagen zum Beispiel, dass die Instrumente, die zurzeit zur Verfügung stehen, eigentlich ausreichend sind und auch die Eingliederungszuschüsse, die es ja durchaus gibt. Diese scheinen aber nicht ausreichend genutzt zu werden. Also das, was da ist – natürlich kann man sich wünschen, dass man noch mehr hätte, noch mehr Möglichkeiten, wünsche ich mir auch –, aber das, was da ist, ist noch durchaus verbesserungswürdig und verbesserungsfähig,

(Torsten Renz, CDU: Die SPD setzt den  
Mindestlohn durch, aber Passiv-Aktiv-  
Projekte werden nicht durchgesetzt.)

weil sich bei dieser Veranstaltung herauskristallisiert hat, was sich übrigens auch schon bei der Auswertung des baden-württembergischen Passiv-Aktiv-Transfermodells hier in diesen Hallen herausgestellt hat, dass das Hauptproblem ja darin besteht, in der Akquise bei potenziellen Arbeitgebern. Das ist ein ganz, ganz schwieriges Feld und deswegen kann ich es auch sehr gut nachvollziehen, dass die Baden-Württemberger noch mehr Zeit brauchen, um da tatsächlich eine vernünftige Bewertung zu machen.

(Torsten Renz, CDU: Begründen Sie  
mal, warum man das ablehnen soll!)

Aber wenn wir uns mal die Schwerpunkte der Politik gegen Langzeitarbeitslosigkeit hier im Land anschauen, und auch die wurde dort von Frau Dr. Draheim noch mal auf den Punkt gebracht, so schauen wir hier hauptsächlich auf drei Schwerpunktzielgruppen, einmal die 25- bis 35-Jährigen, in der Regel ohne Schulabschluss und/oder Ausbildung, bei denen man nämlich insbesondere eine ganz besorgniserregende Feststellung macht: Wenn die erst mal in der Arbeitslosigkeit sind, dann laufen 40 Prozent ungefähr Gefahr, sogar in die Langzeitarbeitslosigkeit abzurutschen, und das in diesem Alter. Das kann man nur ganz schwer nachvollziehen.

Dann haben wir natürlich die arbeitslosen Familien, Stichwort „Familiencoach“,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

eine unglaublich wichtige Zielgruppe, die ganz klar in den Blick genommen wird. Dazu hat Frau Ministerin Hesse ja eben die entsprechenden Ausführungen gemacht. Also das ist auch dort als eine der herausragenden Zielgruppen genannt worden.

Und wir haben noch eine weitere Zielgruppe, die für mich eigentlich vor dem Hintergrund des angeblich so wahnsinnig drohenden Fachkräftemangels ja eine bedeutende Rolle spielt. Das sind die über 50-Jährigen, die oft hoch qualifiziert sind und trotz alledem den Weg aus der Arbeitslosigkeit nicht herausfinden, also auch eine mittlerweile sehr große Zielgruppe, die sich oft in der Langzeitarbeitslosigkeit befindet, was kaum nachzuvollziehen ist.

Aber nun noch einmal zu den Schwierigkeiten der Akquise und zu den Schwierigkeiten, die wir haben, wenn wir mit Lohnzuschüssen, wenn wir mit allen möglichen Instrumenten arbeiten, um Menschen hier von der Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt zu bekommen. Und diese Probleme gibt es ja auch in Schwerin, Herr Foerster. Von dem Bundesprogramm möchte die Landeshauptstadt partizipieren, und wie man hört, gibt es da auch konkrete Vorschläge, wo man die langzeitarbeitslosen Menschen vielleicht einsetzen könnte. Die Oberbürgermeisterin lehnte rundheraus ab, dass zum Beispiel das Ordnungsamt ein angemessener Rahmen wäre. Und wenn das richtig ist, was mir so zugetragen wurde, haben Sie selbst ja zum Beispiel als Arbeitsmöglichkeit das Zählen von Hunden vorgeschlagen. Also ich weiß ja nicht, ob es da nicht bessere Möglichkeiten gäbe.

Frau Gajek, ich finde, Ihr Antrag geht tatsächlich ins Leere, Punkt 1. Dass die Landesregierung Langzeitarbeitslosigkeit beziehungsweise deren Bekämpfung als Schwerpunktthema für das Bündnis für Arbeit nicht nur vorgesehen hat, sondern da auch schon hat einfließen lassen, das ist jetzt mehrmals bereits bekräftigt worden. Ein zusätzliches Modell in Mecklenburg-Vorpommern wird es nicht geben. Ich denke mal, die Frau Ministerin hat sehr schön klargemacht, warum der Weg, den sie mit ihrem Ministerium gewählt hat, für uns eigentlich genau der richtige ist, mit Schwerpunkt Familiencoach. Familien mit Kindern müssen als erste Zielgruppe eigentlich wieder in den ersten Arbeitsmarkt hineinkommen und ich denke mal, da die Konzentration vorzunehmen, ist genau richtig.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Trotz der CDU.)

Trotz der CDU, genau.

(Heinz Müller, SPD: Wenn  
Sie das so sagen, Herr Renz. –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und was die Bundesratsinitiative angeht, muss ich sagen, Frau Gajek, da sind, glaube ich, die Fronten ganz klar: Die SPD möchte gern, eine Bundesratsinitiative gab es auch, wir kommen da aber zurzeit im Bund nicht weiter, und da wird auch eine erneute Bundesratsinitiative überhaupt nicht weiterhelfen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zurufe von Torsten Renz, CDU,  
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich denke mal, da helfen möglicherweise Gespräche weiter, die auch weiterhin geführt werden, und vielleicht wird die Gruppe derer in der CDU ja noch größer, sodass man in ein oder zwei Jahren doch ein bisschen weiterkommt. Ich denke, die Programme, die Andrea Nahles natürlich auch zusammen mit der CDU noch herausgebeist hat, sind doch schon mal ein positives Signal in die richtige Richtung.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

**Stefan Köster, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Überwindung von Langzeitarbeitslosigkeit zum Schwerpunkt politischen Handelns machen“, so die Grundforderung in dem vorliegenden Antrag der GRÜNEN. Hierfür soll unter anderem ein dauerhafter sozialer Arbeitsmarkt etabliert werden. Kurz zusammengefasst ist hiermit gemeint, dass Langzeitarbeitslose, also all jene Bürger, die mehr als ein Jahr arbeitslos gemeldet sind, einen öffentlich geförderten Arbeitsplatz erhalten. Ziel soll es sein, wie häufig Politiker der politischen Klasse gebetsmühlenartig verkünden, die Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern.

Erst Anfang November gab die Bundesarbeitsministerin Nahles bekannt, mit stark bezuschussten neuen Stellen den hohen Sockel von Langzeitarbeitslosen in Deutschland senken zu wollen. Lohnkostenzuschüsse von bis zu 100 Prozent sind geplant, zudem sollen die Betroffenen einen Coach zur Seite gestellt bekommen.

Die Bundesrepublik Deutschland liegt nach einer aktuellen OECD-Studie fast zehn Prozent über dem Durchschnitt, was die Langzeitarbeitslosigkeit betrifft. Über eine Million Bürger in der Bundesrepublik Deutschland gelten als langzeitarbeitslos, trotz angeblichen Fachkräftemangels. In Mecklenburg-Vorpommern bleibt den Langzeitarbeitslosen, wie es die Landesregierung endlich auch festgestellt hat, der Zugang zum Arbeitsmarkt vielfach verwehrt. Mindestens ein Drittel der offiziell 86.000 Erwerbslosen in Mecklenburg-Vorpommern gelten als langzeitarbeitslos. In Zahlen ausgedrückt sind das mehr als 30.000 Bürger. Die inoffizielle Zahl dürfte wesentlich höher sein, denn die Statistik, wie allgemein bekannt ist, wird ja nicht unbedingt mit der Wahrheit befruchtet, sondern Schwindeleien sind da in der Regel an der Tagesordnung.

Betrachten wir uns doch einmal den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt. Allein in den letzten sieben Jahren sind mir bundesweit so viele Fälle bekannt geworden, bei denen Arbeitgeber Langzeitarbeitslose als billige Arbeitskräfte genutzt, man muss sogar sagen, ausgenutzt haben und unmittelbar nach Auslaufen der Förderung das Beschäftigungsverhältnis gelöst haben. Viel zu viele Arbeitnehmer werden ausgepresst von einigen Arbeitgebern, aber vor allem auch vom Staat durch die unterschiedlichen Belastungen. Nach Erkenntnissen von Arbeitsmarktforschern ist etwa jeder sechste Arbeitnehmer für seinen gerade ausgeübten Arbeitsplatz überqualifiziert. Dies trifft vor allem auch auf Arbeitnehmer aus Mecklenburg-Vorpommern zu.

Ein Grund hierfür ist, und das ist ja Ihre Erfolgsgeschichte, dass seit 1990 viele Stellen für gut Ausgebildete weggefallen sind, und dies trifft vor allem auf viele Langzeitarbeitslose zu. Sie sind häufig, und das entspricht letztendlich dann nicht dem, was hier vorgetragen wurde, gut ausgebildet. Ihnen wird allerdings eine entsprechende Weiterbildung, die dafür geeignet ist, aktuelle Kenntnisse zu erlangen, verwehrt. Hierfür ist häufig kein Geld da. Dieses Geld wird stattdessen für wenig werthaltige Gesprächskreise, die als Maßnahmen deklariert werden, und Umschulungen, die überwiegend nicht den Weg in das Arbeitsleben ebnen, verausgabt.

Sie hören richtig, die Probleme sind schwerwiegender. Aus den genannten Gründen sowie aus der Feststellung, dass das Thema Arbeit und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zusammenpassen, lehnen wir von der NPD den

Antrag ab. Der Arbeitsmarkt muss endlich gerecht gestaltet werden. Hierzu ist es aber erforderlich, dass die Politik endlich wieder Ihre Handlungshoheit zurückerlangt, und diese hat sie im Augenblick nicht. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte eingangs mal auf eine Anmerkung von Frau Tegtmeier eingehen, die sagte – ich sage es jetzt mal frei, wie ich es verstanden habe –, eine Bundesratsinitiative hätte ja keinen Sinn.

(Martina Tegtmeier, SPD:  
Zurzeit nicht, Herr Suhr.)

Wenn ich das richtig überblicke, dann ist die SPD mit Abstand die Partei, die die meisten Beteiligungen an Landesregierungen hat,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. –  
Heinz Müller, SPD: Das stimmt. –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Sie regiert  
überall und kriegt nichts durchgesetzt.)

dann sind die GRÜNEN diejenigen, die die zweitmeisten Beteiligungen an Landesregierungen haben. Also wenn man das wirklich wollte, sehr geehrte Damen und Herren, dann könnte man doch in der Tat diesem Teil des Antrages ohne Probleme folgen und zumindest versuchen, eine Mehrheit für eine Bundesratsinitiative hinzubekommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Aber sie  
kriegt doch nichts durchgesetzt.)

Aber das ist mir zu einfach an dieser Stelle.

Und eine zweite Anmerkung: Lieber Kollege Renz,

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

ich bin ja zumindest froh, dass wir in der Analyse einigermaßen nah beieinanderliegen. Ich sage nur mal so ein paar Grundsätze, von denen ich glaube, dass Sie das genauso vorgetragen und gesehen haben. Also wir reden hier in Mecklenburg-Vorpommern über knapp 32.000 Menschen und wir nehmen zur Kenntnis, es ist bis jetzt, mit welchen Mitteln auch immer, nicht gelungen, diesen hohen Sockel von Langzeitarbeitslosen abzubauen. Wir reden, um das mal prozentual auszudrücken, immerhin von knapp 37 Prozent aller Arbeitslosen. Das ist in negativer Form eine Hausnummer.

(Torsten Renz, CDU:  
Das ist die traurige Wahrheit. –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir reden auch darüber, und das wissen wir alle, dass sich darunter eine ganze Reihe von Menschen befinden – wie sagt man im Fachjargon – mit mehreren Vermittlungs-

hemmnissen. Das bedeutet auch, und das wissen alle, die sich in dem Bereich ein wenig auskennen, dass es genau die Menschen sind, die mit dem Problem der Arbeitslosigkeit belastet sind, meist noch verbunden mit vielen anderen persönlichen, sozialen, psychologischen Problemen,

(Torsten Renz, CDU: Alles klar.)

derer nicht so ohne Weiteres beizukommen ist. Wir reden auch darüber, dass die Landesregierung zumindest billigend in Kauf nimmt,

(Torsten Renz, CDU: Nein.)

dass es Ihnen mit den bisherigen Mitteln nicht gelungen ist, in irgendeiner Form nachhaltig dieses Problem in den Griff zu kriegen. Sie haben uns ja vorgeworfen, wir wären nicht logisch, weil wir müssten das ja abwarten, was in Baden-Württemberg passiert.

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Da erschließt sich mir Ihre Logik nicht, weil diese Logik würde beinhalten, Sie warten ab, bis mal irgendwas ordentlich funktioniert, und verzichten dabei auf eigene Initiative. Das geht bei einer derartigen Bilanz nicht und es geht im Sinne der Menschen, die sich hinter diesen 32.000 bewegen, definitiv nicht.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das ist unlogisch, was Sie an dieser Stelle sagen. Es ist vor allen Dingen eine Kapitulation von Sozialpolitik. Das muss man dieser Stelle noch mal festhalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Torsten Renz, CDU: Sie wollen  
4 Millionen in die Hand nehmen  
und wissen nicht, wie es endet.)

Und man kann, glaube ich, Herr Renz, deswegen habe ich mir das mal mitgebracht, zu bestimmten Teilen aus dem Bericht, aus dem Zwischenbericht von Baden-Württemberg zitieren. Ich sage gleich noch mal was zu der Vergleichbarkeit, das ist nämlich nicht so ohne Weiteres vergleichbar,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Nee.)

aber man kann durchaus hergehen und ich will das mal verlesen aus dem Zwischenbericht. So sprachen die befragten Arbeitgeber von einer „guten Integration der Geförderten“. Sie erwiesen sich eher als Hilfe, deren Belastung sei häufig leistungsfähiger als erwartet. Die Geförderten selbst berichteten durchweg von positiven und sehr positiven Auswirkungen der Arbeit und so weiter und so weiter.

(Torsten Renz, CDU: Aber die Frage ist, ob sie die einstellen wollen.)

Wir haben auch Zwischenbilanzen, die sind übrigens unseriös.

(Torsten Renz, CDU: Die Frage ist doch, ob die eingestellt werden. Das ist doch das Entscheidende.)

Wir haben Zwischenbilanzen, die sind unseriös. Bisher haben wir Vermittlungsquoten von über 50 Prozent, die sind aber zum großen Teil noch in Förderung, was bedeutet, die Frage, ob sie sich nachhaltig tatsächlich als arbeitsplatzhalterhaltend erweisen, wird sich erst später herausstellen.

(Beate Schlupp, CDU: Dann können Sie ja mal einen Antrag stellen.)

Deshalb ist es auch richtig, dieses Projekt weiterzuführen. Aber ich sage gleichzeitig noch mal zu der Logik zurückkommend, wenn sich andeutet, dass ein Projekt so erfolgreich ist, wenn sich das andeutet, auch wenn man es zum Beispiel vom Zuschnitt der Personen nicht absolut vergleichen kann, dann lohnt es sich doch im Sinne oder im Interesse der Langzeitarbeitslosen, hier einen Versuch zu machen.

(Torsten Renz, CDU: Warum geht denn das Land Baden-Württemberg nicht in den Bundesrat und macht eine Bundesratsinitiative?)

Das, was Sie hier erklärt haben, auch das, was die Ministerin hier erklärt hat, heißt, bis auf den Familiencoach machen wir nichts anderes als das, was wir bisher gemacht haben und was zu nichts führt, außer, dass sich diese Langzeitarbeitslosigkeit immer weiter verfestigt. Das ist das, was Sie hier vorhin erklärt haben. Ich rede dabei nicht gegen den Familiencoach, ausdrücklich nicht. Ich halte das für eine sinnvolle Maßnahme, ich halte das allein aber nicht für eine ausreichende Maßnahme. Auch das möchte ich hier an dieser Stelle noch einmal feststellen.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Es geht darum – und deshalb sind die Initiativen von LINKEN und GRÜNEN auch so wichtig –, dass sich diese Landesregierung endlich bewegt und dieses Problem endlich mal anpackt.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU – Egbert Liskow, CDU:  
Die ist immer in Bewegung. Die ist immer in  
Bewegung. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das tun sie nicht, das tun sie nicht! Und da hilft übrigens auch nicht, dass hier erklärt wird, na ja, der Bund verändert ja seine Arbeitsmarktpolitik. Der Bund hat seinen Eingliederungstitel nicht erhöht, der liegt nach wie vor bei 3,9 Milliarden Euro.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die SPD hat im Vorfeld des Wahlkampfes erklärt, sie wolle den um 1,6 Milliarden Euro erhöhen. Davon ist überhaupt nichts übrig geblieben.

(Stefan Köster, NPD: Richtig.)

Sie machen nichts anderes,

(Egbert Liskow, CDU:  
Sie haben die Wahl verloren.)

als Bürgerarbeit schlicht und ergreifend in ein anderes Projekt umzuwidmen. Es gibt überhaupt keine neuen Angebote und von den ungefähr 400.000 Langzeitarbeitslosen auf Bundesebene, die Sie haben, erreichen

Sie mit dem, was Sie da an Geld hingeben, gerade mal 2,5 Prozent. Das ist die desaströse Bilanz der neuen Arbeitsmarktpolitik der Großen Koalition auf Bundesebene. Das ist schlicht und ergreifend desaströs und nicht effektiv. Und in dem Zusammenhang dann herzugehen und zu sagen, warten wir mal, was auf Bundesebene kommt, und hier vor Ort nichts zu tun, das ist die Kapitulationserklärung vor einem der größten Probleme, welches dieses Land hat, und es ist nicht nur ein Arbeitsmarktproblem, es ist auch ein gesellschaftliches Problem.

Wenn ich jetzt noch mal auf den Familiencoach zurückkomme, es ist zwar ein grundsätzliches Problem, dass diese Menschen nicht nur ein Arbeitsmarktproblem haben, sondern dass sie auch ein Problem der nicht vorhandenen gesellschaftlichen Integration haben.

(Torsten Renz, CDU: Völlig korrekt.)

Da haben wir eine große Verantwortung, weil diese Menschen der Hilfe, der Unterstützung bedürfen, weil es darum gehen muss, Wege aufzuzeigen, wie man das machen kann. Jetzt sage ich nicht, der Passiv-Aktiv-Transfer ist ein Allheilmittel, aber es ist ein erster, ein möglicher Weg, bei dem sich andeutet, zumindest in Baden-Württemberg, dass dort Lösungsansätze beinhaltet sind, die erfolgreich sein könnten. Und ich sage an dieser Stelle sehr bewusst, wir haben nicht mehr die Zeit, länger zu warten, sondern es geht darum, endlich dieses Problem anzupacken.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vor dem Hintergrund überlegen Sie bitte noch einmal, ob Sie sich den vorsichtig vorgetragenen Vorschlägen unseres Antrages tatsächlich hier verweigern wollen oder ob Sie zumindest bereit sind, darüber zu reden. Dann sollten Sie noch einen Überweisungsantrag stellen. Ich bitte ausdrücklich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun noch einmal der Abgeordnete Herr Foerster von der Fraktion DIE LINKE.

**Henning Foerster, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch mal kurz etwas zu den Einlassungen von Frau Tegtmeyer sagen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp  
übernimmt den Vorsitz.)

Erstens. Meine Ausführungen bezüglich der Erkenntnisse über den PAT bezogen sich auf die Dinge, die wir in einer eigenen Konferenz am Montag, dem 8., im ÜAZ in Waren diskutiert haben.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Das sind doch viele Konferenzen.)

Zweitens. Ja, wir kritisieren die angesprochenen Bundes-ESF-Programme hinsichtlich der nicht ausreichenden Quantität. Es ist ja gesagt worden, 43.000 Förderfälle bundesweit bei 400.000 Langzeitarbeitslosen und in der Prognose 1.300 Förderfälle für unser Land – das ist übrigens noch weniger, als wir bei der Bürgerarbeit hatten.

Wir haben aber auch gesagt, dass die neuen Programme eben leider kein Angebot sind für ehemalige Bürgerarbeiter, genauso wenig für die im Rahmen der Bürgerarbeit entstandenen Strukturen.

Und dennoch, das ist eine ganz pragmatische Herangehensweise. Solange es nichts anderes gibt von Bundeseite, streiten wir natürlich in der Landeshauptstadt Schwerin dafür, dass wenigstens die 40 Plätze, die zur Besetzung anstehen, überhaupt besetzt werden. Wir haben deswegen eine Initiative in der Stadtvertretung ergriffen und haben gesagt, die kommunalen Betriebe und Beteiligungen mögen sich bitte an diesem Prozess beteiligen und Langzeitarbeitslosen eine Chance geben, weil wir wissen, dass es in der Privatwirtschaft relativ schwierig ist, trotz Lohnkostenzuschüssen Langzeitarbeitslose zu integrieren.

Das machen Arbeitgeber nämlich leider immer wieder, dass sie sagen, wenn eine bestimmte Arbeitsleistung, die ich mir vorstelle, nicht erfüllt werden kann, dann nutzt mir am Ende auch der Zuschuss relativ wenig. Deswegen haben wir gesagt: Okay, Landeshauptstadt, gehe mit deinen kommunalen Betrieben und Beteiligungen an der Stelle mit gutem Beispiel voran!

Und zuletzt, Sie haben angesprochen die Frage des kommunalen Ordnungsdienstes und die Haltung der Oberbürgermeisterin zu diesem Thema. Angelika Gramkow hat sich da kritisch geäußert, und zwar aus folgendem Grund: Zum einen geht es da um Vollzugsdienste, die Kollegen im kommunalen Ordnungsdienst müssen am Ende ja auch entsprechende Bescheide ausreichen. Und zum anderen ist kurz vorher vom Hauptausschuss in der Landeshauptstadt beschlossen worden, externe Stellen beim Innenministerium zu beantragen, um den kommunalen Ordnungsdienst aufzustocken. Nach meinem Kenntnisstand hat das Innenministerium diese Stellen bewilligt,

(Torsten Renz, CDU: Was, so was  
gibt es auch noch in Schwerin?! –  
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

insofern gibt es diese Notwendigkeit an der Stelle nicht.

Und um das dann auch noch mal zu sagen. Wir wollen anders als der Kollege Niesen hier eben keine Substitution, sondern wir wollen, dass die einzurichtenden Stellen zusätzlich sind, und deswegen standen wir, wie gesagt, dieser Frage ganz konkret kritisch gegenüber. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den vom Abgeordneten Foerster, Fraktion DIE LINKE, mündlich vorgetragenen Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3505, die Ziffer II Nummer 1 zu streichen, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der vom Abgeordneten Foerster, Fraktion DIE LINKE, mündlich vorgetragene Ände-

rungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3505 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3505 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Mutterschaftsgeld nicht nur für die Zeit der Schutzfristen der §§ 3 Absatz 2 und 6 Absatz 1 Mutterschutzgesetz gewähren, sondern auch für die Zeit,

(Der Abgeordnete Michael Andrejewski tritt an das Rednerpult heran.)

in der die Bedingungen des § 3 Absatz 1 Mutterschutzgesetz gegeben sind, Drucksache 6/3508.

**Antrag der Fraktion der NPD  
Mutterschaftsgeld nicht nur für die Zeit der Schutzfristen der §§ 3 Absatz 2 und 6 Absatz 1 Mutterschutzgesetz gewähren, sondern auch für die Zeit, in der die Bedingungen des § 3 Absatz 1 Mutterschutzgesetz gegeben sind – Drucksache 6/3508 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Können Sie nicht warten, bis Sie aufgerufen werden?)

**Michael Andrejewski, NPD**: Das müssen Sie mir schon überlassen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, die Redner werden aufgerufen.)

Aber werden Sie doch Präsident!

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Mutterschutzgesetz ...

(Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aus Ihnen wird nicht mehr, als Sie jetzt sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Wir sind ja nicht im Führerbunker,  
wo jeder machen kann, was er will. –  
Stefan Köster, NPD: Die DDR  
ist schon lange Geschichte.)

Das Mutterschutzgesetz spricht ein Kündigungsverbot gegenüber Frauen während der Schwangerschaft bis zum Ablauf von vier Monaten nach der Entbindung aus. Das nützt werdenden Müttern aber nichts, wenn sie über Zeitverträge beschäftigt sind.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Wenn der Zeitvertrag endet, erlischt das Arbeitsverhältnis, das stellt keine Kündigung dar. Wenn sie lange genug beschäftigt waren, könnten die betroffenen Frauen nun Arbeitslosengeld II beantragen. Das kriegen sie aber nicht, wenn der Arzt wegen der Schwangerschaft ein absolutes Beschäftigungsverbot ausgesprochen hat.

Ich zitiere einmal aus einem Bescheid aus dem realen Leben: „Ihren Antrag auf Arbeitslosengeld lehne ich ab. Sie können aufgrund des dem Beschäftigungsverbot zugrunde liegenden Sachverhalts versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung nicht ausüben. Sie sind deshalb nicht arbeitslos und haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.“ So viel zur Arbeitslosenstatistik.

Es gibt die tatsächliche Arbeitslosigkeit und es gibt die Arbeitslosigkeit im Sinne des Gesetzes. Sie können zu Hause sitzen und keinen Job haben, aber es gibt Tausend Gründe, warum sie trotzdem nicht arbeitslos im Sinne des Gesetzes sind –

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Schwangerschaft, Krankheit, irgendwelche komischen Beschäftigungspseudomaßnahmen. So kommt die offizielle Arbeitslosenzahl zustande.

Wegen des Zeitvertrags gibt es keinen Kündigungsschutz für die werdende Mutter, wegen Beschäftigungsverbots durch den Arzt kein Arbeitslosengeld. Jetzt könnten sie Mutterschaftsgeld nach Paragraph 13 Absatz 1 Mutterschaftsgesetz beantragen. Dort heißt es: „Frauen, die Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse sind, erhalten für die Zeit der Schutzfristen des § 3 Abs. 2 und des § 6 Abs. 1 sowie für den Entbindungstag Mutterschaftsgeld“. Paragraph 6 ist hier nicht einschlägig, der bezieht sich auf die Zeit nach der Entbindung. Einschlägig ist Paragraph 3 Absatz 2 und der bestimmt, dass werdende Mütter in den letzten sechs Wochen vor der Entbindung nicht beschäftigt werden dürfen, und für diese Zeit gibt es dann auch Mutterschaftsgeld.

Etwa durch Ablauf eines Zeitvertrages arbeitslos gewordene werdende Mütter, die aus medizinischen Gründen schon im dritten Schwangerschaftsmonat einem Beschäftigungsverbot unterliegen, bekommen also fast sechs Monate lang weder Arbeitslosengeld noch Mutterschaftsgeld, weil sie in diese Lücke fallen. Das kann ja wohl nicht sein. Wir wollen deshalb, dass werdende Mütter in dem Zeitraum Mutterschaftsgeld erhalten,

(Patrick Dahlemann, SPD:  
Aber nur deutsche, ne?)

den Paragraph 3 Absatz 1 Mutterschutzgesetz benennt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Dort heißt es: „Werdende Mütter dürfen nicht beschäftigt werden, soweit nach ärztlichem Zeugnis Leben oder Gesundheit von Mutter oder Kind bei Fortdauer der Beschäftigung gefährdet ist.“ Und wir sagen, werdende Mütter sollten nicht nur in den sechs Wochen vor der Entbindung Mutterschaftsgeld bekommen, sondern in der Zeit, in der sie nach ärztlichem Zeugnis nicht beschäftigt werden dürfen, weil bei Fortdauer der Beschäftigung die Gesundheit von Mutter und Kind gefährdet ist.

(Patrick Dahlemann, SPD:  
Aber nur von deutschen, ne?)

Das ist ja Sinn und Zweck des Gesetzes. Durch die Schwangerschaft wird in der Regel die Fähigkeit, eine Beschäftigung auszuüben, für die letzten sechs Wochen vor der Entbindung beseitigt. Aber es gibt ja auch Ausnahmen, wo das aufgrund medizinischer Sonderprobleme länger dauert – sieben Wochen, acht Wochen, drei Monate, sechs Monate –, und für diesen Zeitraum sollen sie auch Mutterschaftsgeld bekommen.

Werdende Mütter dürfen nicht in eine Situation geraten, in der sie trotz ausreichender Beschäftigung vorher weder Arbeitslosengeld noch Mutterschaftsgeld bekommen, sondern Hartz IV beantragen müssen, als Strafe für die Schwangerschaft. Und es ist noch nicht mal sicher, ob sie Hartz IV bekommen, weil dann auch dort Tausend Gründe gefunden werden, das zu verweigern. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Barlen.

(Stefan Köster, NPD:  
Jetzt macht er den Storch.)

**Julian Barlen, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Man muss ja tatsächlich sagen, fast wäre man versucht, an dieser Stelle erst mal ein paar spitze Bemerkungen zum Mutterkreuz zu machen.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Allerdings fällt einem da auf, dass wir bei nur durchschnittlich 0,8 Kindern,

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

die die NPD-Fraktion je Abgeordnetem vorzuweisen hat,

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD,  
und Peter Ritter, DIE LINKE)

von der Ehre des Mutterkreuzes – in Anführungsstrichen – doch deutlich entfernt sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der Führer wäre wahrscheinlich bei Ihrem Anblick schreiend weggelaufen – mit dem Mutterkreuz in der Hand.

(Heiterkeit und Beifall vonseiten der  
Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Gäbe es – das müssen wir uns an der Stelle vor Augen halten, die NPD-Fraktion stellt hier einen Antrag zum Mutterschutz –, gäbe es in Mecklenburg-Vorpommern noch mehr von der derart nachwuchsscheuen NPD-Sorte,

(Heinz Müller, SPD: Gott bewahre!)

dann hätten wir im Land Mecklenburg-Vorpommern

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

im Vorjahr mit Sicherheit

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

keine allgemeine Geburtenziffer von 52,3 Kindern je Tausend Frauen im gebärfähigem Alter gehabt und diese 52,3 Geburten je Tausend Frauen im gebärfähigem Alter bei uns im Bundesland sind übrigens auf Platz 4,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,  
und Stefan Köster, NPD)

auf Platz 4 im Bundesvergleich und ein Beleg dafür, dass die Rahmenbedingungen in unserem Bundesland für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz einfach stimmen – im Gegensatz dazu: 0,8 Kinder wohl gemerkt je NPD-Abgeordneten. Das zum Thema „fadenscheinige NPD-Familienpolitik“.

(David Petereit, NPD: Dummes Lügenmaul!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment.

(Stefan Köster, NPD:  
Wo er recht hat, hat er recht.)

Herr Petereit, wir sind am dritten Tag dieser Sitzung und ich habe zu den Äußerungen, die hier zulässig und nicht zulässig sind, schon so viele Ausführungen gemacht, dass ich nicht mehr weiß, wie ich es klarmachen soll. Um das noch mal zu wiederholen, solche Zwischenrufe in dieser Qualität werden von mir zukünftig ohne Vorwarnung mit einem Ordnungsruf belegt.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Jetzt können Sie weitermachen, Herr Barlen.

**Julian Barlen, SPD:** Danke.

Also zurück zum Antrag. Die NPD fordert, dass sich die Landesregierung im Bundesrat für eine Ergänzung des Paragraphen 13 Absatz 1 Satz 1 des Mutterschutzgesetzes engagieren soll. Das führt uns natürlich bei der sachlichen Betrachtung des NPD-Antrages zu der Frage, ob dort überhaupt ein Regelungsbedarf mit Blick auf die geschilderte Problemlage besteht.

Ich habe mich kundig gemacht. Die Rücksprachen mit den Krankenkassen, die in diesem Zusammenhang eine sehr große Rolle spielen – Sie werden das nachher hören und auch erkennen, Herr Andrejewski –,

(Michael Andrejewski, NPD: Jaja. –  
Peter Ritter, DIE LINKE:  
Erkennen weniger.)

die Rücksprachen mit den Krankenkassen haben ergeben, es gibt an dieser Stelle keinen Regelungsbedarf. Dann haben wir selbstverständlich auch eine Rücksprache mit dem Sozialministerium angestellt und auch die hat ergeben, es gibt keinen Regelungsbedarf an dieser Stelle.

Tatsache ist, dass alle Frauen, die zu Beginn der Mutterschutzfrist Anspruch auf Mutterschaftsgeld haben, also kurz gesagt, alle, die zu diesem Zeitpunkt nicht ALG II beziehen und die zu diesem Zeitpunkt nicht familienversichert sind, all diese Frauen erhalten Mutterschaftsgeld für den gesamten Anspruchszeitraum, unabhängig von auslaufenden Arbeitsverträgen. Frauen, die ALG I erhalten, bekommen ebenfalls Mutterschaftsgeld in Höhe der ALG-I-Leistungen, dann allerdings von der Krankenkasse.

Für den von der NPD vorgetragenen Fall – und jetzt bitte genau zuhören –, dass einer schwangeren Frau vor Beginn der Schutzfrist und vor Ende eines Arbeitsverhältnisses durch einen Arzt ein absolutes Beschäftigungsverbot ausgesprochen wurde, erhält diese Frau Krankengeld von ihrer Krankenkasse, und das lückenlos bis zum Tag des einsetzenden Mutterschutzes. Ab dem Tag, ab dem die reguläre Schutzfrist beginnt und damit der Anspruch auf Mutterschaftsgeld entsteht, erhält die Frau dann Mutterschaftsgeld in Höhe des Krankengeldes. Die Sachlage ist nicht neu, die beruht nicht zuletzt auf diversen Urteilen des Bundessozialgerichtes, zuletzt bestätigt mit der Entscheidung vom 22. Februar 2012 unter dem Aktenzeichen B 11 AL 26/10 R. Da können Sie das nachlesen, Herr Andrejewski.

Meine Damen und Herren, was wäre jetzt vor diesem Hintergrund – in dem nicht eintretendem Fall –, wenn wir dem NPD-Antrag tatsächlich zustimmten und das Vorhaben auf Bundesebene umsetzen würden? Die NPD fordert, dass für Frauen, die vor Eintritt der Schutzfrist nach Paragraph 3 Absatz 2 Mutterschutzgesetz aufgrund medizinischer Komplikationen, beispielsweise Zwischenblutungen während der Schwangerschaft, ein absolutes Beschäftigungsverbot durch ihren Arzt ausgesprochen bekommen, der Anspruch auf Mutterschaftsgeld für diesen Zeitraum eingeführt wird.

Sie fordern also eine Ausweitung des Anspruches auf Mutterschaftsgeld für einen Zeitraum, in dem diese Frauen aber heute schon einen entsprechenden Anspruch auf Krankengeld haben. Das, was Sie fordern, würde also nichts, aber auch wirklich gar nichts, an dem geschilderten Sachverhalt ändern. Auf gut Deutsch gesagt, ist der Antrag, so, wie er hier vorliegt, ein Schuss in den Ofen, und deshalb lehnen wir ihn ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

**Michael Andrejewski, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Bartelt, ich sollte mal folgendes Experiment machen:

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Bartelt“?! –  
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:  
„Bartelt“ gibt es hier nicht.)

Wenn ich hier einen Antrag stelle, sollte ich mir gleich mal die Gegenrede des Etablierten mit aufschreiben, so, wie sie zu erwarten ist angesichts Ihrer Fantasielosigkeit und Berechenbarkeit. Ich hätte mir als Erstes ausge-

dacht, er erwähnt garantiert das Mutterkreuz, und das haben Sie auch gemacht.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Es ist wirklich nicht besonders aufregend, Ihnen zuzuhören, man kann es sich selber schreiben. Ich hätte die Rede selber so halten können.

(Julian Barlen, SPD: Ich halte die Rede auch nicht dafür, dass Sie sich aufregen.)

Aber Sie haben mir die Arbeit,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

Sie haben mir die Arbeit abgenommen.

(allgemeine Unruhe)

Was Ihnen an dem Antrag wirklich nicht gefällt, ist natürlich,

(Julian Barlen, SPD: Dass er Murks ist.)

dass ich es versäumt habe, darüber noch Migrantinnen, Musliminnen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ausländerinnen, Asylbewerberinnen und so weiter zu schreiben, und dass ich mir in der Tat die Todsünde erlaubt habe,

(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD: Jetzt dreht es sich wieder im Oberstübchen. –  
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

deutsche Mütter nicht ausdrücklich vom Mutterschaftsgeld auszunehmen, denn je weniger deutsche Kinder es gibt, desto bunter wird Deutschland in umso höherer Geschwindigkeit. Das ist ja wohl Ihre Hauptsorge.

Nun zum sogenannten – in Anführungsstrichen – fachlichen Teil, den Sie erzählt haben.

(Martina Tegtmeier, SPD: Wir sind doch nicht für die 0,8 verantwortlich.)

Anstatt mit irgendwelchen Krankenkassen zu reden, müssen Sie mal in zwei Dinge schauen: erstens ins Gesetz und zweitens in die Realität. Im Gesetz, im Mutterschaftsgesetz ist es so, dass der Zeitraum für Zahlungen von Mutterschaftsgeld nach der Entbindung auf sechs Wochen begrenzt ist.

(Udo Pastörs, NPD: Das hat er gar nicht kapiert. Den Antrag kann er nicht lesen.)

Wir wollen das erweitern auf die Zeit, in der die Mutter, auch wenn es länger dauert, nicht beschäftigungsfähig ist. Dagegen ist überhaupt nichts zu sagen. Warum soll dann nicht Mutterschaftsgeld gezahlt werden? Es ist auch so, dass Arbeitslosengeld I nicht gezahlt wird, wenn ein Beschäftigungsverbot besteht. Diese Regelungslücke besteht zwischen SGB III und Mutterschaftsgesetz.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

In der Realität ist es so, dass die Frauen wirklich nichts kriegen. Mir sind solche Fälle bekannt, wo das Arbeitsamt sagt, nein, Sie kriegen kein Arbeitslosengeld I, und wo auch kein Mutterschaftsgeld gezahlt wird.

(Julian Barlen, SPD: Dass es Fälle gibt, wo es fälschliche Rechtsauslegung gibt, ist doch völlig klar.)

Ja,

(Julian Barlen, SPD: Das ändert nichts daran, dass es keinen Regelungsbedarf gibt. Darauf zielt aber Ihr Antrag.)

und diese Lücke muss geschlossen werden. Das Mutterschaftsgesetz ist in dieser Form unvollständig,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

ganz egal, ob danach Krankengeld bezahlt würde oder nicht. Aus der Praxis ist mir nicht bekannt, dass sich die Krankenkassen melden und sagen, wir wollen unbedingt Krankengeld zahlen.

(Julian Barlen, SPD: Dass Ihnen das nicht bekannt ist, darüber sollten Sie sich als Anwalt mal Gedanken machen.)

Das wird ...

Weil ich mit Mandanten rede und weil ich mit Leuten rede, die davon betroffen sind, und weil ich nicht in irgendeinem Raumschiff lebe wie Sie.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Sie mögen sich ja irgendwie bei ihren Mitarbeitern erkundigt

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und auf irgendwelchen Internetseiten gesurft haben,

(Stefan Köster, NPD:  
Typischer Geisterfahrer. –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ohne Ihre Wohnung jemals verlassen zu haben. Ich verlasse meine Wohnung hin und wieder mal.

(Julian Barlen, SPD:  
Landtagssitzung! Ja, offensichtlich. –  
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Diese Lücke besteht. Es gibt Frauen, die dann gar nichts kriegen und die tatsächlich

(Heinz Müller, SPD: 38 Semester Jura und anderen dann Vorträge halten wollen.)

ohne Bezahlung sind,

(allgemeine Unruhe –  
Zurufe von Stefan Köster, NPD,  
und Udo Pastörs, NPD)

ohne irgendeine Leistung. Es gibt übrigens auch noch mehr Lücken,

(Heinz Müller, SPD: Er hat auch noch zwölf Semester gebraucht, um den Hörsaal zu finden.)

zu Ihrer Information.

(Glocke der Vizepräsidentin)

Was auch passieren kann: Mir ist ein Fall bekannt, in dem ein Bürger eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit beantragt hat. Dann kam das Hartz-IV-Amt und hat gesagt, Sie sagen ja selber, Sie sind erwerbsunfähig, also kriegen Sie kein Hartz IV mehr, denn wir sind nicht für Leute zuständig, die erwerbsunfähig sind. Dann hat das Sozialamt gesagt, Sie kriegen aber auch bei uns kein Sozialgeld, weil es ja noch nicht bewiesen ist, dass Sie erwerbsunfähig sind. Die Rentenversicherung hat gesagt, wir brauchen aber noch Zeit. Dann hat er gar nichts gekriegt, gar nichts, weil alle es hin und her schoben, weil die Rechtslage hier eben auch unklar ist.

Solche Fälle können dann in der Tat zu solchen Tragödien, Beinahe-Tragödien wie in Greifswald führen, wo sich ein sogenannter Kunde des Jobcenters mit Benzin übergossen hat und von einer sehr tapferen Mitarbeiterin mit Mühe und Not davon abgehalten werden konnte, sich anzuzünden – weil es eben nicht so ist, wie Sie hier erzählen, nachdem Sie mal kurz ins Internet gesehen haben, dass es keine Regelungslücken gäbe.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Die gibt es sehr wohl und die übertragen sich auch auf Zahlungslücken in der Realität und führen dann zur existenziellen Gefährdung. Unser Antrag würde dazu führen, dass zumindest die Regelungslücke geschlossen wird und es den Ämtern schwerer fällt, sich für unzuständig zu erklären.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/3508. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/3508 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Zustimmung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Grundsätze fairer Praktika auch in Mecklenburg-Vorpommern umsetzen, Drucksache 6/3499.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE  
Grundsätze fairer Praktika auch in  
Mecklenburg-Vorpommern umsetzen  
– Drucksache 6/3499 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

**Henning Foerster, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! „Land zahlt Praktikanten keinen Cent“, so lauteten die wenig schmeichelhaften



Schlagzeilen, die Anfang Oktober in mehreren regionalen Zeitungen des Landes zu lesen waren. Was war passiert? Eine Kleine Anfrage der Piraten im Landtag von Schleswig-Holstein hatte zutage gefördert, dass Hunderte Praktikantinnen und Praktikanten, die dort in den Ministerien und Landesbehörden gearbeitet haben, monatelang ohne Bezahlung beschäftigt wurden. Dieses Thema aufnehmend erfragten Journalisten die Situation hierzulande, wo es keineswegs besser läuft.

Die Kieler Landesregierung schreibt auf Ihrer Homepage, dass Schleswig-Holstein mithilfe von modernen Arbeitsplätzen und den Vorteilen der Arbeit im öffentlichen Dienst junge Leute als Fachkräfte von morgen gewinnen will, schließlich werde man künftig in einem härteren Wettbewerb um die junge Generation stehen. Dies dürfte ohne Weiteres auch hierzulande zutreffen. In beiden Ländern haben Praktikanten von den postulierten Vorteilen bislang jedoch wenig gespürt.

Ich selbst habe das Thema seit August 2012 immer wieder aufgerufen, und eine Anfrage des Kollegen Saalfeld hat jüngst ans Licht gebracht, dass allein im vergangenen Jahr 1.260 Praktikanten in Ministerien und Landesverwaltung beschäftigt wurden. Lediglich drei von ihnen erhielten eine monatliche Vergütung aus der Landeskasse, die zwischen 200 und 350 Euro lag. Fünf weitere erhielten je 255 Euro pro Monat, allerdings gesponsert von der Commerzbank.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die durchschnittliche Dauer der nicht bezahlten Praktika lag bei 4,3 Wochen, wobei die Gesamtlänge zwischen 1 bis 2 Wochen bei Schülerpraktika und bis zu 4 Wochen bei den sonstigen Praktika variierte.

Beim Vergleich der Zahlen für Pflicht- und freiwillige Praktika fällt auf, dass Pflichtpraktika mit 1.020 Fällen im vergangenen Jahr eindeutig dominierten. In der Mehrzahl kommen also Schülerinnen und Schüler, Azubis und Studenten zum Einsatz, die ein Praktikum als Teil ihres Lehrausbildungs- oder Studienplans absolvieren, und seltener solche, die sich zur beruflichen Orientierung, zum Sammeln erster oder weiterer praktischer Erfahrungen selbst um ein Praktikum bemühen.

Schülerpraktika dienen unzweifelhaft einer ersten Orientierung. Deshalb steht die tatsächlich erbrachte Arbeitsleistung nicht im Vordergrund. Folglich müssen wir auch nicht darüber streiten, ob solche Praktika nun entlohnt werden sollen oder nicht. Im Ihnen vorliegenden Antrag haben wir deshalb entsprechende Differenzierungen vorgenommen und sagen, eine Entschädigung soll dann gezahlt werden, wenn Praktika nicht weniger als vier Wochen dauern und nicht bereits auf einem anderem Weg eine Entlohnung erfolgt. Damit sind dann sowohl die Schülerpraktika ausgeschlossen, genauso wie die Fälle, wo jemand im Rahmen einer Berufsausbildung oder seines dualen Studiums bereits eine Ausbildungsvergütung erhält.

Es ist auch bekanntlich nicht das erste Mal, dass der Landtag sich mit der Frage von Praktika befasst. Im Juni 2013 ging es hier um sogenannte Scheinpraktika, also darum, dass fertig ausgebildete junge Leute – die sogenannte „Generation Praktikum“ – am Start ihres Berufslebens keinen Arbeitsvertrag bekommen, sondern sich stattdessen von Praktikum zu Praktikum hangeln.

Ab Januar 2015 soll diese Gruppe nun endlich den Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro bekommen. Im Übrigen sind die Regelungen dazu allerdings löchrig wie ein Schweizer Käse. Aufgrund der vom Gesetzgeber definierten Ausnahmen sind zum Beispiel alle Praktikanten ausgeschlossen, die ein Pflichtpraktikum während der Ausbildung oder des Studiums absolvieren. Ferner fallen alle freiwilligen Praktika, die begleitend zum Studium oder zur Ausbildung absolviert werden, nicht unter den Geltungsbereich des Gesetzes, sofern sie eine Frist von drei Monaten unterschreiten. Gleiches gilt auch für alle freiwilligen Praktika von bis zu drei Monaten, die zur Orientierung bei der Berufs- oder Studienwahl dienen. Anspruch auf den Mindestlohn haben dagegen Praktikanten, die über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein abgeschlossenes Studium verfügen oder die bereits einmal beim selben Arbeitgeber ein Praktikum absolviert haben.

Bei diesem Wirrwarr darf man jetzt schon gespannt sein,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Wirrwarr, das trifft es.)

ob und wie die Durchsetzung der gesetzlichen Regelungen überhaupt sichergestellt werden kann. Vermutlich werden auch so einige Praktikanten die Mindestlohnhotlines vom Bundesarbeitsministerium oder des DGB anrufen beziehungsweise alternativ einen Fachanwalt für Arbeitsrecht konsultieren müssen, um sich beraten zu lassen. Und natürlich gibt es schon jetzt dubiose Angebote im Netz, die auf eine Umgehung der Mindestlohnnormen bei Praktika abzielen.

Problematisch ist aus meiner Sicht auch, dass nur die Praktikanten einen Anspruch auf schriftliche Niederlegung der Vertragsbedingungen haben, die unter den Geltungsbereich des gesetzlichen Mindestlohnes fallen. Nur bei ihnen müssen spätestens vor Beginn des Praktikums die Vertragsbedingungen zwingend unterschrieben ausgehändigt werden. Es ist also mitnichten so, dass der Bundesgesetzgeber hier nun alles geklärt hätte und sich keinerlei Handlungsbedarf oder Handlungsspielraum mehr für die Landespolitik ergibt.

Daher schlagen wir Ihnen mit dem heutigen Antrag vor, dass sich der Einsatz von Praktikanten in den Ministerien und den nachgeordneten Landesbehörden in den umrissenen Grenzen künftig an den Grundsätzen für ein faires Praktikum der DGB-Jugend orientieren soll. Diese zielen zum Beispiel darauf ab, dass Praktika möglichst ausgeschrieben werden. Praktikanten sollen während ihres Einsatzes von einer geeigneten Person betreut werden. Ihre Arbeit soll an einem geeigneten Arbeitsplatz erfolgen. Die vertraglichen Bedingungen sollen grundsätzlich festgehalten und am Ende des Einsatzes soll ein wohlwollendes Zeugnis ausgestellt werden. Zudem sollen Praktika angemessen vergütet und praktikumsbezogene Aufwendungen wie Fahrtkosten erstattet werden.

Was die Frage der fairen Vergütung für Praktika angeht, schlägt die DGB-Jugend vor, sich am BAföG-Höchsatz zu orientieren. Dieser liegt aktuell je nach Ausbildungsstätte und Unterbringung, also noch bei den Eltern wohnend oder nicht, zwischen 216 und 670 Euro. Ja, da sagen wir auch, diese Forderung ist sehr ambitioniert und sei einem Jugendverband der Gewerkschaften auch zugestanden. Wir sind da etwas zurückhaltender und schlagen vor, in einem ersten Schritt jenen, die kein

Schülerpraktikum absolvieren, die keine Ausbildungsvergütung erhalten und die nicht unter den Geltungsbereich des gesetzlichen Mindestlohnes fallen, 300 Euro Praktikumsentschädigung zu zahlen. Deswegen steht im Antragstext auch, dass wir uns anlehnen wollen oder orientieren wollen an den Grundsätzen fairer Praktika. Auch dieser Wert, 300 Euro, ist nicht willkürlich gegriffen, sondern orientiert sich an der vom Bundesinnenministerium im November 2011 auf den Weg gebrachten, aktuell gültigen Praktikumsrichtlinie des Bundes, und er wird auch der Wirtschaft in den Fällen anempfohlen, wo der Mindestlohn nicht greift.

Eine Landesrichtlinie sollte dann allerdings die Schlupflöcher schließen, die auf Bundesebene immer wieder dazu geführt haben, dass sich Ministerien schlicht an der Zahlung der Praktikumsentschädigung vorbeimogeln, denn die Entschädigung dort ist nur für freiwillige Praktika verpflichtend, während sie für Pflichtpraktika, die in Studienordnungen geregelt sind, eine Kannbestimmung darstellt. Da mittlerweile aber viele Bachelor- und Masterstudienordnungen ein Praktikum vorsehen und da es den Studenten dabei so gut wie immer selbst überlassen ist, wo sie ein solches absolvieren, ist diese Unterscheidung höchst fragwürdig. Sie hat in Berlin auch dazu geführt, dass vermeintlich besonders pfiffige Ministerien einfach gar keine freiwilligen Praktika mehr angeboten haben – ein Effekt, den wir hierzulande natürlich nicht provozieren sollten.

Eine eigene Landesrichtlinie wäre also ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es geht vor allem um die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand, weil wir sagen, nur wer selbst glaubwürdig agiert, der kann dann im zweiten Schritt auch im Bündnis für Arbeit gegenüber Unternehmen dafür werben, Regelungen zu treffen, die sich an den Grundsätzen fairer Praktika orientieren. Wir haben uns ganz bewusst dafür entschieden, von „werben“ zu sprechen. Sollte sich allerdings herausstellen, dass die Bereitschaft bei den Unternehmen dazu unterdurchschnittlich ausgeprägt ist, kann man auch über andere Dinge nachdenken, zum Beispiel die Grundsätze fairer Praktika in die Förderrichtlinien des Landes aufzunehmen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wer nicht bereit ist, Praktikanten, die sich für die Verwaltung oder das Unternehmen interessieren und eine entsprechende Leistung erbringen, ordentliche Arbeitsbedingungen, Anleitung, einen Vertrag, ein Zeugnis und wenigstens 300 Euro Entschädigung plus den Ersatz praktikumsbezogener Aufwendungen zu bieten, der braucht nicht über einen vermeintlichen oder tatsächlichen Fachkräftemangel in Wirtschaft und Verwaltung zu jammern. Stimmen Sie daher unserem Antrag zu! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE  
und Johannes Saalfeld,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! „Generation Praktikum“ oder „Generation Prekär“, solche Begriffe umschreiben seit vielen Jahren das Phänomen, dass Arbeitgeber fertig ausgebildete junge Leute als Praktikanten beschäftigen, diese dann aber für lau einen eigentlich regulären Job verrichten. Vor allem solche Praktika und Praktiken waren es, die uns Kopfzerbrechen bereitet haben. Damit ist jetzt Schluss, denn mit dem Tarifautonomiestärkungsgesetz können Praktika nicht mehr als eigentlich befristete Anstellung missbraucht werden.

Für Praktikanten, bei deren Tätigkeit nicht das Reinschnuppern ins Unternehmen oder das Lernen im Vordergrund stehen, regelt das Gesetz nun im Grundsatz, dass sie Anspruch auf den Mindestlohn haben. Und ja, es gibt Ausnahmen. Die Regelung gilt nicht für Pflichtpraktika und sie gilt ebenso nicht für freiwillige Praktika, die nicht länger als drei Monate dauern, wenn sie der Berufsorientierung dienen oder ausbildungs- beziehungsweise studienbegleitend sind. Was der eine oder andere jetzt als Schlupfloch sehen wird, sorgt für eine gewisse Ausgewogenheit. Es hilft schließlich nicht – und da stimme ich Herrn Foerster zu –, wenn auch Schülerpraktika mit dem Mindestlohn vergütet werden, aber niemand mehr solche Praktikumsmöglichkeiten anbieten würde, weil dann einfach das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht stimmt. Das Tarifautonomiestärkungsgesetz schafft hier also eine vernünftige Lösung.

Meine Damen und Herren der Linksfraktion, Sie widmen sich in Ihrem Antrag nun genau jenen Praktika, für die der Mindestlohn nicht gelten wird. Sie fordern die Landesregierung auf, sich bei der Beschäftigung von Praktikanten am Leitfaden der DGB-Jugend für ein faires Praktikum zu orientieren. In diesem Leitfaden – Herr Foerster hat es bereits relativiert – gibt es aber einige Punkte, die nicht überzeugen. Der DGB lehnt es grundsätzlich ab, dass Absolventinnen und Absolventen als Praktikanten eingesetzt werden. Das ist mir zu rigide. Schließlich kann ein solches Praktikum den Übergang von der Ausbildung in den Beruf erleichtern. Man kann konkrete Arbeitserfahrungen sammeln und die Chance nutzen, sich für eine reguläre Stelle zu empfehlen. Manch einer weiß auch nach dem Studium noch nicht genau, wohin die berufliche Reise gehen soll, und da kann ein Praktikum Einblicke und Orientierung schaffen. Ein Traineeprogramm ist dafür kein Ersatz. Die Ausführungen zur Praktikumsdauer sind durch die Regelungen im Mindestlohngesetz zudem überholt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hege durchaus Sympathien für das Anliegen, Praktikanten in der Landesregierung und den nachgeordneten Behörden wenigstens den entstehenden Aufwand zu vergüten. Das widerspricht aber laut Aussage des Finanzministeriums der Haushaltsordnung. Danach sind nur die Ausgaben zu berücksichtigen, die zur Erfüllung der Aufgaben des Landes notwendig sind. Ich sage aber zu, dass ich mich auch weiterhin im Bündnis für Arbeit für die Grundsätze fairer Praktika und fairer Praktiken einsetzen werde. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tapfere Ministerin.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

**Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kurzes prägnantes Statement der Sozialministerin – ich freue mich darüber, denn prinzipiell hat sie ja dem Antrag der LINKEN auch nicht widersprochen. Wir haben das offensichtlich alle gemeinsam als Problem erkannt.

Auf die Ergebnisse meiner Kleinen Anfrage ist Herr Foerster bereits ausführlich eingegangen. Ich habe mich dazu schon in der Öffentlichkeit geäußert und immer darauf hingewiesen: Es ist völlig unstrittig, dass Schülerpraktika auch in Zukunft nicht vergütet werden. Schülerpraktika, das sind Praktika, die eben auch nur ein oder zwei Wochen dauern. Da ist eine Vergütung nicht wirklich notwendig. Es wäre auch bei der Abrechnung einer monatlichen Vergütung ein bisschen schwer, das wieder runterzurechnen. Deswegen finde ich die Forderung der LINKEN, die auch unsere Forderung ist, sehr vernünftig, zu sagen, ab einem Monat sollte hier eine Vergütung in jedem Fall greifen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dennoch bin ich über die Praktikantenpraxis, wenn ich das mal so nennen darf, in den Landesbehörden irritiert beziehungsweise nicht davon überzeugt. Praktika können gut und richtig sein, denn sie bieten gute Möglichkeiten, neue Erfahrungen zu sammeln. Sie bieten die Möglichkeit, einen Einblick in ein neues Arbeitsfeld zu erhalten, und sie bieten die Möglichkeit, das Erlernte in die Praxis umzusetzen. Selbstverständlich leisten Praktikantinnen und Praktikanten dabei einen wertvollen Beitrag innerhalb der Landesverwaltung.

Nun könnten Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, anführen, dass Praktika doch in erster Linie der Berufsorientierung dienen und dass Praktikanten nicht die gleiche Arbeitsleistung wie reguläre Arbeitskräfte erbringen und darum eine Vergütung nicht notwendig sei, aber das habe ich eigentlich auch nicht von Ihnen gehört. Dennoch haben wir das Problem in der Landesverwaltung.

Meine Damen und Herren, es geht um den Erwerb von Kenntnissen, Erfahrungen und Fertigkeiten. Es geht eben nicht darum, dass es sich um ein reguläres Arbeitsverhältnis handelt, denn wenn es so wäre, müssten Praktikanten auch regulär bezahlt werden. Aber nur weil das nicht so ist, kann es ja nicht heißen, sie kriegen gar nichts. Es muss da auch noch eine gewisse Abstufung geben.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich geht es nicht um die Vergütung von Schülerpraktika – ich hatte es schon mal unterstrichen –, die nur ein oder zwei Wochen dauern. Nein, es geht um die Vergütung von hoch qualifizierten Praktikanten, die während oder in Ausnahmefällen nach ihrer Ausbildung oder ihrem Studium ein Praktikum absolvieren. Erklären Sie mir mal, warum die qualifizierte Umweltwissenschaftlerin, die im Umweltamt ein Praktikum macht, keine Aufwandsentschädigung erhalten soll! Warum soll der qualifizierte Bürokaufmann, der während seiner Ausbildung ein Praktikum macht, keine Aufwandsentschädigung erhalten? Warum soll die qualifizierte Politikwissenschaftlerin, die im Ministerium in der Pressestelle arbeitet und vielleicht fleißig Pressemitteilungen schreibt, nicht auch eine Vergütung erhalten? All diese Personen leisten für unser Land selbstverständlich wertvolle Beiträge und ich finde, es ist ein Gebot der Fairness, diese Arbeit nicht unbezahlt auszunutzen,

sondern die Leistung anzuerkennen, indem man eine angemessene Vergütung bezahlt.

Sehr geehrte Damen und Herren, was mich besonders nachdenklich stimmt, ist die Tatsache, dass im vergangenen Jahr 100 Praktikanten in den Landesbehörden bereits über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss verfügt haben. Das heißt, hier handelt es sich um voll ausgebildete Arbeitskräfte. Interessenvertretungen, wie zum Beispiel der DGB, machen zu Recht auf das Problem aufmerksam, wenn Absolventen als Praktikanten beschäftigt werden. Hier drohen reguläre Arbeitsverhältnisse verdrängt zu werden. Solche Praktika sind durchaus mit einem Fragezeichen zu versehen. Deshalb plädiert etwa der DGB für Trainee- und Berufseinstiegsprogramme, die eine reguläre Beschäftigung ermöglichen.

Das wäre, denke ich, ein guter Weg für unser Land, dass wir für solche hoch qualifizierten Absolventen diese Traineeprogramme und Berufseinstiegsprogramme etablieren. Dann kommen wir auch nicht in die Schwierigkeiten: Ist das jetzt ein Praktikant, müssen wir den bezahlen, oder nicht? Dann haben wir klare Verhältnisse und auch die Praktikanten beziehungsweise die Trainees haben Ansprüche an ihre Ausbilder, wie es so schön heißt, beziehungsweise das Land hat klare Ansprüche, was sie dann zu leisten haben. Ich denke, das ist eine sehr gute Idee vom DGB.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es darf nicht dazu führen – wie gesagt –, dass reguläre Beschäftigung verdrängt wird. Praktikanten dürfen nicht monatelang als kostenlose Arbeitskräfte genutzt werden. Es ist sehr bedenklich, dass das Land derzeit – im letzten Jahr – 100 qualifizierte Personen mit einem Abschluss als Praktikanten in seinen Reihen hatte. Das ist ungerecht und deswegen brauchen wir eine Vereinbarung für faire Praktika in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, Sie können sich nicht auf der einen Seite über das niedrige Lohnniveau im Land beschweren und beklagen und auf der anderen Seite natürlich selbst mit einem gewissen schlechten Beispiel vorgehen. Wir müssen hier etwas tun, und ich glaube, dass Grundsätze für ein faires Praktikum in Mecklenburg-Vorpommern, wenn man diese als Selbstverpflichtung verabschieden würde, hier ein sehr guter Weg wären.

Meine Damen und Herren, es reicht eben nicht, immer nur darauf zu verweisen, dass eine Bezahlung nicht vorgeschrieben ist. Wir haben hier und heute die Möglichkeit, diesen Missstand abzustellen. Als GRÜNE-Fraktion haben wir zum Beispiel auch eine Selbstverpflichtung beschlossen, denn wir sind uns unserer Verantwortung an dieser Stelle sehr bewusst. Deswegen erhalten Praktikanten und Praktikantinnen in unserer Fraktion eine Vergütung von 300 Euro. Solch eine Selbstverpflichtung sollte auch die Landesregierung für sich beschließen – oder hier im Landtag. Der Landtag kann es auch beschließen, daran muss sich die Exekutive halten.

In diesem Punkt könnte sich übrigens die Landesregierung auch einmal ein Beispiel an der Bundesregierung nehmen. In der Richtlinie des Bundes zur Beschäftigung von Praktikanten und Praktikantinnen heißt es, ich zitiere: „Für Praktika von Schülerinnen und Schülern, Berufsschülerinnen und Berufsschülern sowie Studierenden

sind mindestens 300,- Euro monatlich zu zahlen.“ Zitatende. Das ist eine ganz einfache, unmissverständliche Regelung. Das geht noch weiter, diese Richtlinie. Da wird zum Beispiel auch festgehalten, dass es sich nur um Praktika handelt, die länger als einen Monat dauern. Aber ich glaube, darauf haben wir uns hier auch schon alle verständigt.

Also ich halte das für eine ganz einfache und unmissverständliche Regelung, die hier auf Bundesebene gilt. Sie ist einfach formuliert und das ist sicherlich auch für unser Bundesland nicht zu viel verlangt. Die Richtlinie auf Bundesebene ist aber auch sehr wirkungsvoll und deswegen bitte ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere von der Koalition, eine solche Selbstverpflichtung oder eine solche Richtlinie für unser Land zu erlassen. Wir werden dem vorliegenden Antrag selbstverständlich zustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier.

**Martina Tegtmeier, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Trotz großer Sympathie für viele Bestandteile des hier Vorgetragenen kann meine Fraktion diesem Antrag leider nicht zustimmen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Na, warum?)

Das wichtigste Argument ist das, was Frau Ministerin am Ende gesagt hat: die haushaltsrechtlichen Bestimmungen, wie sie zurzeit halt gelten,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Die sind doch nicht in Stein gemeißelt!)

und da hat sie noch mal auf die Auslagen abgezielt. Also das sind geltende Bestimmungen, die wir hier nicht einfach mit einem Antrag außer Kraft setzen können.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Aber wir können sie doch darin  
unterstützen, Frau Tegtmeier.)

Übrigens, Herr Saalfeld, in der SPD-Fraktion erhalten die Praktikantinnen und Praktikanten selbstverständlich auch eine Vergütung, entweder Mindestlohn oder auch darüber, je nach Berufsausbildung. Und da kommen wir natürlich zur Einsatzfähigkeit, weil sie auch bei uns in der Fraktion wertvolle Arbeit leisten. Wir sehen auch die Praktikantinnen und Praktikanten natürlich dafür vor, wenn sie bei uns in der Fraktion für eine gewisse Zeit sind, dass sie dann nach dem Anlernen, nach der Einweisung mitarbeiten.

Wenn Sie sich die Kleine Anfrage auf der Drucksache 6/1087 anschauen – ich glaube, die ist von Herrn Foerster eingebracht worden –, so ist in der Antwort der Landesregierung zu lesen, dass in dem Zeitraum – also ab Januar 2012 und das galt hier für eine Frist in 2012 – „679 Praktikantinnen und Praktikanten aufgeführt worden“ sind, „die“, wie gesagt, „seit Januar ... zum Einsatz gekommen sind. Von diesen haben bislang 11 eine Berufsausbildung oder eine berufliche Tätigkeit in dem Ge-

schäftsbereich der Landesregierung aufgenommen, in dem zuvor das Praktikum absolviert wurde.“ 11 von 679. Warum ist das so? Das finden Sie als Antwort auf Ihre nächste Frage: „Praktika dienen vorrangig der ersten beruflichen Orientierung der Praktikanten und sind in der Regel nicht auf eine Einstellung nach der absolvierten Zeit ausgerichtet.“ Also sie sind nicht darauf ausgerichtet, hinterher auch eine Beschäftigung in der Landesregierung oder den nachgeordneten Einrichtungen aufzunehmen. „Von daher ist der Einsatz von Praktikanten für die Landesregierung kein maßgebliches Instrument zur Personalentwicklung.“

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, warum ich persönlich hauptsächlich Ihren Antrag ablehne, ist eigentlich dem Umstand geschuldet, dass ich befürchte, dass, wenn wir diesem Antrag zustimmen und ihn möglicherweise auch durchsetzen können, dass wir dann ganz hochgradig die Bereitschaft, insbesondere von Betrieben, verlieren, überhaupt Praktikplätze anzubieten.

(Zurufe von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN, und Johannes Saalfeld,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke mal, damit ist niemandem gedient, obwohl wir in der langen Debatte, die wir im letzten Jahr zu dieser Thematik hatten, hier auch die Position gehört haben – die ich übrigens zum großen Teil nachvollziehen kann –, dass junge Menschen mit Berufsausbildungsabschlüssen und auch Absolventen eigentlich im Praktikum nicht die geeignete Form finden, um sich auf eine zukünftige berufliche Tätigkeit vorzubereiten. Da sind die Wege, die Sie da eben aufgezeigt haben, denke ich mal, auch schlüssiger. Darauf sollten sich diese Leute auch nicht einlassen. Leider tut eine große Anzahl von ihnen das immer noch bereitwillig, weil auch nichts anderes zu finden ist, das gebe ich ja zu.

Wie gesagt, ich kann leider diesem Antrag auch nicht zustimmen, aber vordergründig, weil ich befürchte, dass wir dann eine ganz große Anzahl von Praktikumsplätzen einfach verlieren werden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Vorhin haben  
Sie gesagt, wegen der Finanzen.)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster.

**Stefan Köster, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Schuft für Schwerin: Mecklenburg-Vorpommern zahlt 1.260 Praktikanten keinen Cent“. Es ist ja schon vieles hierzu ausgeführt worden. Ich finde es schon ziemlich erbärmlich, dass man sich hinter der Haushaltsordnung versteckt, um begründen zu können, warum man Menschen ausbeutet. Es ist nichts anderes als Ausbeutung

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

und es ist auch allgemein bekannt, dass diese Praktikanten in der Landesverwaltung zwingend benötigt werden, um Arbeitsspitzen zu bewältigen.

Die NPD-Fraktion wird dem Antrag der LINKEN zustimmen. Das Verhalten der Landesregierung ist doch schon sehr erbärmlich. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

**Henning Foerster, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Praktikanten, die insbesondere in den Ministerien, in den Landesbehörden arbeiten, ein Stück verbessern. Ich habe es gesagt, wir erwarten, dass man sich der eigenen Vorbildwirkung bewusst ist und das in praktisches Handeln münden lässt. Dabei hilft es auch nicht, sich auf immer gleiche Aussagen zurückzuziehen.

Was die Frage der haushaltsrechtlichen Regelung angeht, das werden wir noch mal juristisch bewerten lassen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist es ja so, dass die Aufwandsentschädigung das Problematische ist, eine in einer Richtlinie niedergeschriebene Pauschale möglicherweise aber dann doch realisiert werden könnte. Gehen Sie mal davon aus, dass wir mit dem Thema heute nicht das letzte Mal befasst sein werden.

Das man sich im Übrigen vonseiten der Landesregierung nicht verpflichtet fühlt, jenseits gesetzlicher oder tariflicher Verpflichtungen eine Praktikumsentschädigung zu zahlen, ist ein alter Hut. So hat die Landesregierung schon 2012 versucht, sich aus der Affäre zu ziehen. Aus unserer Sicht war das auch schon damals falsch und ist unter den aktuellen Bedingungen noch weniger haltbar. Ich will an zwei Beispielen skizzieren, warum ich zu dieser Einschätzung komme.

Wenn man darüber redet, muss man sich mal anschauen, was eigentlich diese sogenannten tariflichen Regelungen enthalten. Da können wir jetzt mal nehmen den TV-L Praktikum. Wenn man den Namen hört, dann würde man vermuten, dass dieser für alle Praktikanten der Länder verbindliche Regelungen trifft. Das ist jedoch ein Irrglaube, denn hier werden lediglich Praktikanten erfasst, die Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes oder sogenannte medizinische Hilfsberufe ausüben und für die im Anschluss an die Prüfung ein Berufspraktikum vorgeschrieben ist.

Und dann nehmen wir den zweiten großen Komplex, die Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für die Gewährung von Praktikantenvergütungen. Auch hier läge die Vermutung nahe, dass darin umfassende Regelungen zum Einsatz von Praktikanten zu finden sind. Tatsächlich beschränken sich diese Richtlinien jedoch darauf, Höchstsätze zu Praktikantenvergütungen bestimmter Berufsgruppen festzulegen. Zudem steht auch hier im ersten Absatz schon einschränkend drin, dass Praktikanten lediglich dann eine Vergütung gewährt werden kann, wenn sie während der gesamten täglichen Arbeitszeit im jeweiligen Betrieb tätig sind.

Dann wird noch unterschieden nach Praktikanten, die unter den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes fallen, und solchen, die es nicht tun. Dann gibt es Vorpraktikanten, die ein Praktikum zwingend als Zugangsvoraussetzung für eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren müssen. Die haben altersbezogen Anspruch auf

eine ganz bestimmte Entschädigung, die zwischen 300 und 700 Euro monatlich liegt. Und dann gibt es noch Berufspraktikanten, ob nun aus Heil- und Erziehungsberufen oder der Lebensmittelchemie. Letztere können während ihres Praktikums und abhängig von der Länge auch Entschädigungszahlungen erhalten. Mehr regelt die Richtlinie nicht.

Jetzt gucken wir uns doch mal an, über was wir hier reden. Der große Rest, von der Landesregierung gern unter der Rubrik „sonstige Praktikanten“ subsumiert, geht also leer aus. Und wenn ich mir dann noch angucke, was die Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Kollegen Saalfeld geantwortet hat und was da zur Anzahl der geleisteten Praktikumsentschädigung ausgeführt wird, dann kann man davon ausgehen, dass so gut wie keiner der 1.260 im letzten Jahr in den Ministerien und Landesbehörden beschäftigten Praktikanten von diesen Regelungen überhaupt erfasst worden ist. Deswegen gehören diese Regelungen auf den Prüfstand, weil wir sagen, das ist zu billig, sich weiterhin darauf zurückzuziehen, das Praktika vorrangig der beruflichen Orientierung dienen und eine systematische Berufsausbildung ja nicht stattfinden würde. Genauso wenig überzeugt die Aussage, dass die zeitliche Dauer dieser Praktika prinzipiell nicht dazu geeignet sei, eine vollwertige Integration in den Verwaltungs- und Betriebsablauf zu gewährleisten.

Letztendlich sind das aus unserer Sicht alles Ausreden, um ja nur keine Haushaltsmittel veranschlagen zu müssen und von der Zahlung einer Praktikumsentschädigung absehen zu können. Wie die Praktikanten selbst diese Sichtweise bewerten, das kann man zum Beispiel im „UniSPIEGEL“ bei „Spiegel online“ nachlesen, und das möchte ich dann zum Schluss dieser Debatte auch tun. Dort heißt es unter anderem, ich zitiere: „Es ist ein großes Unding, dass man in staatlichen Institutionen nicht bezahlt wird. Die wollen die Besten, wollen aber nicht zahlen.“ ... Nicht nur unter Praktikanten, auch unter den Festangestellten herrsche darüber großes Unverständnis.“ Zitatende. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

**Torsten Renz, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist auch ein gewisses Novum jetzt hier, sonst haben wir ja immer im Verfahren Kleine Anfragen von Herrn Foerster, daraus macht er dann einen Antrag.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Hat Sie das etwa überrascht, oder was?)

Das Problem ist immer zu großen Teilen, dass die Zahlen nicht so richtig zu Ihrem Antrag passen, was nachher die Logik betrifft. Heute haben wir es hier etwas anders, heute haben wir eine Kleine Anfrage von Herrn Saalfeld als Arbeitsgrundlage für diesen Antrag. Und das Neue ist, die Zahlen passen auch zum Antrag. Also insofern ist das schon eine recht interessante Situation. Ich persönlich bin,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Deswegen haben Sie jetzt als Letzter geredet, oder was?)

ich persönlich bin auch ein bisschen froh über so eine Debatte. Ich glaube, das ist auch das erste Mal, dass

beim Arbeitsmarktantrag nicht die CDU dafür zuständig ist, dass der Antrag abgelehnt wird. Also insofern bin ich schon dankbar für den bisherigen Verlauf der Diskussion. Ich sage mal so ein bisschen praktisch, auch wenn das nicht eins zu eins gleichzusetzen ist, jeder von uns war ja auch mal jung,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach?!)

hat Praktika gemacht, hat entsprechende Ferienarbeit gemacht.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Die Menschen sind immer noch jung, Herr Renz! – allgemeine Heiterkeit)

Die Menschen sind immer noch jung, ja, ich komme noch dazu.

Ich nehme an, Ihnen ging es dann genau wie mir, also man war richtig froh und stolz, auch wenn ich jetzt die Ferienarbeit nicht eins zu eins setzen möchte mit den Zahlen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Jetzt mal ein bisschen aus dem Leben, ja? Das interessiert uns besonders.)

die hier vorliegen, mit dieser Art der Praktika, die stattfinden. Aber jeder von uns war doch froh, wenn er dann auch vergütet wurde. Das war eine gewisse Anerkennung für die geleistete Tätigkeit. Ich habe das immer als sehr gut empfunden,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Linke machen das uneigennützig.)

auch in meiner Ausbildung, beim Studium dann bei entsprechenden Praktika. Das Gleiche, jetzt kommen wir wieder zum Alter zurück, durchlaufen jetzt meine Kinder. Und bei Ihnen, Herr Holter, ich weiß nicht, wie das da aussieht, ob Sie Enkelkinder haben, die möglicherweise schon in diesem Alter sind.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Mein Enkel ist 16, ja.)

Okay.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So früh hat er ja nun auch noch nicht angefangen.)

Dann gibt es ja aber Kollegen bei mir in der Fraktion, mit denen hatte ich mich auch schon einmal darüber unterhalten, da sind tatsächlich jetzt Enkelkinder dabei, die genau die gleiche Situation antreffen. Ich sage mal, das ist ein Zustand, der ist nicht gerade besonders befriedigend.

Auf der anderen Seite ist es natürlich auch so, jetzt wird durch die Opposition gemeinsam hier ein Thema auf die Tagesordnung gehoben, und die Welt ist ja recht bunt, vor allem auch mal politisch gesehen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hm!)

Ich will damit nur sagen, das ist jetzt kein Zustand nur für Mecklenburg-Vorpommern, sondern Sie können im Prinzip die Bundesländer durchdeklinieren. Ganz extrem ist

mir das aufgefallen in Baden-Württemberg, dort wird dann getitelt: „Kultusministerium zahlt Praktikanten nichts, Heuchelei in Reinkultur“. Dort ist also die politische Opposition, die FDP, auf dem Weg, stellt Kleine Anfragen – im Prinzip identisch mit dem, was Herr Saalfeld gemacht hat – mit dem Ergebnis, dass unter Grün-Rot dort nicht bezahlt wird.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und wie war das vorher unter Schwarz und Herrn Mappus? Das wäre ja mal interessant, was Mappus gemacht hat.)

Also die Pressemitteilung der FDP erspare ich Ihnen. Sie ist so gravierend, da wird von Ausbeutung et cetera gesprochen. Ich will Ihnen nur sagen, auch in Baden-Württemberg ist die Welt bunt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Hat die CDU in Thüringen schon eine Anfrage gestellt? – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Na, jetzt kommen wir erst mal zu meinem Zweitliebungsland sozusagen, das ist ja Brandenburg, Herr Holter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Hamburg gibts auch.)

In Brandenburg, da ist die Welt noch bunter, das wissen Sie ja. Da stellen sogar die LINKEN Kleine Anfragen –

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, das haben wir auch gemacht.)

sie sind in der Regierungsverantwortung, aber das ist ja ein ganz normales parlamentarisches Mittel –,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja, die arbeiten, die arbeiten.)

mit dem Ergebnis,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da sehen Sie mal, wie viel Verständnis Sie vom Parlament haben!)

mit dem Ergebnis, dass die Landesregierung dann zum Besten gibt und durch die Presse gezogen wird unter der Überschrift „Landesregierung gegen“, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Immer dummes Zeug erzählen. Hauptsache mitregieren! Mann! Mann! Mann!)

Ja, ich warte, bis Sie ruhig sind, damit Sie das genießen können hier.

... „Landesregierung gegen Bezahlpflicht von Praktika“. Also das stellt ein Abgeordneter der LINKEN fest, übergibt das Thema der Presse und Rot-Rot wird dann massiv angegriffen in diesem Bereich.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, aber das würde die Welt ein bisschen besser machen.)

Die Welt ist bunt. Ich wiederhole mich da gerne. An mir scheitert so ein Antrag in der Umsetzung nicht.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Aha!)

Also diesen Antrag, den können wir natürlich so nicht beschließen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ach so!)

weil Sie da vieles vermengt haben, das muss man sagen. Aber wenn die Zahlen dort ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Jetzt haben Sie aber das Haar in  
der Suppe gesucht.)

Na überhaupt nicht, ich werde noch konkreter.

(allgemeine Unruhe)

Wenn wir einen Zustand haben, wo 1.263 Praktikanten ... Herr Foerster hat das ja auch vorgetragen, differenziert aufgebaut. Er hat ja dann auch ausgeführt, dass von diesen 1.263 tatsächlich 8 bezahlt worden sind. Sie haben gesagt, dass davon 5 gesponsert wurden. Also, Herr Foerster, sprechen Sie es doch noch deutlicher aus! 3 haben sozusagen effektiv Geld bekommen! Und das sage ich Ihnen jetzt ganz persönlich: Über dieses Thema muss man reden!

Ich sehe im Bund eine Richtlinie auf den Weg gebracht – die scheint auch dem Haushaltsrecht zu entsprechen –, auf den Weg gebracht im Jahre 2011 durch CDU und FDP. Ich denke, das ist eine vernünftige Arbeitsgrundlage. In der Art und Weise, wie Sie das hier niedergeschrieben haben, da kann ich natürlich der Fraktion der CDU keine Zustimmung empfehlen. Aber zum Inhalt, denke ich, habe ich ausreichend ausgeführt. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

**Henning Foerster, DIE LINKE:** Ja, Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Um das mal aufzunehmen, was Kollege Renz gerade gesagt hat, beantrage ich erstens die Überweisung des Themas in den Ausschuss für Arbeit und Soziales, dann können wir da nämlich über die Richtlinie diskutieren.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau. –  
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Ja, da können wir auch zustimmen.)

Und zweitens darf ich darauf hinweisen, es werden – Herr Saalfeld war, was das Thema angeht, hier ein bisschen schneller als ich – ja noch konkretere Zahlen durch die Häuser erhoben. Es läuft noch eine kleine Anfrage von mir, und dann können Sie das ja gleich als Gelegenheit nehmen, um schon mal zu ermitteln, was man für die Finanzierung von Praktikumsentschädigungen bräuchte, um das in den nächsten Doppelhaushalt entsprechend einzustellen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
DIE LINKE und Johannes Saalfeld,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist vom Abgeordneten Herrn Foerster, Fraktion DIE LINKE, beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3499 in den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? –

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Ja, nun stimmt doch mal zu! –

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir wissen  
schon, wie wir abstimmen sollen, Frau Gajek.)

Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag zum Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3499 in den Sozialausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3499. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3499 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Zusatztagsordnungspunkt 1:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Winterabschiebungsstopp anordnen, Drucksache 6/3544.

**Antrag der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Winterabschiebungsstopp anordnen  
– Drucksache 6/3544 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

**Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Schleswig-Holstein macht es vor, die dortige Landesregierung beschloss am 2. Dezember 2014, während der Wintermonate keine Abschiebung in solche Staaten durchzuführen, ich zitiere: „in denen durch die herrschenden winterlichen ... Verhältnisse nicht gewährleistet werden kann, dass Betroffene bei Rückkehr in allen Landesteilen eine Aufnahme in Sicherheit und Würde erwartet“, Zitatende. Das treffe auf die Staaten Afghanistan, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Russische Föderation, Serbien, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Pakistan und die Ukraine zu.

(Michael Andrejewski, NPD: Auch  
im Kongo kann es kühl werden. –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Innenminister Stefan Studt sprach von einem Zeichen der Humanität. In den vom Abschiebestopp erfassten Ländern sei die wirtschaftliche und soziale Situation der meisten Menschen nach wie vor so schlecht, dass Rückführungen gerade in der kalten Jahreszeit vermieden werden sollten. Schleswig-Holstein nutze alle rechtlichen Möglichkeiten des Aufenthaltsgesetzes für eine menschliche Ausländerpolitik. Nach dessen Paragraph 60a könne das Landesinnenministerium „aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen“

(Michael Andrejewski, NPD:  
Der Gummiparagraf.)

„oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anordnen, dass die Abschiebung von“ Ausländerinnen und „Ausländern aus bestimmten Staaten oder von in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen allgemein oder in bestimmte Staaten für längstens sechs Monate ausgesetzt“ werde.

Ich fordere die hiesige Landesregierung dazu auf, es der schleswig-holsteinischen gleichzutun.

Doch wie ist überhaupt die Lage in den von diesem Abschiebungsstopp erfassten Ländern? Ich kann aus Zeitgründen hier nicht auf jedes einzelne Land eingehen, greife mir daher einige wenige beispielhaft heraus.

In Afghanistan ist die Versorgungslage, so Pro Asyl, katastrophal. Über ein Drittel aller Kinder sei unterernährt ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Könnt ihr mal ...?!

Über ein Drittel aller Kinder sei unterernährt, es fehle an ausreichend qualifiziertem medizinischem Personal und bezahlbaren Medikamenten.

Die Zahl der Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus den Nachbarstaaten sei aufgrund der verschlechterten Sicherheits- und Versorgungslage zuletzt erheblich zurückgegangen. Trotzdem lebten Zehntausende zurückgekehrte Afghaninnen und Afghanen bereits seit Jahren in Slums und Zeltstädten vor den Toren Kabuls. Neben der allgemeinen Gefahr durch Bürgerkrieg und Mangelversorgung seien auch Zwangsrekrutierungen durch die Taliban und das boomende Geschäft mit Entführungen, insbesondere für Abgeschobene, eine Bedrohung.

Die UNHCR warnte am 11. November dieses Jahres davor, dass infolge fehlender Finanzierungsmittel und der steigenden Anzahl intern Vertriebener im Irak etwa eine Million Flüchtlinge ohne adäquate Winterversorgung bleiben wird. Es mangelt an grundlegenden Dingen wie Decken, Jacken, Zeltisolation oder Heizgeräten.

Nach Artikel 37a des mazedonischen Passgesetzes kann solchen Personen, die nach Mazedonien abgeschoben wurden, für die Dauer eines Jahres der Pass entzogen werden. Wie die Schweizer Flüchtlingshilfe dokumentierte, wird dieser Zeitrahmen jedoch oft ausgeweitet mit dem Argument, dass der Grund für den Entzug des Passes fortbestehe. Menschen, die nach Mazedonien abgeschoben wurden, werden unmittelbar nach ihrer Ankunft von Grenzbeamten vernommen, die anschließend ihren Pass vorübergehend einziehen. Die Akte wird an das Innenministerium übergeben, das die Entscheidung dann bestätigt oder wieder aufhebt. Menschen, die nach Mazedonien abgeschoben wurden, berichten, dass sie nicht nur ihren Pass, sondern auch ihren Anspruch auf Sozialhilfe verloren haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Rückkehrerinnen und Rückkehrer nach Bosnien-Herzegowina, die einer Minderheit angehören, hätten, so die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intole-

ranz, in der Regel Probleme, eine Arbeit zu finden, und zwar sowohl bei öffentlichen Einrichtungen als auch bei Privatunternehmen. Die Lage der Roma sei besonders katastrophal.

(allgemeine Unruhe)

Der ehemalige Menschenrechtskommissar des Europarates, Thomas Hammarberg, schreibt, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt stets noch von der ethnischen Zugehörigkeit und der Parteizugehörigkeit abhängt, wodurch Rückkehrerinnen besonders benachteiligt seien.

(allgemeine Unruhe)

Könnt ihr ...? Also ich ...

(Vincent Kokert, CDU: Aber die Tagungs-  
leitung hat immer noch die Präsidentin.)

Die Kommission für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen stellt fest, dass der Rückkehrprozess dadurch erschwert werde, dass Angehörige ethnischer Minderheiten beim Zugang zu ihren ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechten behindert würden. Insgesamt ist die Lage der Roma in dem Westbalkanstaat nach Angaben von Pro Asyl prekär bis katastrophal. Abgeschobene landen häufig in Slums und Behelfsunterkünften, die zum Teil nicht beheizbar sind. Sie können sich keine Brennmaterialien beschaffen oder sich auf andere Weise das besorgen, was man für ein menschenwürdiges Überstehen des Winters braucht, und haben oft keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Im Winter verschärft sich die Situation vieler Roma drastisch.

Menschen im Winter in die Obdachlosigkeit oder in slumartige Behausungen abzuschieben, ist nach Auffassung meiner Fraktion inakzeptabel und unmenschlich. Wenn sich die Landesregierung nicht zu einem generellen Winterabschiebestopp durchringen kann, gäbe es noch eine andere Möglichkeit. Das rheinland-pfälzische Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen hat die Ausländerbehörden des Landes gebeten, von der Möglichkeit der Ermessensduldung nach Paragraph 60a Absatz 2 Satz 3 Aufenthaltsgesetz Gebrauch zu machen, um winterbedingte Härten im Rahmen der individuellen Rückführsteuerung – unabhängig vom Herkunftsland und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Minderheit – einzelfallorientiert zu vermeiden.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Also, meine Herren hier vorne! Auch wenn ich jetzt wahrscheinlich gleich einen Ordnungsruf kriege, ich finde es nicht fair,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

ich rede hier über ein so brisantes Thema und Sie hören nicht zu und machen andere Gespräche.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich finde das mit Verlaub ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Also mir fehlen die Worte, ehrlich.



(Udo Pastörs, NPD: Ja, Sie haben recht.)

Das kann doch nicht wahr sein!

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE  
und NPD und Rudolf Borchert, SPD)

Ich mache gerade ein Kompromissangebot. Sie hören mir nicht zu und ich frage mich, ob es Ihnen ernst damit ist, hier eine Lösung zu finden. Der Innenminister ist nicht da, der Ministerpräsident sitzt dort und ich möchte dafür werben, dass wir einen Winterabschiebestopp haben, und Sie quasseln hier vorne die ganze Zeit.

(Tino Müller, NPD: Ihren Scheiß will keiner. –  
Präsidentin Sylvia Bretschneider  
übernimmt den Vorsitz.)

So, und jetzt wiederhole ich das noch mal und ich bitte um die Aufmerksamkeit der beiden Regierungsfractionen.

(Vincent Kokert, CDU: Frau Gajek, haben Sie heute früh irgendwas genommen, oder was?)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Einen Moment! Einen Moment!

(Harry Glawe, CDU: Dann setzen Sie sich doch hin, wenn Ihnen das nicht gefällt.)

**Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Also reden darf ich noch.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Frau Gajek! Frau Gajek, bitte einen Moment!

Ich finde, dass die Art und Weise der Diskussion jetzt auf ein Niveau abgeleitet, das diesem Hause nicht angemessen ist. Ich bitte Sie alle, sich etwas zurückzunehmen. Ich kann die Aufregung von Frau Gajek verstehen. Es ist wirklich nicht erträglich gewesen, wie die Disziplin eben bei diesem Redebeitrag hier im Saal war. Das gehört sich einfach nicht, das will ich an der Stelle sagen.

Und, Herr Müller, Ihnen erteile ich einen Ordnungsruf für Ihre Bemerkung.

(Tino Müller, NPD: Danke schön.)

Und dafür kriegen Sie den zweiten, Sie haben das nicht zu kommentieren.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Bitte, Frau Gajek.

**Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Danke.

Ich wiederhole noch mal: Wenn sich die Landesregierung nicht zu einem generellen Winterabschiebestopp durchringen kann, gäbe es noch eine andere Möglichkeit. Das rheinland-pfälzische Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen hat die Ausländerbehörden des Landes gebeten, von der Möglichkeit der Ermessensduldung nach Paragraph 60a Absatz 2 Satz 3 Aufenthaltsrecht Gebrauch zu machen, um winterbedingte

Härten im Rahmen der individuellen Rückführungssteuerung – unabhängig vom Herkunftsland und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Minderheit – einzelfallorientiert zu vermeiden.

Bei der Prüfung sei neben einer besonderen Schutzbedürftigkeit auch die konkrete Situation in den jeweiligen Herkunftsstaaten zu beachten. Eine besondere Schutzbedürftigkeit könne sich insbesondere für Familien und Alleinerziehende mit Kindern oder bei Älteren, Kranken und behinderten Menschen ergeben. Für die Situation im Herkunftsland könne ausschlaggebend sein, wie sich der Winterverlauf darstelle, wie die Wohnraumsituation zu bewerten sei und wie sich die allgemeine Versorgungslage gestalte. In Kabul gehen die Temperaturen jetzt schon auf minus sechs Grad Celsius runter. In Sarajevo soll es spätestens um die Weihnachtsfeiertage herum frostig werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt ist die Landesregierung gefragt. Anstatt den Erlass einer Winterregelung weiter auf die lange Bank zu schieben, sollte sie lieber mit gutem Beispiel vorangehen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir demokratische Fraktionen in der Sache zusammenstehen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Gajek.

Es ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Frau Kaselitz für die Fraktion der SPD.

**Dagmar Kaselitz, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der vorletzte Tagesordnungspunkt in dieser letzten Landtagssitzung des Jahres ist wohl gleichsam einer der emotionalsten der letzten drei Tage.

Fast ein Jahr gehöre ich inzwischen dem Landtag an. Meine Sprecherfunktion im Bereich „Migration, Integration und Entwicklungspolitik“ hat mich in dieser Zeit vor völlig neue Herausforderungen gestellt. So war mir die Situation von Flüchtlingen, Asylbewerbern und ausländischen Mitmenschen, die inzwischen mit uns leben, vorher nur recht oberflächlich und zum großen Teil aus den Medien bekannt. In den letzten Monaten habe ich unwahrscheinlich viel gelernt. Ich danke allen, besonders meinen Fraktionskollegen und den Kollegen aus den anderen demokratischen Fraktionen, die mir Informationen gaben, Kontakte vermittelten,

(Udo Pastörs, NPD: Die hätten Sie von uns auch kriegen können, die Informationen.)

Fragen beantworteten und auch streitbare Partner waren und sind.

(Michael Andrejewski, NPD: Ich schicke Ihnen gerne Infomaterial.)

Ich bin dankbar für die Möglichkeit, hier im Land, in öffentlichen Behörden, bei Vereinen, Verbänden und ver-

schiedenen Organisationen sowie in Gemeinschaftsunterkünften – so erst vor zwei Tagen in der zentralen Aufnahmeeinrichtung in Nostorf-Horst – und bei vielen Veranstaltungen Menschen kennengelernt zu haben, die sich mit Engagement für Flüchtlinge und Asylbewerber einsetzen. Uns alle eint das tägliche Bemühen, mit dem Anliegen der Flüchtlinge und Asylbewerber vernünftig umzugehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die SPD steht außer Frage, dass die vielen Menschen, die aus den weltweiten Krisenherden fliehen müssen, unsere uneingeschränkte Solidarität brauchen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehören auch menschenwürdige Unterkünfte, Sprachkurse sowie Kita- und Schulplätze.

(Udo Pastörs, NPD: Und Arbeitsplätze.)

Uns allen muss daran gelegen sein, dass das zurzeit an vielen Stellen in der Bevölkerung immer stärker spürbare Klima der Akzeptanz und des Verständnisses

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

für Flüchtlinge und Asylbewerber erhalten bleibt und mancherorts noch gestärkt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Akzeptanz und Verständnis erwachsen aus Wissen, Informationen und persönlicher Erfahrung. Jeder von uns hat seine Prozedur und keiner kann in allen Bereichen vollumfänglich informiert sein. Um Entscheidungen akzeptieren zu können, ist grundsätzliches Wissen zum Weg eines Flüchtlings in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern eventuell hilfreich. Die Aufnahme von Flüchtlingen und das Asylverfahren sind von der europäischen Ebene über die Bundes- und Landesebene bis hin zu den Landkreisen und kreisfreien Städten durch Gesetze, Verordnungen, Arbeitshinweise, Erlasse, Verträge und Vereinbarungen geregelt. Alle Beteiligten sind verpflichtet, sich daran zu halten. Die Flüchtlinge und die Menschen in unserem Land vertrauen darauf.

Im Internet findet man auf der Seite des Flüchtlingsrates Mecklenburg-Vorpommern unter dem Stichwort „Selbstverständnis“ folgende Definition, Zitat: „Flüchtlinge sind eine spezielle Gruppe unter Zuwanderern aus dem Ausland. Sie suchen Schutz vor Folter, Verfolgung und Hunger, ausgelöst durch politische, religiöse oder kulturelle Spannungen, Krieg und Armut im eigenen Land. Weltweit sind rund 40 Millionen Menschen auf der Flucht.“ Zitatende.

In Deutschland werden bis zum Ende dieses Jahres insgesamt circa 200.000 Flüchtlinge erwartet. Entsprechend der Aufteilung nach dem Königsteiner Schlüssel, dem die Einwohnerzahlen bis auf die kommunale Ebene zugrunde liegen, werden in unserem Bundesland gut zwei Prozent dieser Menschen aufgenommen. Das können dann mehr als 4.000 Personen in diesem Jahr sein.

Möchten diese Schutzsuchenden einen Asylantrag stellen, müssen sie sich in der Erstaufnahmeeinrichtung des

Landes in Nostorf-Horst, im Landkreis Ludwigslust-Parchim, melden. Dort kümmert man sich um die erste Unterbringung, die individuelle und medizinische Erstversorgung. In der dort befindlichen Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird der Asylantrag gestellt. Hier werden alle Angaben zur Person erfasst und Fingerabdrücke für die europaweite Datei genommen. Minderjährige Schutzsuchende ohne Begleitung werden vom Jugendamt in Obhut genommen. Maximal bis zu drei Monate sollen die Asylbewerberinnen und Asylbewerber in dieser Einrichtung leben.

Bei unserem Besuch in Nostorf-Horst haben wir erfahren, dass bei der Vielzahl der zurzeit ankommenden Menschen manchmal bereits nach 14 Tagen eine Verteilung auf die 20 Gemeinschaftsunterkünfte in den aufnahmepflichtigen Landkreisen und kreisfreien Städten erfolgt. Verstärkt werden die Ankommenden auch dezentral außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte untergebracht. Das stellt alle Beteiligten vor große logistische und finanzielle Herausforderungen. Zügig müssen freie Plätze für die Unterbringung von neu einreisenden Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zur Verfügung gestellt werden.

Weiter zum Weg der Flüchtlinge: In Nostorf-Horst angekommen, prüft das Bundesamt den Schutzstatus und die Asylberechtigung. Grundsätzlich gilt, für die Entscheidung über einen Asylantrag ist das Einzelschicksal maßgebend. Vor der eigentlichen Prüfung des Asylantrages wird entsprechend dem Dubliner Übereinkommen zuerst geprüft, welcher Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist meistens nicht Deutschland.)

Das Dubliner Übereinkommen ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der bestimmt, welcher europäische Staat mit der Prüfung eines gestellten Asylantrages zu verantworten ist.

(Michael Andrejewski, NPD: Der laufend ignoriert wird.)

So soll die Durchführung eines Asylverfahrens garantiert und gleichzeitig verhindert werden, dass der Asylbewerber mehr als ein Verfahren betreiben kann. Wichtigste Regel für die Zuständigkeit ist: Der Staat, in dem der Asylbewerber nachweislich zuerst eingereist ist, muss das Asylverfahren durchführen.

(Michael Andrejewski, NPD: Warum ist das nicht so?)

Das Dubliner Übereinkommen trat am 1. September 1997 in Kraft und ist in der EU zwischenzeitlich durch Dublin II und Dublin III ersetzt worden. Ist Deutschland zuständig, beginnt das Asylverfahren mit der Anhörung. Ist ein anderer Staat zuständig, werden die Asylbewerber nach einem entsprechenden Bescheid von Deutschland aus in den zuständigen Staat zurücküberstellt. Dieser Staat muss dieser Überstellung zustimmen.

(Michael Andrejewski, NPD: Oder auch nicht.)

Die Asylbewerber können Gründe anführen, die gegen eine Überstellung sprechen, und Rechtsmittel einlegen. Kommt nach Abschluss eines Asylverfahrens die Zuerkennung internationalen Schutzes und die Anerkennung

als Asylberechtigter nicht in Betracht, entscheidet das Bundesamt, ob andere Abschiebungsverbote auf Grundlage des Aufenthaltsgesetzes vorliegen. Werden Flüchtlingseigenschaften, Asylberechtigungen, die Schutzwürdigkeit oder Abschiebungsverbote anerkannt, hat das unterschiedliche Auswirkungen auf Aufenthaltstitel mit Zeitdauer und Aussagen zur Niederlassungserlaubnis zur Folge.

(Tino Müller, NPD: Was hat das mit dem Antrag zu tun?)

Jede Entscheidung ergeht schriftlich und wird begründet. Ergeht ein ablehnender Bescheid, ist dieser mit einer Ausreiseaufforderung und einer Abschiebungsandrohung verbunden. Die Antragsteller sind verpflichtet auszureisen. Kommen sie dem nicht nach, erfolgt die Abschiebung. Ist die Abschiebung nicht möglich, kann eine Duldung oder eine Aufenthaltserlaubnis ausgesprochen werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Da gibt es viele Tricks.)

Es besteht immer die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen. In einzelnen Fällen kann ein Härtefallersuchen gestellt werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, wenn man krank wird.)

Ich zitiere aus den Informationen zum entsprechenden Härtefallkommissionsverfahren: „Die Härtefallkommission ist ein von der Landesregierung eingerichtetes behördenunabhängiges achtköpfiges Gremium aus dem Bereich der Kirchen, der Flüchtlingsorganisationen, der Wohlfahrtsverbände.“

(Michael Andrejewski, NPD: Da ist jeder ein Härtefall.)

„der kreisfreien Städte und Landkreise sowie der Landesregierung.“ Zitatende. Härtefallersuchen werden ausschließlich an die Mitglieder oder die Geschäftsstelle der Kommission gestellt. Hier wird dann geprüft, ob dringende humanitäre oder persönliche Gründe vorliegen, die eine weitere Anwesenheit im Land rechtfertigen.

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – so, wie es auch der Flüchtlingsrat tut – für unser Land einen generellen Winterabschiebestopp. Bis zur Mitteilung des Innenministeriums, dass es diesen für 2014 nicht geben wird, hatten Sie eventuell auf die Erfahrungen der letzten Jahre vertraut, in denen der zuständige Minister eine solche Maßnahme für Mecklenburg-Vorpommern vor der letzten Landtagssitzung verkündet hatte.

Wir haben der Dringlichkeit des Antrages, den wir heute ablehnen werden, zugestimmt, um auf sachlicher Grundlage unsere diesbezüglichen Auffassungen zu begründen. In diesem Jahr würde eine Aussetzung der Abschiebung einer Vereinbarung des Bundesinnenministers mit den Länderinnenministern zuwiderlaufen.

(Vincent Kokert, CDU: Und zwar aller.)

Ende Oktober hatten Bund und alle Länder erklärt, dass es vorbehaltlich unabweisbarer Härtefälle notwendig ist,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

gesetzlich bestehende Ausreisepflichten durchzusetzen. Nur dann ist es möglich, dass wirklich Berechtigte effektiven Schutz erhalten können und die große Akzeptanz

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

der Bevölkerung bei der Aufnahme von Flüchtlingen nachhaltig erhalten bleibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, die ist wichtig.)

Bund und Länder haben sich auf ein Gesamtkonzept verständigt, um die Lasten der höheren Flüchtlingszahlen gesamtstaatlich zu schultern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Der Bund stellt jeweils 500 Millionen Euro für 2015 und 2016 bereit, übernimmt künftig zum Beispiel die anfallenden Impfkosten und stellt Bundesimmobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen mietzinsfrei zur Verfügung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was haben die davon, die jetzt ausreisen müssen? Nichts!)

So werden Länder und Kommunen bei der Bewältigung der Aufgaben weiter unterstützt.

(Udo Pastörs, NPD: Toll!)

Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, dass Städte und Gemeinden mit der Aufnahme von Flüchtlingen überfordert sind.

(Michael Andrejewski, NPD: Die Akzeptanz ist doch so groß.)

Wir stimmen mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann überein,

(Vincent Kokert, CDU: Hört, hört!)

dass es bei der Frage der Rückführung nicht hauptsächlich um die Jahreszeit, sondern um die humanitären Umstände geht, die ausreisepflichtige Asylbewerber bei ihrer Rückkehr vorfinden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

In jedem Einzelfall wird verantwortungsvoll und intensiv geprüft, ob aus humanitären Gründen die Abschiebung nicht vollzogen wird. An dieser Stelle kann auch die oben beschriebene Härtefallkommission des Landes miteinbezogen werden. Wir halten diesen Weg für zielführender als die Anordnung eines generellen Winterabschiebestops in 15 Staaten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe Ihnen doch einen Kompromiss gemacht.)

Es wird keine Abschiebung geben,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Was ist denn mit Rheinland-Pfalz?  
Es gibt doch da Vorschläge!)

wenn im Einzelfall die Sicherheit der Betroffenen im Herkunftsland

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Ausnutzen, das, was möglich ist.)

nicht gegeben ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Immer  
schön ausreden lassen, Frau Kollegin!)

Wenn aber nach Abschluss eines Asylverfahrens keine Zweifel bestehen, dass eine Rückführung in sichere Verhältnisse möglich ist, oder andere Umstände vorliegen, die eine Abschiebung ermöglichen, muss diese auch durchsetzbar sein. Wir sind uns sicher, dass Recht und Gesetz in der Flüchtlings- und Asylpolitik in unserem Land verantwortungsbewusst umgesetzt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir gehen ganz fest davon aus, dass trotz hoher Belastung an keiner Stelle die Menschlichkeit verlorengeht. – Danke schön.

(Beifall vonseiten  
der Fraktionen der SPD und CDU –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut. –  
Vincent Kokert, CDU: Das haben Sie  
sehr gut auf den Punkt gebracht,  
im Vergleich zu anderen.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Kaselitz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Al-Sabty für die Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Hikmat Al-Sabty,** DIE LINKE: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Kaselitz, ich bedanke mich für Ihren Beitrag. Es hat alles gestimmt, was Sie gesagt haben, aber mit dem Thema hat es wirklich wenig zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Paragraph 60a des Aufenthaltsgesetzes hat mit seinen Punkten alles geregelt,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

das heißt auch das Verbot von Abschiebung – in Klammern: Duldung. Hätten sich unser Innenminister oder der Bundesinnenminister an diese Punkte gehalten, dann hätten wir auch einen Winterabschiebestopp. Das kann ich nicht verstehen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: An die Botschaft.)

Zu Ihrem Punkt über Herrn Kretschmann: Da bin ich gespannt, was meine Kollegin Frau Gajek nachher redet.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, nichts!)

Es geht um alle Menschen, die aus den Balkanstaaten kommen, und dass diese Balkanstaaten als sichere Staaten eingestuft werden, ist ein blanker Fehler. Das darf man nicht machen.

(Stefan Köster, NPD:  
Das muss man machen.)

Sie alle wissen, dass die Menschen, die aus diesen Staaten kommen, Diskriminierungen und sozialen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,  
und Tino Müller, NPD)

Ich komme zu meiner Rede. Von seinem Inhalt her hätte der vorliegende Antrag heute eigentlich als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen, aber ich bedanke mich bei Ihnen, liebe Herren von der Koalition, dass Sie sich vorgestern Zeit genommen haben und dass nach langen Beratungsgesprächen und langer Auszeit der Dringlichkeit zugestimmt wurde. Dafür danke ich Ihnen. Und da ich ein optimistischer Mensch bin, hoffe ich heute, dass der Antrag mit großer Mehrheit verabschiedet wird. Man darf die Hoffnung nicht aufgeben, gerade vor Weihnachten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine Fraktion stimmt dem vorliegenden Antrag zu. Nach Angaben des Flüchtlingsrates in Mecklenburg-Vorpommern würde eine entsprechende Aussetzung der Abschiebungen einige Hunderte Ausreisepflichtige in Mecklenburg-Vorpommern betreffen. Die Antwort auf eine gemeinsame Kleine Anfrage, die ich mit meinen geschätzten Kolleginnen Barbara Borchardt und Jacqueline Bernhardt am 24. Oktober mit der Drucksachennummer 6/3315 gestellt habe, war: In der ersten Jahreshälfte wurden 128 Personen zur Abschiebung und Rückübernahme angemeldet. 2013 waren es 272, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Menschen kommen aus Serbien, Herzegowina, Mazedonien und den restlichen Balkanstaaten.

Sehr verehrte Damen und Herren, die Initiative für einen Winterabschiebestopp ging bekanntermaßen von Schleswig-Holstein aus. Dafür gebührt unserem Nachbar- und Partnerbundesland Schleswig-Holstein Respekt. Eine der ersten Maßnahmen der rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen unter Bodo Ramelow war, sich dieser Initiative anzuschließen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Genau.)

Dafür bin ich persönlich dankbar und hoffe, dass dieser Beschluss Schule in allen anderen Bundesländern macht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

14 Bundesländer, darunter Mecklenburg-Vorpommern, setzen ihre Abschiebep Praxis auch in den kalten Wintermonaten fort. Dies ergab eine Umfrage des Evangelischen Pressedienstes. Ich will auf die Einzelinitiativen in den einzelnen Bundesländern nicht eingehen und sie nicht aufzählen. Es ergibt sich ein verwirrtes und kompli-

ziertes Bild. Bei diesem Thema geht es aber nicht um parteipolitische Farbenlehre, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht um Menschen, es geht um Humanität.

Auf den mutigen Schritt des Landes Schleswig-Holstein folgte eine scharfe Antwort, ein Brandbrief von unserem Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Eine Kopie liegt sicher auch bei Herrn Caffier. Genau deshalb bedarf es des heutigen Antrages. Und genau deshalb habe ich vorgestern in einer Presseerklärung unseren Innenminister angesprochen. Ich habe ihn aufgefordert, im Rahmen der Innenministerkonferenz in Köln eine Position diesbezüglich zu beziehen.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich bin kein Jurist. Nach meinem Verständnis kann auch ein Bundesinnenminister den Paragraphen 60a des Aufenthaltsgesetzes nicht außer Kraft setzen. Und wenn es auf dem Sondertreffen Mitte Oktober in Berlin eine Verabredung gab, Ermessensspielräume konsequent auszuschöpfen, um abzuschieben, dann ist der vorliegende Antrag wichtiger denn je.

Wenn es um Humanität geht, dann sollte sich die Politik nicht hinter der Verwaltung verstecken. Wenn es um Menschen geht, dann sollten wir nicht auf Ermessensspielräume vertrauen. Der Landtag sollte die Verantwortung übernehmen. Darauf zielt der vorliegende Antrag.

Eine abschließende Bemerkung: Dies ist heute die vorletzte Abstimmung des Landtages vor Weihnachten. „Winterabschiebestopp“ passt wirklich nicht zur Weihnachtszeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort ist ein technokratisches Wort. Vielleicht passen eher „Wintermärchen“ oder „Wintertraum“. Wir haben vor wenigen Wochen der Maueröffnung vor 25 Jahren gedacht. Begonnen hatte dies nicht zuletzt mit der Flucht vieler deutscher Mitbürgerinnen und Mitbürger in ausländische Botschaften.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:  
Politische Flüchtlinge.)

Jeder hat die Worte des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher in den Ohren und die Bilder vor Augen: „Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“ – der Rest ging in einem Freudenjubiläum unter. Warum sage ich Ihnen das, liebe Kolleginnen und Kollegen? Eine solche Botschaft würde uns heute guttun, denn es geht um ausländische Menschen, die in Not sind, und es geht um Humanität. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Dr. Al-Sabty.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ringguth für die Fraktion der CDU.

**Wolf-Dieter Ringguth, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ – so steht es in Artikel 16a Absatz 1 des Grundgesetzes. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ – das sind ganze vier Worte. Zusammen mit Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention ist das aber die Grundlage für das Asylrecht in Deutschland.

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ – in diesen vier Worten steckt das Recht auf Schutz vor Gefahr und Verfolgung, das Recht auf einen Zufluchtsort, das Recht auf eine Unterkunft, auf ein Obdach. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ – in diesen vier Worten steckt viel mehr. Es stecken auch die Mahnung und die Verantwortung dahinter, denn Deutschland hat diesen Satz in sein Grundgesetz geschrieben, weil im Dritten Reich Zigttausend Menschen in Deutschland politisch verfolgt und ermordet wurden. Damit hat sich Deutschland und damit haben sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes ganz klar dazu bekannt, dass jeder einzelne Mensch, der politisch verfolgt wird, einen absoluten Anspruch auf Schutz hat.

(Michael Andrejewski, NPD:  
Aber nicht die, die das vortäuschen.)

Deswegen wird auch in Deutschland ganz genau geprüft, ob dem Asylsuchenden ein solcher grundgesetzlich zugesicherter Anspruch auf Schutz zusteht. Deutsche Behörden prüfen, ob ein Asylbewerber in seinem Heimatland tatsächlich unter politischer Verfolgung leiden musste. Die Behörde muss ihre Entscheidung im Übrigen in jedem Einzelfall schriftlich begründen und nur, wenn es keine Anhaltspunkte für eine politische Verfolgung gibt, hat der Asylsuchende auch keinen unmittelbaren Schutzanspruch.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in der jetzigen Situation, wo die Not und die Verfolgung in einigen Ländern so groß sind, wo es um Vergewaltigung, Mord und Genozid geht und wo die Fratze des Krieges sozusagen bei jeder abendlichen Nachrichtensendung zu uns nach Hause in die Wohnzimmer kommt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

da müssen wir doch die Hilfe auf die wirklich Schutzbedürftigen konzentrieren.

Bereits Mitte Oktober – das hat meine Kollegin Kaselitz schon gesagt – haben sich die Innenminister der Länder in Berlin getroffen und eine entsprechende Vereinbarung miteinander getroffen, die vorsieht, dass bestehende Ausreisepflichten konsequent umgesetzt werden müssen. Alle Innenminister – das waren alle, übrigens auch die aus den Landesregierungen mit GRÜNEN-Beteiligung – waren sich bei diesem Sondertreffen einig, dass bestehende Ausreisepflichten durchzusetzen sind, natürlich – und das will ich noch mal genauso klar sagen, wie es meine Kollegin Kaselitz getan hat – immer mit Ausnahme von allen Härtefällen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

damit wirklich Schutzberechtigte schnell ihren Aufenthaltsstatus in Deutschland bekommen können,

(Michael Andrejewski, NPD:  
Jeder ist ein Härtefall.)

damit die große Akzeptanz der Bevölkerung bei der Aufnahme von Flüchtlingen auch erhalten bleibt. Das ist unglaublich wichtig, dass die Gesellschaft dabei bleibt, dass sie sich nicht entsolidarisiert.

(Udo Pastörs, NPD: Hm! –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und weil das so wichtig ist, ist diese Vereinbarung auch Grundlage aller Gespräche gewesen, die zum Beispiel auf der Ebene der Chefs des Bundeskanzleramtes und der Chefs der Staatskanzleien aller Länder zu diesem Thema stattgefunden haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, diese bekannte Vereinbarung und die Tatsache, dass auch in diesem Jahr der Dezember wieder in die Winterzeit fällt,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

hätte Sie eigentlich darauf bringen können, den Antrag ganz normal in das Verfahren zu bringen.

(Zurufe von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Michael Andrejewski, NPD)

Es hätte eines Dringlichkeitsantrages in keiner Weise bedurft. Dennoch – das hat mein Kollege Al-Sabty gesagt –

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

haben wir uns wirklich gemeinsam mit den Kollegen in der Koalition beraten und wir haben gesagt, ja, wir werden die Dringlichkeit anerkennen und wir werden heute über diesen Antrag sprechen.

Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat eines der humansten Asylgesetze der Welt. Das gesamte Verfahren unterliegt streng gesetzlichen Regelungen und das Verfahren ist eines der am besten und auch am meisten gerichtlich überprüften Verwaltungsverfahren in Deutschland.

(Michael Andrejewski, NPD:  
Und auch am längsten.)

Bis also wirklich ein Asylbewerber aus Deutschland ausgewiesen wird, ist eine Reihe von Maßnahmen gelaufen. Mehrere Gerichte haben sich dann mit dem Fall beschäftigt und ihn intensiv geprüft.

(Michael Andrejewski, NPD:  
Da sind Jahre vergangen.)

Des Weiteren möchte ich feststellen, dass wir beim Asylrecht über Bundesrecht reden. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat dort nur in geringen Teilbereichen ein eigenes Handlungsermessen, einen Paragraphen haben Sie angesprochen, Kollege Al-Sabty.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na, ich auch! Ich habe einen Vorschlag gemacht, 60a, aber darauf geht leider keiner ein.)

Die Härtefallkommission ist eine solche Möglichkeit – Kollegin Kaselitz, Sie haben im Detail dazu gesprochen. Ich will nur noch einmal sagen, dass sie ein politisch gewolltes und ein legitimes Gremium ist, welches ein Bleiberecht auch dann ermöglichen kann, wenn eigentlich kein rechtlicher Anspruch mehr darauf besteht, in Deutschland bleiben zu können.

Auf Bundesebene wurde erst kürzlich eine Regelung auf den Weg gebracht, die zukünftig ein Aufenthaltsrecht allein aufgrund einer bestimmten Aufenthaltsdauer im

Bundesgebiet gewähren soll. Ich möchte – und das ist mir, das ist den Kollegen meiner Fraktion ganz wichtig – ausdrücklich jedem Anschein entgegenwirken, dass das Asylrecht in Deutschland oder gar in Mecklenburg-Vorpommern in irgendeiner Weise inhuman ist. Aber die konsequente Rückführung von ausreisepflichtigen Asylbewerbern, also von Asylsuchenden, die nach gründlicher Überprüfung der Sachlage und der Rechtslage keinen Anspruch auf Bleiberecht haben – aus welchen Gründen auch immer –, ist doch aber notwendig, und zwar notwendig, um den Menschen Schutz gewähren zu können, die diesen Schutz wirklich so dringend brauchen.

In Ländern und Kommunen sind die Unterbringungsmöglichkeiten nun einmal begrenzt. In den vergangenen Wochen und Monaten ist die Anzahl der Asylbewerber extrem gestiegen, dramatisch gestiegen, eben wegen der Kriegsereignisse. Auch deshalb gibt es vonseiten des Bundes verschiedene Maßnahmen, um die Länder und Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Aber doch nicht in M-V. Das ist doch nicht die gleiche Situation wie bei anderen.)

Dazu zählt beispielsweise die Ende November vereinbarte finanzielle Unterstützung von, Werte Kollegin,

(Zuruf von Silke Gajek,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

immerhin 1 Milliarde Euro.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Da kriegen wir den Königsteiner Schlüssel.)

Im Gegenzug müssen die Länder aber nachvollziehbar den ausreisepflichtigen Asylbewerber konsequent ausweisen und die Belastungen der Kommunen müssen so gehalten werden, dass die Kommunen sie auch noch zu leisten imstande sind.

Aufgrund dieser Situation in Bund und Ländern haben sich die Chefs der Staatskanzleien, und zwar aller Bundesländer, also auch die Chefs der Staatskanzleien zum Beispiel von Schleswig-Holstein und Thüringen, auch von Mecklenburg-Vorpommern, beraten

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Na, da war es, glaube ich, noch ein anderer.)

und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Länder die Herausforderungen im Asylbereich engagiert annehmen müssen.

Im Übrigen ist dabei – und das betone ich noch mal – immer Konsens, dass in begründeten Härtefällen auch Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten ein Bleiberecht gewährt wird, auch ein Mittel unseres Asylrechts: die Härtefallprüfung in jedem Einzelfall.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das hat schon meine Kollegin Kaselitz gesagt: in jedem Einzelfall. Das ist wichtig. Und zwar wird in jedem Einzelfall geprüft, ob es besondere Härten gibt, die eine Abschiebung aus vielerlei Gründen unmöglich machen. Das können neben personenbezogenen Gründen eben auch

konkrete Hinweise auf zum Beispiel jahreszeitlich bedingte Extrembedingungen vor Ort sein.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dann wird nicht abgeschoben, um das klarzustellen.

(Vincent Kokert, CDU: So ist es.)

Dann wird nicht abgeschoben. Auch die Ausländerbehörden prüfen mit höchster Sensibilität – sie sind dazu noch mal angewiesen –, sie prüfen mit höchster Sensibilität, ob dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder öffentliches Interesse einer Abschiebung im Einzelfall entgegenstehen. Diese Verfahrensweise hat sich in den letzten Jahren in allen Bundesländern bewährt und nach derzeitigem Erkenntnisstand gibt es keine Veranlassung, von dieser Praxis abzuweichen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal ausdrücklich feststellen: Wir brauchen jeden, wir brauchen jeden verfügbaren Platz, um zum Beispiel syrische und irakische Kriegsflüchtlinge ...

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:  
Bei Ihnen zum Beispiel.)

Herr Pastörs, da können Sie lachen.

(Udo Pastörs, NPD:  
Nehmen Sie drei bis vier auf?)

Sie zeigen damit nur Ihre ekelhafte Fratze, die Fratze des Nationalsozialismus,

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

wenn Sie sich in dieser Art und Weise hier gerieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nämlich – und das müssen wir sagen – es geht um schwerstraumatisierte Familien,

(Udo Pastörs, NPD:  
Dann nehmen Sie sie auf!)

um Menschen, die Kriegserlebnisse unmittelbar hinter sich haben,

(Michael Andrejewski, NPD: Gehen Sie voran!)

für die wir da sein müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Und wir können nicht jedem undifferenziert die gleiche Hilfe gewähren. Dazu sind wir nicht in der Lage, das würde auch unser Sozialsystem sprengen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Nicht in Mecklenburg-Vorpommern. –  
Vincent Kokert, CDU: Jaja.)

Deshalb wurden die Asylregelungen ja auch geschaffen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Erschwert.)

Wir haben zu sondieren, welche Menschen wirklich hilfebedürftig sind. „Politisch Verfolgte genießen“ – ich sage es noch mal – „Asylrecht.“ Und diese Menschen erhalten auch den Schutz, den das Grundgesetz vorgesehen hat.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Und die anderen nicht?)

Allein vom Januar bis zum November dieses Jahres haben bundesweit 34.144 Syrer und 4.754 Iraker einen Asylantrag gestellt. Und die sind alle, meine Damen und Herren, alle schutzbedürftig.

Meine Damen und Herren, in Syrien, im Irak und in vielen anderen nordafrikanischen Staaten sehen wir jeden Tag große Not.

(Udo Pastörs, NPD: Tja, und was für eine! Wer hat die denn verursacht?)

Dort muss vordringlich geholfen werden. Für einen pauschalen Abschiebestopp sehe ich deshalb – wie meine Fraktion auch – keinen Grund.

(Stefan Köster, NPD: Ihre US-amerikanischen  
Freunde sind dafür verantwortlich.)

Und es gibt immer noch die Möglichkeit, im Einzelfall bei Härten die Abschiebung auszusetzen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Dann tun Sie alles, dass das umgesetzt wird!)

Ich denke, das ist ein guter Weg, den uns die bisherige Gesetzgebung und die Rechtsprechung ausdrücklich an die Hand gegeben haben. Dieser sollte auch konsequent vom Innenministerium bei uns in Mecklenburg-Vorpommern weiter angewandt werden. Ich persönlich finde es weitaus wichtiger, den Menschen Hilfe zu gewähren, die sie in diesem Augenblick auch wirklich dringend benötigen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Das brauchen die anderen auch.)

Mecklenburg-Vorpommern sollte deshalb auch weiterhin eine vernünftige und eine gerechte Asyl- und Flüchtlingspolitik betreiben und den Kriegsflüchtlingen und den politisch Verfolgten den Schutz gewähren, den die Menschen benötigen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Ringuth.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

(Patrick Dahlemann, SPD: Jetzt  
kommt die Weihnachtsansprache.)

**Udo Pastörs,** NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass es nicht übertrieben ist, wenn ich hier sage, dass die GRÜNEN im Verbund mit den LINKEN die größten Lobbyisten für Asylbetrüger in Deutschland sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Die Zahl und die Flut der Anträge allein in diesem Jahr in diesem sogenannten Hohen Hause, die sich ausschließlich mit der Besserstellung der Fremden in unserem Land beschäftigen, weisen dies eindeutig aus.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Pastörs, ich muss Sie kurz unterbrechen.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Pastörs, ich muss Sie kurz unterbrechen. Sie befinden sich im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, im höchsten Gremium des Volkes hier in Mecklenburg-Vorpommern.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich vom Rednerpult ab und spricht die Präsidentin an.)

Es geht nicht darum, was Sie hier hochgehalten haben, es geht darum, dass das kein „sogenanntes“ Hohes Haus ist, das ist das Hohe Haus. Und jetzt können Sie fortfahren.

(Stefan Köster, NPD: Wo steht denn das festgeschrieben?)

**Udo Pastörs, NPD:** Die gesamten Anträge der LINKEN, aber ganz besonders der GRÜNEN beschäftigen sich mit einer sogenannten Verbesserung der Situation von Asylanten und Flüchtlingen in unserem Land – weit über das hinaus,

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: „Asylbewerber“ heißt das.)

weit über das hinaus, was der gesetzliche Rahmen hergibt, und der gibt nach unserer Auffassung schon viel zu viel her. Ich will Ihnen das an ein paar Beispielen erläutern auf der Grundlage dessen, was vorhin in erster Linie von Frau Gajek ausgeführt worden ist, aber auch, was der Herr Al-Sabty noch dazu beitragen konnte.

Das Erste ist, wir haben gehört, dass in Afghanistan mehr als ein Drittel der Kinder hungert. Wer hat denn dort die Demokratie eingeführt und verteidigt?

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Es war vorher nicht so. Das waren doch Ihre Bündnispartner, das waren doch die Soldaten der Bundeswehr, die dort aufgetaucht sind als Söldner der US-Amerikaner,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das haben die Soldaten der Bundeswehr nicht nötig, Herr Köster.)

die bis heute noch Massenmorde anrichten,

(Stefan Köster, NPD: Ursache und Wirkung.)

indem sie die zivile Bevölkerung terrorisieren, mit Drohnen bekämpfen und das als Freiheitskampf verkaufen.

(Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Die Auswirkungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollen wir dann finanzieren. Die Amerikaner nehmen keine auf, wir nehmen massiv auf hier in Deutschland.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und das ist gut so. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig so. – Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Wir nehmen die meisten Flüchtlinge und Asylanten auf. Das ist der erste Punkt.

Und wenn Sie von 40 Millionen Flüchtlingen auf der Flucht sprechen, ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flüchtlinge auf der Flucht?!)

Flüchtlinge auf der Flucht, ja, Flüchtlinge auf der Flucht.

... im Ausland und unterwegs in fremde Länder, dann muss man ganz klar sagen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die kommen alle hierher.)

dann rechnen Sie doch noch die 300 Millionen dazu, die auf gepackten Koffern sitzen, nicht etwa, dass sie verfolgt werden, sondern weil die ganz einfach raus wollen aus ihren Ländern – Pakistan, Indien zum Teil –,

(Patrick Dahlemann, SPD: Pakistan. – Martina Tegtmeier, SPD: Die kommen jetzt alle nach Mecklenburg-Vorpommern.)

um bessere wirtschaftliche Grundlagen vorzufinden als in ihren Ländern.

Wir haben hier in Europa Tausend Jahre gebraucht: harte Arbeit,

(Patrick Dahlemann, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD: „Wir“ vor allem.)

wir haben in Europa gegeneinander Krieg geführt,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

wir haben eine Infrastruktur, wir haben wirtschaftliche Verhältnisse und soziale Verhältnisse geschaffen,

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Das musst du gerade sagen.)

die Sie nicht bereit sind, gegen eine Überfremdung aus dem Ausland zu schützen, obwohl Sie genau wissen, dass 98 Prozent derjenigen, die in unser Land hinein wollen, nach Europa wollen, ante portas stehen, betrügerische Absichten verfolgen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist eine Lüge!)

weil sie eben nicht politisch verfolgt werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch eine Lüge!)



Das ist die Wahrheit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Und ich sage Ihnen auch zu Ihrem Antrag, was wir wollen. Was wollen wir? Wir wollen, dass konsequent,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Alle abgeschoben werden.)

konsequent geltendes Recht exekutiert wird, das heißt, dass alle, die hier Asyl begehren und man ihnen nachgewiesen hat, dass sie gar keinen Anspruch darauf haben, umgehend unsere Heimat zu verlassen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Und was wollen wir noch? Wir wollen ganz einfach für die Zukunft die Abschaffung des jetzigen Grundrechtes auf Asyl für jedermann aus der ganzen Welt und einen Ersatz durch eine andere Regelung, die unserer Leistungsfähigkeit entspricht und die unser Volk dann auch mehrheitlich mittragen will. Denn das, was Sie den Deutschen in den nächsten Jahren aufzwingen wollen, und das, was Sie ihnen schon aufgezwungen haben, besonders in den westlichen Provinzen, das wird Ihnen um die Ohren fliegen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und das sagt einer, in dessen Adern Hugenottenblut fließt! Oh, ich glaub das nicht, mein Gott!)

Und das ist auch gut so.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Pastörs, ich mache Sie noch mal darauf aufmerksam, dass wir uns in der Bundesrepublik Deutschland befinden, in Mecklenburg-Vorpommern, im Landtag.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Seine Vorfahren sind selbst mal  
geflohen vor Mord und Totschlag.)

Wir haben in dieser Bundesrepublik Länder,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Mann, oh Mann, das ist ja ekelhaft!)

die sich zur Bundesrepublik Deutschland zusammengeslossen haben. Wir sind also nicht mehr vor 1945. Daran wollte ich nur noch mal erinnern.

(Stefan Köster, NPD: Danke für die Erinnerung.)

**Udo Pastörs, NPD:** Vielen Dank, dass Sie mich wieder in die Realität zurückgeholt haben, gnädige Frau.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zuruf von Patrick Dahleemann, SPD)

das Grundrecht auf Asyl ist dringend reformbedürftig. Aber bevor es soweit ist und das Volk das erzwingen wird, haben wir natürlich noch einiges auf dem Zettel, was wir wollen. Wir wollen zum Beispiel, dass die Richterstellen ganz massiv aufgestockt werden, dass man

innerhalb – ähnlich wie in der Schweiz – von 14 Tagen, spätestens sechs Wochen, eine Entscheidung fällt und diese dann auch exekutiert wird.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN: Rote Lampe!)

Wir werden selbstverständlich so einem Selbstmordantrag für unser deutsches Volk nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –  
Stefanie Drese, SPD: Oh Gott, nee! –  
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, Gott!  
Was für ein Schwachsinn!)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete und Vizepräsidentin Gajek für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Stefan Köster, NPD: Jetzt kommt uns die  
Tränenwelle gleich wieder entgegengeflossen. –  
Die Abgeordnete Silke Gajek spricht  
bei abgeschaltetem Mikrofon. –  
Zurufe aus dem Plenum: Mikro!)

Oh, Entschuldigung!

**Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte unter den demokratischen Fraktionen hat gezeigt, dass gerade SPD und CDU es sich nicht leicht machen. Das hat auch die Auszeit gestern gezeigt. Der Antrag, den wir gestellt haben, hat den Hintergrund, dass Schleswig-Holstein mit einem SPD-Ministerpräsidenten den Mut hat – er hat im Oktober anders gestimmt – zu sagen, es war möglicherweise eine Entscheidung, deren Reichweite wir nicht haben sehen können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist mutig.)

Ich finde schon, dass es mutig ist.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Jetzt mit Thüringen zu kommen, wenn die Staatssekretäre oder die Chefs der Staatskanzleien zu Ende diskutiert haben, dann möchte ich daran erinnern, dass es zu dieser Zeit noch eine andere Regierung war als die, die letzte Woche ihren Dienst angetreten hat. Von daher hinkt dieser Vergleich, Thüringen jetzt mit reinzunehmen.

Aber lassen Sie mich noch ein paar Ausführungen machen

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und insbesondere möchte ich ein paar Zahlen nennen, um zu zeigen, dass es ein Akt der Humanität ist, den Winterabschiebestopp einzusetzen. Ich fordere ja nicht den generellen Abschiebestopp.

(Udo Pastörs, NPD: Auf der  
Südhalbkugel ist es sehr warm.)

Auf das Thema „Herrn Kretschmann“ würde ich auch ganz gerne kommen. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Debatte, die wir hier geführt haben. Nach wie vor halte ich die Entscheidung, die Ministerpräsident

Kretschmann seinerzeit zu den sicheren Herkunftsländern getätigt hat, für verkehrt.

(Stefan Köster, NPD: Die war ausnahmsweise mal richtig.)

Meine Fraktion tut es auch und der Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tut das auch.

(Vincent Kokert, CDU: Kretschmann ist bestimmt tiefraurig.)

Von daher ist so ein Antrag nur folgerichtig und wir möchten Sie ermutigen, insbesondere den Ministerpräsidenten, hier Gesicht, Flagge und Stimme zu zeigen und zu sagen, ein Winterabschiebestopp, gerade in die Länder, ist ein Akt der Humanität. Da möchte ich Sie ermutigen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ach so, ich werde eine namentliche Abstimmung beantragen, bevor ich das noch vergesse.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gerne, gerne!)

Also ich beantrage eine namentliche Abstimmung.

(Vincent Kokert, CDU: Das überrascht uns jetzt wirklich.)

Ich möchte jetzt noch ein paar Zahlen vorstellen. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat am 8. Dezember 2014 einen „Faktencheck zur Einwanderung“ veröffentlicht. Zu den aus Syrien Geflüchteten findet man dort folgende Angaben: Durch den Krieg sind 2,8 Millionen Menschen Flüchtlinge. 6,5 Millionen wurden innerhalb Syriens vertrieben. Nur vier Prozent der Geflüchteten haben Zuflucht in Europa gesucht. In den Libanon sind fast zehnmal so viele Menschen geflohen. In Bayern kommt ein Flüchtling auf 305 Einwohner.

(Udo Pastörs, NPD: Das lässt sich noch steigern.)

In Jordanien ist das Verhältnis 1 : 11, bei uns ist das Verhältnis sicher wesentlich höher. Von daher, Herr Ringguth, kann ich Ihre Einschätzung, das Maß ist dann irgendwann voll, nicht teilen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Nee?!)

sondern wir leben

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat er auch nicht gesagt.)

in Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat er auch nicht gesagt.)

Aber das war eine ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bleiben Sie auch bei so einer schwierigen Debatte bei den Tatsachen! Das wäre schön.)

Ich habe das mitgeschrieben.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, Sie schreiben öfter was mit. Das heißt noch lange nicht, dass es stimmt.)

Na, mal gucken. Aber Herr Caffier, glaube ich, hatte sich gestern auch wieder sehr zweideutig geäußert.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Aber ich möchte jetzt gerne mit den Zahlen weitermachen. Betrachtet man die Anerkennungsquoten im europäischen Vergleich, so ergibt sich Folgendes: Deutschland gewährte 2012 insgesamt 17.114 Menschen Schutz, Schweden 9.000, Frankreich 8.645 und Italien 8.480. Wenn man diese Zahlen auf die Bevölkerungsgröße umrechnet, fallen die großen Mitgliedsstaaten weit zurück.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was hat das mit dem Antrag zu tun?)

Dann liegen Schweden, die Schweiz, Belgien und Österreich vorne.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was hat das mit dem Antrag zu tun?)

Ich möchte einfach mal eine Relation darstellen, weil hier schon gesamtpolitisch diskutiert wurde.

(Udo Pastörs, NPD: Das hat doch mit dem Antrag nichts zu tun.)

Eine weitere Zahl: Nach aktuellen Statistiken des UNHCR befinden sich im Moment mehr als 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg sind es so viele. Bei 33,3 Millionen handelt es sich um Binnenvertriebene, also Menschen, die innerhalb ihrer eigenen Länder auf der Flucht sind.

(Udo Pastörs, NPD: Tja!)

Ich finde gerade das, was Herr Albig in Schleswig-Holstein macht, was Rheinland-Pfalz als Kompromiss hat, was Thüringen zukünftig machen wird, würde Mecklenburg-Vorpommern gut zu Gesicht stehen. Der Innenminister – und das ärgert mich mittlerweile, Herr Dr. Nieszery – vermittelt in der Zeitung häufig – wie sage ich das jetzt –,

(Udo Pastörs, NPD: Na?)

dass sozusagen so sehr viele Flüchtlinge nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, dass es mittlerweile gefährlich wird. Diese Aussagen ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tut er nicht.)

Doch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da möchte ich den Innenminister ausdrücklich in Schutz nehmen.)

Er hat sich gestern wieder positioniert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tut er nicht. Er reagiert auf andere Sachen anders als wir. Aber das hat er nicht gesagt. Das dürfen Sie ihm auch nicht unterstellen, Frau Gajek! Das ist unfair.)

Nein, Herr Nieszery! Er hatte gestern wieder eine Mitteilung gemacht, die ist zweideutig zu lesen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und er positioniert sich nicht eindeutig dazu.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist Quatsch, dass er das sagt. Bleiben Sie einfach bei der Wahrheit, Frau Gajek! Machen Sie sich einen Zettel und schreiben Sie auf, was Sie sagen wollen! Das ist besser.)

Er hat hier gestern wieder herumgetönt und ich finde das mittlerweile einfach unmöglich.

(allgemeine Unruhe –  
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Was  
hat er denn hier herumgetönt? –  
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Er hat die Zeitung genutzt. Er gibt sich ja nicht mal ...

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ja, er hat irgendwas gesagt, das man mal wieder doppeideutig verstehen kann.

(allgemeine Unruhe)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Mann, Mann, Mann! –  
Vincent Kokert, CDU:  
Oh Gott, oh Gott, oh Gott!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte doch, die Emotionen zu diesem

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Also wirklich.)

sicherlich emotionsgeladenem Thema in der Debatte etwas herunterzufahren. Frau Gajek hat das Wort und, wie gesagt, die Fraktionen haben noch Redezeit.

(Minister Harry Glawe: Es ist ja bloß  
die Frage, wer hier die Unruhe auslöst.)

Wer meint, dass er sich hier noch mal äußern muss, kann das Recht nutzen. Das hat Herr Ritter auch signalisiert, dass er dazu noch sprechen möchte. Also bitte.

**Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Fakt ist, dass unser Innenminister gemäß Paragraf 60a Aufenthaltsrecht aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anordnen könnte, dass die Abschiebung von Ausländerinnen und Ausländern aus bestimmten Staaten oder von ihr in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen

(Udo Pastörs, NPD: Das haben  
Sie doch schon vorgelesen heute.)

allgemein oder in bestimmte Staaten

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

für längstens sechs Monate ausgesetzt werden könnte. Der Innenminister hat bis heute nicht einmal signalisiert, dass er von dieser Regelung Gebrauch machen wird. Und genau das kritisiere ich.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Er nutzt seinen Spielraum nicht aus

(Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

und das ist politisches Handeln. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag und, wie ich schon mal sagte, namentliche Abstimmung. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
Simone Oldenburg, DIE LINKE)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Gajek.

Herr Ritter, Sie haben das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

**Peter Ritter, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eben die Gelegenheit genutzt, um den von meinem Kollegen Al-Sabty bereits zitierten Brief des Bundesinnenministers an den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein zu lesen, nachrichtlich an alle Länderinnenminister. Ich muss Ihnen sagen, mir fehlen ehrlich gesagt die Worte.

(Martina Tegtmeier, SPD: Das glaub ich nicht. –  
Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Da droht der Bundesinnenminister dem Landesinnenminister – ich will das vorsichtig beschreiben – mit drastischen Worten, und das in einer Frage, wo man auf solche Wortwahl eigentlich verzichten sollte. Wenn man sich dann den einen oder anderen Redebeitrag noch mal verinnerlicht, kann man das auf die Botschaft zusammenfassen, so, wie man es auch bei dem Brief von Herrn Bundesinnenminister de Maizière an die Länder machen könnte: Schiebt ab, dann gibts Geld. Das ist sicherlich verkürzt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bisschen.)

aber auch das war an der einen oder anderen Stelle hier in den Reden zu hören.

(Stefan Köster, NPD: Das ist ein Anfang.)

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass vor allen Dingen die Kolleginnen und Kollegen der sozialdemokratischen Fraktionen sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht haben. Wir haben in unserer gemeinsamen Regierungszeit Handlungsspielräume ausgenutzt, indem wir nach langen Diskussionen ein Abschiebestopp für in Mecklenburg-Vorpommern lebende Togolessinnen und Togolesen durchgesetzt haben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber genau dieses Beispiel zeigt, dass es solche Landesspielräume gibt, wenn man sich im Interesse der Betroffenen auf eine politische Linie einigen kann.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:  
Damals hatten wir aber auch keine  
Flüchtlingsströme. Das wissen Sie.)

Das ist sicherlich hier im akuten Fall, den wir gerade bereden, anders.

Ich will noch einmal auf das Stichwort „Geld“ zurückkommen. Es sind hier Zahlen genannt worden, die jetzt von der Bundesebene den Ländern unter bestimmten Voraussetzungen zur Verfügung gestellt werden. Und der Brief des Bundesinnenministers an Schleswig-Holstein sagt, ihr verlasst diesen Konsens und dann müssen wir mal gucken. Auch der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow ist gefragt worden, was denn der Winterabschiebestopp kostet, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Ministerpräsident des Landes Thüringen hat geantwortet: Etwas mehr Menschlichkeit.

(Udo Pastörs, NPD: Toll!)

Diese Botschaft sollten wir vor der Abstimmung noch mal verinnerlichen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Udo Pastörs, NPD: Toll!)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Ich schließe die Aussprache.

(Udo Pastörs, NPD: Wenn man so  
Politik machen will, ohne Kassenlage.)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zu Ihrem Antrag auf Drucksache 6/3544 gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr die Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung  
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat und das tun möchte? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Wir unterbrechen die Sitzung kurz für zwei Minuten.

**Unterbrechung: 14.04 Uhr**

**Wiederbeginn: 14.07 Uhr**

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis bekanntgeben. An der Abstimmung haben insgesamt 61 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 23 Abgeordnete, mit Nein stimmten 38 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3544 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt 2:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Bahnbetrieb der abbestellten Teilstrecke der Südbahn durch den Kreis Ludwigslust-Parchim ermöglichen, auf Drucksache 6/3567.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE  
Bahnbetrieb der abbestellten  
Teilstrecke der Südbahn durch den  
Kreis Ludwigslust-Parchim ermöglichen  
– Drucksache 6/3567 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke für die Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch mit einem Dank beginnen dafür, dass Sie der Dringlichkeit dieses Antrages zugestimmt haben und er heute auf der Tagesordnung steht. Ich verbinde damit aber auch gleich die Hoffnung, dass wir im Interesse der vielen Bürgerinnen und Bürger heute ein Stück weiterkommen, in ihrem Sinne natürlich.

Der Landtag kann heute die Vorarbeit leisten, die der Kreistag Ludwigslust-Parchim für seine Entscheidung in der kommenden Woche braucht. An den Gründen, weshalb wir nach wie vor für den Erhalt der gesamten Südbahn streiten, hat sich für uns nichts geändert. Meine Fraktion will gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel als Ziel in der Landesverfassung verankern. Dann unterlägen solche weitreichenden Entscheidungen wie der Erhalt der Südbahn in Gänze oder die etappenweise Aufgabe der Prüfung, ob es diesem Ziel dient oder schadet. Dann würde nach unserer Auffassung ein Gutachten, das schlechte Rentabilität bescheinigt, auch nicht ausreichen. Dann würde nach unserer Auffassung die Antwort sehr viel leichter sein. Sie kann aus unserer Sicht nur heißen: Ja, wir brauchen die Südbahn, um die Fläche nicht weiter zu schwächen und die südlichen Regionen Mecklenburgs nicht abzuhängen.

Wir haben reichlich Erfahrungen mit der Abbestellung von Strecken, auch jetzt. Der Schienenersatzverkehr für die abbestellte Teilstrecke der Südbahn hat noch nicht mal begonnen, wir wissen aber, dass die Fahrzeit für das Teilstück doppelt so lang sein wird wie die Bahnfahrzeit. Hinzu kommt noch das lästige Umsteigen. Es ist ein schlechteres Angebot. Wer das nicht sehen will, hat Scheuklappen, meine Damen und Herren. Ich will hier nicht die ganzen Argumente nochmals aufführen, die in diesem Hohen Hause von uns und von anderen mehrfach hervorgehoben worden sind. Nur eins noch: Die Bahnlinie, die dann nicht mehr durchgehend vom Osten in den Westen des Landes führt, wird dadurch immer weniger attraktiv. Ich bin gespannt, wann wir dann das nächste Stück abbestellen.

Angesichts des Landtagsbeschlusses zur Energiewende im Verkehrsbereich, eingebracht von den Koalitionsfraktionen, des immer wieder wie ein Mantra vor sich herge-

tragenen Wunsches der Landesregierung, die ländlichen Räume zu entwickeln, in den Stellungnahmen der Enquetekommission zur Sicherung der Mobilität im Lande für alle Menschen ist diese Vorgehensweise weder zu verstehen noch zu akzeptieren.

Was an dem Konzept intelligent sein soll, Kollege Schulte, bleibt mir ein Rätsel. Ein „intelligentes Bahn-Bus-Konzept“ nennen Sie das. Die betroffenen Menschen in dieser Region betrachten das als Schlag mitten ins Gesicht. Ihre Parteikollegen vor Ort finden das auch gar nicht witzig.

(Jochen Schulte, SPD: Einer.)

2012 wurden in Rostock die Taktzeiten halbiert, um Großveranstaltungen abzusichern. Der Fahrzeugpark wurde aufgestockt und erneuert. Rostock hat damit ein begrüßenswertes verbessertes Angebot erhalten. Gleichzeitig wurde die Ausschreibung für die Südbahn aufgehoben. Die Menschen fragen uns: Ist das ein Zufall? Stattdessen wurde 2012 eine Notvergabe vorgenommen. Das war der Anfang allen Übels. Mit der heutigen Debatte hat sich der Landtag dann viermal ausführlich mit der Problematik befasst. Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, dass Sie wenigstens den Rettungsring ergreifen, den die Hanseatische Eisenbahngesellschaft zuwirft.

(Jochen Schulte, SPD:  
Dazu sag ich was nachher.)

Es liegt ein Angebot von ihr vor, mit den vom Land für den Schienenersatzverkehr bereitgestellten Mitteln die Strecke langfristig zu bedienen.

Die Hanseatische Eisenbahn ist auf einen nahtlosen Weiterbetrieb auch für eine längere Zeit vorbereitet und will knapp zwei Drittel des bisherigen Leistungsangebotes erbringen. Sie will durch den Einsatz von Rampen zumindest eine barrierearme Beförderung ermöglichen und die vom Land geforderte Tariftreueklausel bei der Bezahlung des Zugpersonals selbstverständlich erfüllen. Sie bestätigen, dass in den nächsten fünf Jahren ...

(Jochen Schulte, SPD: Es ist ja gut,  
dass Gesetze eingehalten werden sollen.)

Das ist ja als Voraussetzung formuliert worden, ne?

Sie bestätigen, dass in den nächsten fünf Jahren keine Investitionen beziehungsweise Forderungen auf dem Streckenabschnitt an das Land herangetragen werden.

Minister Pegel hat erklärt, dass die Mittel für den Schienenersatzverkehr auch für die Bahn eingesetzt werden können, aber dass eine Notvergabe ausscheide. Es habe schon eine Notvergabe gegeben und sämtliche Fristen seien verstrichen. Im Energieausschuss am 26. November informierte der Minister, dass es öffentlich-rechtlicher Verträge bedürfe, den SPNV auf den Kreis zu übertragen. Dem Land sei bisher kein Angebot vorgelegt worden. Bisher habe Landrat Rolf Christiansen nur mit ihm darüber verhandelt, dass das Land für RegioInfra, also die Schiene, also die Trassenpreise zahlen solle.

(Jochen Schulte, SPD:  
Der wird auch wissen, warum.)

Auf Nachfrage von Kollegen Waldmüller erklärte er, dass das die Kreise selbst verantworten müssten. Es sieht so

aus, dass der Landrat nicht das macht, was Kreistag und Kreisausschuss von ihm erwarten. Aber das müssen die Mitglieder des Kreistages klären. Mir stellt sich allerdings die Frage, ob er dafür vom Land unter Druck gesetzt wird und ihm die Möglichkeit der kreislichen Verantwortung ausgedreht wird. Der Bahnbetrieb zwischen Neustrelitz und Mirow läuft in kreislicher Verantwortung. Warum soll das im Westen des Landes nicht gehen?

(Vincent Kokert, CDU: Da  
müssen Sie die Kreise fragen.)

Meine Damen und Herren, Hauptgrund der erneuten Befassung hier im Landtag ist für uns die Forderung, die Hinhaltetaktik des Landes aufzugeben und gemeinsam mit dem Kreis und auch der Hanseatischen Eisenbahngesellschaft eine Lösung zu finden. Wir haben den Eindruck, dass das Land bisher nicht bereit war, überhaupt in Verhandlungen zu einem öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Kreis Ludwigslust-Parchim einzutreten. Soweit mir zu Ohren gekommen ist, liegt ein Gesprächsangebot des Ministeriums erst zum 12. Januar 2015 vor. Auch das wäre noch nicht zu spät, weil die Hanseatische Eisenbahngesellschaft ja bereit ist, auf eigene Kosten die Strecke so lange zu bedienen, bis die rechtlichen Fragen geklärt sind. Voraussetzung ist nur, dass es wenigstens den Zipfel eines Hoffnungsschimmers gibt, dass man eine Lösung suchen will.

Inzwischen weiß ich, dass die Vergabe der Konzessionen für den Ersatzverkehr ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zuruf von Dietmar Eifler, CDU –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Gehts noch  
lauter oder was?! Geht raus, wenn  
euch das nicht interessiert!)

Herr Eifler, es ist wirklich sehr nervig. Das wissen Sie doch auch, wenn Sie hier vorn stehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn Sie  
das nicht interessiert, dann gehen Sie  
doch nach Hause, verstehen Sie das!)

Also ich setze fort. Inzwischen weiß ich, dass die Vergabe der Konzessionen für den Schienenersatzverkehr an die Busunternehmen erfolgt ist, übrigens am selben Tag, als die Hanseatische Eisenbahngesellschaft ihr Angebot öffentlich machte. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Eigentlich ist das auch ein Unding oder habe ich das falsch verstanden? Ist die Vergabe eines Schienenersatzverkehrs nicht erst dann gestattet, wenn kein Zug mehr fährt? Er wird aber weiterfahren. Muss jetzt die Konzession wieder zurückgenommen werden?

Seit vorgestern liegt auch ein Gutachten der bbt Rechts- und Steuerkanzlei aus Hannover vor. Das sollte die Möglichkeiten der Notvergabe durch den Landkreis ausloten. Demnach kommt sehr wohl eine Notvergabe in Betracht. Diese sollte jedoch auf ein Jahr begrenzt und parallel dazu die Ankündigung einer Direktvergabe im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden. Das setzt jedoch, wie gesagt, das Zustandekommen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen Land und Kreis voraus.

Fazit: Wenn man sich die Rechtsauffassungen der Kreisverwaltung und der Landesregierung anguckt, gibt es unterschiedliche Auffassungen zwischen diesen bei-

den und der eben genannten Kanzlei. Sollte das nicht ein weiterer Grund dafür sein, sich möglichst sofort an einen Tisch zu setzen und miteinander zu reden? An der Mecklenburger Seenplatte hat sich gezeigt, dass man bei gutem Willen zu Lösungen kommen kann. Ein durchgängiger Betrieb der Südbahn ist nur im Einvernehmen von Land und Landkreis Ludwigslust-Parchim möglich.

Springen Sie über Ihren Schatten! Stimmen Sie unserem Antrag zu! Damit er auch sachlich richtig ist, beantrage ich, den Punkt 1 unter Punkt II zu streichen. Punkt II heißt dann: „Die Landesregierung wird aufgefordert, ... den Kreis Ludwigslust-Parchim bei der Klärung aller rechtlichen Fragen zu unterstützen und unverzüglich alles Erforderliche einzuleiten mit dem Ziel, den Bahnbetrieb der Strecke aufrechtzuerhalten.“ Und ich kündige hier auch schon mal namentliche Abstimmung an. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Schwenke.

Es ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der zuständige Minister Herr Pegel.

**Minister Christian Pegel:** Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Hohen Hause, das hat die Abgeordnete eben deutlich betont und richtigerweise betont, wurde wiederholt die Südbahn diskutiert. Ich habe deshalb ursprünglich beabsichtigt, da nach meinem Eindruck alle Argumente in den grundsätzlichen Fragen ausgetauscht waren, mich einer nochmaligen globalen Diskussion zu enthalten und lediglich auf den aktuellen vorliegenden Antrag einzugehen. Gleichwohl waren Ihre Ausführungen ja doch in größerem Umfang noch mal die alte gemeinsame große Debatte und eher in kleineren Teilen zum Antrag, sodass ich um Nachsicht bitte, dass meine Enthaltung mir nicht ganz einfach fällt. Ich kann Ihnen an zwei, drei Stellen gern noch einmal ganz knapp die Argumentationsmuster aufzeigen, die wir wiederholt hier vorgetragen haben.

Die Zahl der Fahrgäste haben wir wiederholt und frühzeitig öffentlich gemacht. Ich kann nur noch mal jedem dringend ans Herz legen, das im Internet öffentlich gemachte Gutachten auf unseren Internetseiten einzusehen und sich insbesondere die Grafik, wo jeder Abschnitt zwischen den einzelnen Bahnstationen in die tägliche Benutzerzahl aufgegliedert ist, anzuschauen. Und dann teilen Sie diese Zahl bitte immer durch 6, wenn Sie möchten durch 7. Durch 6 ist dann die im Sinne des Angeklagten vorteilhaftere Teilung und dann kommen Sie auf Zahlen von deutlich unter 120, die Sie auf diesen Bahnhofstrecken durch 6 teilen. Da das immer die Richtungsverkehre in beide Richtungen sind, haben Sie sechsmal 2, also durch 12. Sie teilen also die Tagesfahrgastzahl, die dort genannt ist, durch 12 fahrende Züge und dann kommen Sie auf Nutzerzahlen von deutlich unter 10, auf größeren Teilen dieser Strecke zwischen 8 und 9 pro Zug. Und dann können wir lange Debatten

führen, ob nicht die größere Nutzerzahl morgens im frühen Zug ist, weil sie zur Arbeit fährt, und am späten Nachmittag im anderen Zug, weil sie zurückfährt. Wenn denn morgens 27 fahren, meine Damen und Herren, dann gibt es zwei Züge, die fahren leer. Das ist nämlich die Folge dieser statistischen Feststellung.

Das Zweite, was wir über die Fahrgastzählung und landesweit einheitlich durchgeführt haben, sodass die Zahlen vergleichbar sind, die zweite Feststellung dieser Fahrgastzählung ist, dass gerade auf dieser Linie insbesondere geringe Distanzen bedient wurden. Im Durchschnitt – und dann sind Sie wieder beim statistischen Durchschnitt – werden auf diesem Teil 3 Stationen zurückgelegt. Dass das die Strecke ist, auf der die Menschen von Neustrelitz bis Hamburg fahren, kann ich Ihnen damit statistisch gegenteilig beweisen. Wenn ein einzelner Fahrgast diese 27 Stationen durchfährt und der Durchschnitt – und auch das ist wiederum mathematische Notwendigkeit – 3 ist, dann wissen Sie, wie viele andere Fahrgäste nur eine Station benutzt haben können.

(Stefanie Drese, SPD: Ja.)

Unter 30 Kilometer wird diese Bahn klassisch wie ein Bus im Nahverkehr genutzt.

Meine Damen und Herren, genau das berücksichtigt im Übrigen auch das Buskonzept, das die Gutachter ausdrücklich positiv und mit klugen Argumenten positiv bewertet haben. Und weil Sie jetzt noch auf die ökologische Vernunft abstellen, wir können da ja gern im Streit bleiben, aber so eine Diesellok fährt nicht mit den Verbräuchen auf 100 Kilometern eines Busses, sondern Busse, moderne Busse zwischen 25 und 40 Liter pro 100 Kilometer, Eisenbahnen 60 bis 80 aufwärts. Sie sind dann schnell bei 100 bis 120 Litern. Das ist auch undramatisch, weil es riesige Gewichte sind, die bewegt werden. Aber wenn Sie so geringe Fahrgastzahlen haben, die selbst in einem Bus beinahe verloren sind, dann kommen Sie eben pro Kopf, und das ist die notwendige CO<sub>2</sub>-Bilanz, die Sie ziehen müssen, auf einen deutlich nachteiligeren Wert. Das noch mal ganz knapp zusammengefasst zu den grundsätzlichen Argumentationen.

Am Ende tragen wir in diesem Land Verantwortung für ein überschaubares Budget in Geld. Und um dieses Geld möglichst effektiv einzusetzen und deshalb vorteilhafter dort einzusetzen, wo die Bahn ihre Vorteile ausfahren kann, auf langen Strecken viele Menschen zu transportieren und es dann in der Tat ökonomisch und ökologisch zu einem echten Erfolg zu machen, ist es, glaube ich, eine Verpflichtung, der sich diese Landesregierung unterworfen fühlen sollte. Und was wir eben nicht tun: Wir beseitigen nicht Mobilität in diesem Raum, sondern ersetzen ein Verkehrsmittel, das sich nicht optimal einsetzen lässt an dieser Stelle, durch ein anderes. Das vorweggeschickt.

Jetzt zu den Anregungen aus dem Antrag, von denen ich glaube, dass man sie verhältnismäßig schnell beantworten kann. Soweit eine Feststellung im Landtag angeregt wird, dass ein Angebot einer privaten Eisenbahngesellschaft vorliegt, mögen – das will ich gern anheimstellen – den Beteiligten in diesem Haus konkretere Erkenntnisse vorliegen als der Landesregierung.

(Jochen Schulte, SPD: Nee.)

Hier bei uns sind in erster Linie die Presseinformationen bekannt sowie eine Mitteilung, und ich betone, eine Mitteilung, dass eine eigenwirtschaftliche Tätigkeit eines Unternehmens auf der Bahnlinie beabsichtigt ist. Die Entscheidung über diese Frage obliegt allein dem Unternehmen, da sind wir raus. Ein Angebot im vergaberechtlichen Sinne liegt uns gerade nicht vor und es wäre im Übrigen unsererseits auch nicht zu berücksichtigen als Landesregierung, weil es keine hierauf gerichtete Vergabe gibt. Soweit dann – jetzt gestrichen, ich will es gleichwohl gern betonen, und weil es mit einem verfügens-theoretischen Ansatz verbunden war, glaube ich, bin ich es den Kolleginnen und Kollegen auch schuldig, das zu erwähnen –, soweit die Konzessionen angesprochen werden, die die Busunternehmen beantragt haben, sind diese in der Tat am 05.12.2014 an die Unternehmen versandt worden.

Nachdem alle Antragsvoraussetzungen vorlagen – so sieht es das Gesetz vor bei so einem Antrag –, hatte das Landesamt hierüber kurzfristig zu entscheiden. Dabei davon auszugehen, das hinge irgendwie mit anderen Dingen zusammen, finde ich verhältnismäßig absurd. Nachdem vorher wiederholt aus Oppositionskreisen politisch gefordert worden war, ihr habt ja immer noch keine Konzession erteilt, und wir sagten, nein, das können wir auch nicht, weil Konzessionen ganz feste Antragsvoraussetzungen haben, haben wir uns gesputet, und jetzt im Nachhinein ist der Ruf: Wieso gebt ihr eine Konzession raus?

Meine Damen und Herren, ich stelle mir mal vor, wir hätten keine Konzession erteilt und es wäre das für mich nicht so richtig vorhersehbare Ereignis, dass jemand privat immer bereit ist zu sagen, ich fahre auf meinen Verlust Bahn, eingetreten, dann hätte ich heute hier gestanden und von Ihnen die Frage bekommen, zu Recht: Wieso stellst du als Minister dort nicht sicher, dass Busse fahren können als Ersatz für die Züge, die ihr wegnehmt? Und dann hätte ich gesagt, ich habe gedacht, irgendeiner wird sich finden. Weihnachten ist eine schöne Zeit, da wird schon jemand auf seine Rechnung fahren.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich finde, miteinander eine gewisse Fairness walten zu lassen, heißt auch, wir haben unseren Job gemacht, wie wir es hier seit eineinhalb Jahren versprochen haben. Und die Kolleginnen und Kollegen haben dort schlicht entsprechend dem Gesetz bei Vorliegen der Antragsvoraussetzung entschieden. Daraus eine Verschwörungstheorie zu machen, finde ich für die Kollegen nicht in Ordnung, mir gegenüber gern, mich dürfen Sie gern in die Pfanne hauen. Den Kolleginnen und Kollegen haben wir richtig die Bitte angetragen, Gas zu geben. Denen da Knüppel zwischen die Beine zu hauen, scheint mir nicht ganz gerecht.

Meine Damen und Herren, diese Konzession zu erteilen, war im Übrigen auch deshalb geboten, um eben dieses adäquate Angebot ab dem 14.12. sicherzustellen, denn die brauchen die Konzession, um fahren zu dürfen.

Zu guter Letzt wird in dem Antrag immer sehr deutlich auf den Landkreis Ludwigslust-Parchim – auch in Ihrem Beitrag – abgestellt. Meine Damen und Herren, das greift zu kurz. Ich bitte noch mal, das zu berücksichtigen. Ich habe das im Energieausschuss auch versucht, in aller

Deutlichkeit zu sagen. Wenn, dann werden beide Landkreise, auf deren Hoheitsgebiet die Bahnlinie verläuft, sich gemeinsam engagieren müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies zu den im Antrag aufgeworfenen Fragen. Der Antrag scheint allerdings davon auszugehen, dass die rechtlichen Fragen problemlos durch die Landkreise gelöst werden können. Die angesprochenen Fragen, meine Damen und Herren, die es noch zu klären gibt, und das habe ich im Energieausschuss auch versucht in ähnlicher Weise detailliert darzustellen, sind alles andere als trivial und übrigens weitgehend in Übereinstimmung mit dem, was ich an rechtsgutachterlichen Darstellungen im Kreistag und Kreisausschuss kenne. Das wurde mit dem Landkreis gemeinsam beantwortet und jeweils getrennt geprüft sind wir zu gleichen Ergebnissen gekommen. Also den Dissens, den Sie beschrieben haben, kann ich bei diesen Fragen nicht erkennen.

Die nicht trivialen Rechtsfragen rühren auch daher, weil hier das europäische Vergaberecht selbstverständlich für die Landkreise gilt, meine Damen und Herren. Und ich weise erneut, wie auch schon im Energieausschuss, darauf hin, dass wir bei realistischer Einschätzung über ein bis zu zwei Jahren andauerndes Verfahren reden werden, bevor die Landkreise Zugverkehr auf dem stillzulegenden Südbahnabschnitt rechtskonform bestellt haben könnten.

Ich hatte bereits im Energieausschuss die erheblichen Schwierigkeiten und die vielfältigen rechtlichen Fragen dargestellt. Ich will das hier gern noch einmal tun, damit auch dieser Landtag insgesamt eine Chance hat, das einzuschätzen und zu bewerten. Zunächst hat genau dieses Hohe Haus, dieser Landtag der Landesregierung mit Paragraph 3 des ÖPNV-Gesetzes eine klare Linie vorgegeben und die lautet: Für den Schienenpersonen-nahverkehr ist das Land zuständig, für die Buslinien die Kreise.

Nach Paragraph 3 Absatz 2 Satz 2 eben dieses ÖPNV-Gesetzes kann im Einzelfall eine Bahnlinie auf einen Landkreis durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag – das ist die denkbar notwendige Voraussetzung, auf den Antrag eines Landkreises hin, wir dürfen also keine aufgedrängte Bereicherung vornehmen – übertragen werden. Da hier zwei Landkreise betroffen wären, müsste ein gemeinsamer dreiseitiger öffentlich-rechtlicher Vertrag verhandelt werden und dann durch Kreistagsbeschlüsse und entsprechende Aktivitäten der Landesregierung herbeigeführt werden.

Nur mit einem öffentlich-rechtlichen Vertrag ist nach dem eben genannten Gesetz Ihres Hauses, das mich bindet und die Kolleginnen und Kollegen, eine Übertragung der Zuständigkeit für eine einzelne Bahnlinie auf Landkreise denkbar. Aufseiten des Landes – auch das habe ich schon gesagt und sage ich hier gern noch mal, zu den klaren Bedingungen, die für mich dabei Geschäftsgrundlage wären – wäre ein solcher Vertrag, insbesondere die langfristig wirkende Zusage der beiden Landkreise erforderlich, dass weder bei den Betriebs- noch bei den Investitionskosten auf das Land weitergehende Forderungen über einen langfristigen Zeitraum zukommen werden, die über das hinausgehen, was ohnehin für den Busbetrieb seitens des Landkreises an die Kreise geleistet wird.

Da diese Leistungen ebenfalls aus Regionalisierungsmitteln stammen, über die derzeit, das kennen Sie auch aus

den Diskussionen der vergangenen Sitzungen, die Länder mit dem Bund verhandeln, bräuchte das Land gleichwohl ebenso einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, eine Revisionsmöglichkeit, sofern sich – das Szenario tritt hoffentlich nicht ein – bei den Regionalisierungsmaßnahmen eine deutlich nachteilige Veränderung für Mecklenburg-Vorpommern ergeben sollte, weil wir dann alles in diesem Land, meine Damen und Herren, auf den Prüfstand stellen werden müssen, und dann müssen wir Nahverkehr leider neu denken. Ich hoffe, das tritt nicht ein, aber das Risiko ist noch nicht vom Tisch.

Zu guter Letzt hat der Landtag der Landesregierung in eben diesem Paragraphen 3 Absatz 2 Satz 2 ÖPNV-Gesetz vorgegeben, dass die Übertragung von Bahnlinien auf die Landkreise nur dann möglich sein soll, wenn eine Bahnstrecke, so sagt das Gesetz, lediglich lokale Bedeutung hat. Auch das müsste in solch einem Vertrag begründet werden. Letzteres, um das deutlich zu formulieren, ist bei gemeinsamem Willen sicherlich rechtlich lösbar, es wird aber gleichermaßen Zeit bei allen Beteiligten benötigen, so etwas in Vertragsform zu gießen.

Der vorliegende Antrag, den Sie heute behandeln, scheint dann ein wenig den Geist zu atmen, dass es nur um so eine ganz kurze Übergangsfrist gehe, bis zu der die Landkreise ihrerseits eine Leistung ohne jede weitere Ausschreibung an einen Anbieter, den Sie schon vorher kannten und ausgewählt haben, vergeben können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst werden auch für die Landkreise die Regelungen gelten, die die europäische Verordnung für die Vergabe von Schienenpersonennahverkehrsleistungen dem Land aufgibt. Das bleibt das gleiche Recht. Das sind sehr detaillierte Regelungen, deren Einhaltung insbesondere – und da haben wir auch schon Erfahrungen gemacht als Land – von Wettbewerbern im Schienenpersonennahverkehr sehr genau beobachtet und gegebenenfalls eisenhart gerichtlich eingefordert werden wird. Die EU-Verordnung schreibt beispielsweise vor, dass spätestens zwölf Monate vor einer Vergabe eine öffentliche Bekanntmachung erfolgen muss, in der angezeigt wird, dass und welche Bahnverkehrsleistungen man in einem Jahr auszuschreiben gedenkt. Und diese Bekanntmachung würden die Landkreise, mal rein prognostisch meinerseits vermutet, sicherlich erst machen wollen, wenn sie im kommenden Jahr einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit uns abgeschlossen haben und in den Händen halten. Dann würden, aber auch erst dann, diese mindestens zwölf Monate zu laufen beginnen. Auch das dann anschließende Vergabeverfahren wird in der EU-Verordnung sehr detailliert und formal vorgegeben und wird gleichermaßen in Gänze einzuhalten sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die EU-Verordnung sieht dabei insbesondere auch Regelungen vor, unter welchen engen und besonders strengen Voraussetzungen ein Abweichen von dieser sehr langfristigen Vergaberegulation möglich sein wird. Manche presserwirksamen Äußerungen der letzten Wochen scheinen so ein Vorgehen im Blick zu haben. Dafür ist eine sogenannte Notvergabe in der EU-Verordnung vorgesehen. Und weil das immer so ein bisschen im Raum steht, will ich auch dazu gern ein paar Takte sagen. Diese sogenannte Notvergabe soll nach der EU-Verordnung nur dann möglich sein, wenn eine Unterbrechung des Verkehrsdienstes eingetreten ist oder wenn eine solche Unterbrechung unmittelbar droht. Da das EU-Recht diese Notvergabe als

gefährliches Einfallstor sieht, die Regelungen der EU-Verordnung zu umgehen, wird dieses Einfallstor nachvollziehbarerweise sehr streng und sehr eng angewendet.

Dass im Falle der Beschwerde eines Wettbewerbers aus dem Eisenbahnbereich die Landkreise eine Notvergabe rechtmäßig begründet bekämen, darf angesichts der beinahe zweijährigen Diskussion über die bevorstehende Veränderung bei dem Streckenabschnitt der Südbahn und insbesondere angesichts des Vorliegens eines fertigen Busverkehrskonzeptes, das eben gerade diese Mobilität sicherstellt, mehr als bezweifelt werden. Dass dies als überraschende Unterbrechung – unvorhergesehen über einen gekommen – akzeptiert würde, ist angesichts der langen Diskussionszeit vor den Gerichten schwer vorstellbar. Und auch die unmittelbare Gefahr der Unterbrechung eines Verkehrsdienstes selbst ist angesichts des fertigen Buskonzeptes und der hierzu sogar durch das Land finanzierten gutachterlichen Stellungnahme einem Gericht kaum vermittelbar.

Eine Notvergabe dürfte den Landkreisen aber aus einem weiteren Grund verwehrt sein, meine Damen und Herren. Um die Diskussion in den letzten zwei Jahren zu ermöglichen, ist bereits durch das Energieministerium die Möglichkeit einer Notvergabe nach dem Auslaufen des regulären Vertrages 2012 genutzt worden. Die EU-Verordnung, die ich jetzt wiederholt zitiert habe, sieht jedoch als maximalen Zeitraum für solche Notvergaben zwei Jahre vor. Seitens der Gerichte dürfte daher im Beschwerdefall eines Wettbewerbers die zweijährige Notvergabemöglichkeit, unabhängig von den weiteren kritischen Fragen, die ich zuvor dargestellt habe, angesichts der schon durch das Land auf dieser Strecke genutzten Notvergabe kritisch gesehen werden.

Dass man sich dazu wundervolle andere Rechtsgutachten beschaffen kann, will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Ich stelle dar, welche erheblichen rechtlichen Risiken Landkreise eingehen, wenn sie marschieren gehen. Meine Risiken sind es offen eingestanden nicht, aber ich sehe dieselben Risiken. Und ich sehe insbesondere die enge und strenge Rechtslage, die der Europäische Gerichtshof an diesen Stellen auch regelmäßig sehr eng und streng auslegt. Soweit also mit der Dringlichkeitsvorlage und dem Gesamtkontext der Beschlussvorlage der Eindruck erweckt wird, es gehe lediglich um einige wenige Wochen, dürfte das die die Landkreise bindende Rechtslage deutlich zu optimistisch einschätzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dabei sind haushaltsrechtliche Fragen und Ähnliches aufseiten der Landkreise noch gar nicht angesprochen. Wiederum lediglich Zeitungsberichten war zu entnehmen, dass das Bahnkonzept knapp 430.000 Euro teurer sei als der Betrag, den das Land für die Busverkehre bereitstellt. Das dürfte haushälterisch für die Landkreise kein Pappenstiel sein und müsste dort deshalb in den Haushalten sicherlich in irgendeiner Weise abgebildet werden. Aufseiten der Landkreise mag darüber hinaus von Interesse sein, die genaueren Inhalte eines möglichen Angebotes zunächst noch einmal zu überprüfen: Barrierefreiheit, Fahrradmitnahme, Platz für Kinderwagen, all das, was wir mit den Busverkehren nach langen und wiederholten Diskussionen ganz besonders intensiv abzusichern hatten und abgesichert haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu guter Letzt scheint die Vorlage davon auszugehen, dass die Kreise



lediglich ein einziges Angebot zu berücksichtigen hätten. Anders als bei Busunternehmen, die im Eigentum der Landkreise stehen, sodass eine sogenannte Direktvergabe möglich ist, wäre dies bei einem dritten Bahnanbieter nicht der Fall. Die Landkreise werden daher eine solche Bahnverkehrsleistung im Wege der Ausschreibung unter Einhaltung der Regelung der schon mehrfach genannten einschlägigen EU-Verordnung zu vergeben haben. Und dabei können dann durchaus konkurrierende Angebote auftreten, die im Rahmen eines Vergabeverfahrens zu bewerten sein werden.

Für Wettbewerber im Bahnverkehr mag die aktuelle Situation auch deshalb interessant sein, weil sich in manchen Zeitungsartikeln zumindest zwischen den Zeilen der Eindruck aufgedrängt haben mag, dass die aktuell diskutierte sehr günstige Preisgestaltung für den Bahnverkehr auf dieser Linie, über die wir hier streiten, durch wesentlich günstigere Tarife des Gleiseigentümers für die Gleistrassen und Stationsentgelte möglich wird. Da, meine Damen und Herren, werden sicherlich Wettbewerber im Bahnverkehr gern genauer hinschauen. Gleise und Bahnhöfe sind sogenannte natürliche Monopole. Deshalb werden deren Preise und deren Umgang mit dem Zugang zu diesen Monopolen durch die Bundesnetzagentur überwacht und reguliert. Wenn auch nur der Anschein eines Eindrucks entsteht, dass der Eigentümer von Gleisen seine eigenen Züge auf seinen eigenen Gleisen günstiger fahren lässt als die Züge von Konkurrenten, ist nicht auszuschließen, dass Wettbewerber dann auch Nachfragen an die Bundesnetzagentur und gegebenenfalls an Gerichte stellen werden. Welche Entscheidung diese dann treffen werden, kann von mir aus nicht eingeschätzt werden. Ich weise bloß darauf hin, dass das Fragen sind, die die Landkreise umtreiben werden.

All das, meine Damen und Herren, macht ein mögliches Vergabeverfahren für die Landkreise noch einmal komplexer. All dies spricht im Übrigen auch dagegen, dass hier binnen weniger Wochen in irgendeiner Weise eine Vergabe erreicht werden kann. Das Land steht jedoch im Wort, dass auch nach Beendigung des Bahnbetriebes auf der Teilstrecke durch Busverkehr ein adäquater Ersatz geschaffen wird. Und diese Zusage, meine Damen und Herren, erfüllen Landkreise und Land Hand in Hand. Die entsprechenden Konzessionen sind erteilt. Die Landkreise haben ihr Busunternehmen beauftragt und es gelingt damit, auch Plau einzubinden, das im Übrigen nicht unerhebliche Ursache für die kritisierten Fahrzeiten ist, aber deutlich mehr Verkehrsleistungen und anzufahrende Stationen inbegriffen haben.

Alle weiteren möglichen Entscheidungen der Landkreise liegen ausschließlich in deren Selbstverwaltungshoheit und sind durch die Landesregierung abzuwarten. Der Zeithorizont, meine Damen und Herren, ist aber mit Sicherheit ein deutlich anderer, als es der Antrag zwischen den Zeilen anzunehmen scheint. Da bitte ich um Nachsicht. Ich habe die rechtliche Situation im Energieausschuss dargestellt und es jetzt noch einmal bemüht. – Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Ich informiere darüber, dass die Landesregierung die von ihr angemeldete Redezeit in diesem Fall um fünf Minuten

überzogen hat. Diese Zeit steht den nicht an der Regierung beteiligten Fraktionen zusätzlich zur Verfügung. Wir rechnen gerade aus, um wie viel sich die Redezeiten erhöhen.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

**Dietmar Eifler, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie können davon ausgehen, dass mein Redebeitrag sich kurz halten wird. Ich will nicht sagen, dass alles dazu gesagt worden ist, aber sehr vieles.

Seit mehr als zwei Jahren beschäftigt uns hier im Landtag das Thema dieser Schließung des Streckenabschnittes der Südbahn. Es ist vieles dazu gesagt worden und ich bin Minister Pegel an der Stelle dankbar, dass er sehr ausführlich auf die rechtliche Situation eingegangen ist, die er in der Tat auch so umfänglich im Energieausschuss geschildert hat. Und da es nicht darum geht, Infrastruktur zurückzubauen und Mobilität im ländlichen Raum einzuschränken, sondern – das ist die Kernaussage – lediglich von einem Verkehrsmittel auf ein anderes umzustellen, verstehe ich die ganze Aufgeregtheit hier im Hause nicht.

Von daher, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,  
und Dr. Ursula Karlowski,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Eifler.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jaeger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird diesem Antrag zustimmen.

(Egbert Liskow, CDU: Oh!)

Es ist gut, dass dieser Absatz 1 aus Punkt II raus ist, das hätte uns jetzt extrem große Probleme gemacht.

Und auch eine ganz deutliche Antwort in Richtung des Ministers: Selbstverständlich mussten Sie die Konzession vergeben, das war in der Logik der Sache, auch wenn es jetzt zu der absolut unglücklichen Situation kommt, dass es dann Parallelverkehr gibt, der uns alle in der Öffentlichkeit natürlich ein bisschen bloßstellt, weil man das Gefühl hat, warum kriegen die sich in der Politik nicht geeinigt, jetzt fahren da zwei Strecken und alles wird bezahlt. Sie hatten da in der Logik keine andere Chance. Nur die Logik ist strittig und dabei bestreite ich nicht die Zahlen. Die Zahlen sind dramatisch, was die Leute angeht, die mit der Südbahn gefahren sind. Da war allen klar, das musste besser werden. Der Zustand, wie er war, ihn einfach fortzuschreiben, wäre Unfug gewesen. Aber es hätte Möglichkeiten gegeben, gerade auf dieser Strecke eine erhebliche Verschnellerung zu erreichen. Man hätte dort investieren müssen. Das, was jahrzehnte-

lang praktisch nicht gemacht wurde auf der Strecke, hätte gemacht werden müssen. Das hätte eine ganze Menge Geld gekostet, was wir an anderer Stelle gut gebrauchen können. Auch das ist richtig.

Aber jetzt komme ich mit dem zentralen Begriff, nämlich den Räumen mit demografischer Herausforderung oder nennen wir sie Räume mit demografischer Verantwortung. Das heißt, dort ist es besonders wichtig, Infrastrukturen zu schaffen, an deren Achsen Leute wissen, hier bekennt sich das Land zu diesen Achsen und an diesen Achsen wird es dauerhaft eine Entwicklung geben, da wird es Schulen geben, Kindergärten geben, da wird es Geschäfte geben, Ärzte und so weiter, sodass die Menschen in der Region vor allen Dingen dort wohnen und investieren werden, wo sie an dieser Bahnlinie sitzen. Das kann man auch an jeder Buslinie machen, nur die Buslinie lässt sich hier mit einem Federstrich umstellen und dann fährt sie eben mal woanders lang.

Dass es durchaus im Moment da auch deutliche Verschlechterungen gibt, allein die Geschichte mit 40 Minuten zusätzlicher Fahrzeit, weil es jetzt über Plau geht, das ist sicherlich ersichtlich. Und das, Herr Dietmar Eifler, ist der zentrale Punkt. Der Zug hat wesentliche Vorteile gegenüber dem Bus. Das ist aus meiner Sicht relativ klar. Wer immer mal wenigstens mit dem Zug fährt, kann das durchaus genießen, den Unterschied zwischen Zug und Bus. Also ich jedenfalls fahre leider nicht oft genug mit dem Zug, aber das habe ich inzwischen auch begriffen. Vielleicht sollten wir dann zusammen mal öfter mit dem Zug fahren, dann kriegen wir das beide hin.

(Jochen Schulte, SPD: Zumindest zwischen Rostock und Schwerin fährt der.)

Ja, ja.

Deswegen möchte ich ganz deutlich, dass dieser Zug erhalten wird.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich glaube, dass es da vielleicht noch Möglichkeiten geben würde.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Jetzt kommt das nächste Problem. Alles, was Sie vorgebracht haben im Energieausschuss und auch hier noch mal, ist durchaus logisch. Das kann ich überhaupt nicht bestreiten, aber meine Aussage auch unten bei der Demo war von Anfang an immer deutlich in Richtung der Landkreise. Wenn die Landkreise nicht aufwachen und wirklich mehr machen, als nur allgemeine wohlfeile Beschlüsse zu fassen, dann wird das nichts mit dieser Bahnlinie. Und jetzt ist es wieder ein Landrat, der mit guten Gründen, das mag ja alles sein, aber einen Zeitpunkt verpasst, wo es eine letzte Chance gibt, diese Südbahn auf dieser Strecke zu erhalten.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Warum denn?)

Und da können wir hier im Landtag uns drehen und wenden, wie wir wollen, wenn der Landrat die Chance für seinen Landkreis nicht erkennt, dann ist es wahrscheinlich zu spät.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Deswegen auch jetzt noch mal mein deutlicher Appell: Wenn der Landkreis das wirklich will, dann müssen Sie Ihre Landräte dazu bewegen, für diese Strecke deutlich zu kämpfen, hier auch wirklich in Vorleistung zu gehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben ihn ja bewegt, bloß in eine andere Richtung.)

Ja, leider in eine andere Richtung, ja. Aber da können wir dann am Ende von oben auch nur noch wenig machen, weil es ist tatsächlich so, Bahnverkehr gehört in die Landeshoheit, der Busverkehr eher in die Kreishoheit. Wir wissen alle, wie gut die Busunternehmen – und die leisten eine wichtige Arbeit, das ist auch ein ökologisches Verkehrsmittel, das will ich deutlich betonen –, aber wie gut die in den Landkreisen vernetzt sind im Gegensatz zu den Bahnunternehmen, die da eher einen schwächeren Auftritt haben, so ist mein Gefühl.

Und ich will auch deutlich sagen, ich finde das Angebot ehrenwert von der Bahn, die da jetzt das Ganze versucht. Ich wünsche denen sehr viel Erfolg, aber ich sehe auch die deutliche Diskrepanz, eine solche Sache für 700.000 Euro anzubieten, während derjenige, der es davor gemacht hat, wohl im Bereich von 4 Millionen lag. Der Abstand ist wirklich erheblich und da würden wir, wenn wir das normalerweise auf dem Tisch hätten bei einer Angebotsvergabe, schon mal deutlich im Rechnungsprüfungsausschuss fragen, wie er das sozusagen schafft. Macht er das mit anderen Löhnen, die wir eigentlich nicht verantworten können, und so weiter?

Es gibt da viele Fragen, die ich zu der konkreten Situation habe. Die Situation ist auf keinen Fall leichter geworden. Hier sind bestimmte Möglichkeiten überfahren worden in der Vergangenheit und jetzt besteht eigentlich nur noch die Möglichkeit, dass der Landkreis sich richtig klar bekennt. Das bedeutet natürlich, dass es eine Zeit geben würde, wo diese Verkehre parallel laufen. Das ist jetzt nicht schön, aber anders würde es gar nicht mehr gehen. Und dann muss man gucken, ob wir dadurch Zeit gewinnen, um noch mal eine Umsteuerung hinzubekommen.

Ich will deutlich sagen, ich sehe die Probleme der Strecke, ich sehe aber auch die Chancen dieser Strecke für diese Region. Und wenn DIE GRÜNEN etwas zu sagen gehabt hätten, hätten Sie sich trotz der Mehrkosten zu der Strecke bekannt und hätten versucht, dieses Geld in anderen Bereichen aus dem Haushalt zu nehmen, um es dorthin zu stecken. Also diesen Versuch hätten wir zumindest unternommen, weil wir sehen, welche hohe Bedeutung die Strecke hat.

Deswegen werden wir für den Antrag stimmen. Wir wünschen dem Projekt viel Erfolg, aber wir sehen, dass es zunehmend schwieriger wird, das Projekt noch zu retten. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Egbert Liskow, CDU: So viel Hubschrauber können wir gar nicht anschaffen.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Jaeger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte für die Fraktion der SPD.

**Jochen Schulte**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es mir jetzt einfach machen und sagen, wir lehnen den Antrag schon alleine deswegen ab, weil das, was dort unterstellt wird, nämlich dass ein Angebot der Hanseatischen Eisenbahngesellschaft vorliegt, nicht bekannt ist in meiner Fraktion. Ich kann also nicht mal sagen, ob es das gibt, noch wie es aussieht. Es hat sich auch bei uns noch niemand gemeldet, der gesagt hat, wir fahren zu diesen oder jenen Konditionen. Der Minister hat zu Recht schon darauf hingewiesen, dass alles, was man dazu weiß, lediglich über die Presse kommuniziert worden ist. Das ist aus einem Grund auch nachvollziehbar, weil dieses Angebot sich offensichtlich nicht an das Land gerichtet hat, sondern an den Landkreis, und ich bin, anders zum Beispiel als der Kollege Waldmüller, nicht Mitglied des dortigen Kreistages Ludwigslust-Parchim.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wo ist er denn?)

Ja, weiß ich nicht.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will mir das mal nicht ganz so einfach machen und trotzdem das Zeitbedürfnis meines Kollegen Renz – er war es, glaube ich – nicht überfordern. Entschuldigung, so genau hatte ich eben nicht hingeguckt. Oder Liskow – ich weiß es nicht, ist ja auch egal.

(Torsten Renz, CDU: Ich bin begeistert.)

Gut, das freut mich.

Sehr geehrte Frau Kollegin Schwenke, Sie haben gesagt, Hintergrund Ihres Antrages ist der Umstand, dass DIE LINKE gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Mecklenburg-Vorpommern haben will, was eine entsprechende Verkehrsbedienung durch Verkehrsunternehmen, Verkehrsträger angeht. Jetzt will ich das mal an diesem konkreten Beispiel deutlich machen, was das eigentlich für dieses Land bedeutet.

Nach allem, was ich über die Presse an Informationen habe, besteht dieses Angebot – man muss das ja mit Vorsicht sagen –, besteht dieses Angebot darin, dass circa 40 Prozent der früheren Bahnleistung durch diese Gesellschaft angeboten werden.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Zwei Drittel.)

Von mir aus auch zwei Drittel. Ist okay, zwei Drittel, nehmen wir das einfach mal so, zwei Drittel der früheren Verkehrsleistung. Das heißt, man muss das jetzt mal durchdeklinieren: Diejenigen, so wie Sie, die sagen, wir wollen nicht das Busangebot anstelle des Bahnangebotes, und dann gibt es namhafte Stimmen, die sogar sagen, dass das Busangebot, das jetzt unterbreitet wird, qualitativ hochwertiger ist. Darauf komme ich gleich noch zurück. Wir wollen also nicht ein vergleichbares, qualitativ hochwertiges Busangebot anstelle des bisherigen Bahnangebotes, sondern wir wollen nur noch maximal zwei Drittel der Leistungen, die bisher gefahren wurden. Das heißt, wenn ich das mal auf die gleichwertigen Lebensverhältnisse in diesem Land umsetze, dann streichen wir in Zukunft im Bereich SPNV/ÖPNV landesweit

zwei Drittel. Das ist die Konsequenz Ihrer Rede und Ihres Antrages hier. Dass Sie das so nicht gemeint haben, ist mir schon klar,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Das meine ich auch nicht so, Herr Schulte!)

aber dann muss man natürlich auch wirklich mal darüber nachdenken, was man hier beantragt und was man hier redet.

(Heinz Müller, SPD: Ja.)

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, um das noch mal deutlich zu machen, was die Qualität angeht, weil Frau Kollegin Schwenke hat mich auch darauf angesprochen, dass ich gesagt hätte – das ist richtig, es hat eine Pressemitteilung von mir gegeben –, intelligente Verkehrsverknüpfung Bus-Bahn, erlaube ich mir, an dieser Stelle mit Genehmigung der Präsidentin aus der SVZ vom 06.11. zu zitieren. Da werde nicht ich zitiert, da wird Bezug genommen auf Äußerungen aus dem Landkreis Ludwigslust-Parchim und da heißt es, ich zitiere: „Der neue Busfahrplan steht gegen die Kritik, mit dem Ende der Südbahn würde Region vom Nahverkehr abgekoppelt. Nach Angaben des Landkreises“, nicht des verkehrspolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, „werde die Region mit dem Busangebot ‚wesentlich‘ besser bedient. Rom, Lutheran, Klebe, Broock, fünf Haltestellen im bislang vom Bahnverkehr abgeschnittenen Plau – mit dem vom Land bezahlten Busverkehr würden deutlich mehr Einwohner und Orte erreicht als bisher. Vor allem Plau erhalte ein ‚Super-Angebot‘, heißt es beim Kreis.“ Zitatende.

Darüber reden wir tatsächlich. Wir reden nach Auffassung derjenigen, die dort vor Ort verantwortlich sind, über eine Leistung, die auf der einen Seite vom Land mit Mitteln des Schienenersatzverkehrs finanziert wird, die für das Land deutlich preiswerter ist und die gleichzeitig in der Region nach Auffassung derjenigen, die vor Ort die Verantwortung tragen, eine deutliche Verbesserung für den Nahverkehr, für die Menschen in dieser Region darstellt. Worüber diskutieren wir hier eigentlich?! Das muss man sich doch wirklich fragen, worüber wir hier noch allen Ernstes diskutieren.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund kann ich natürlich auch den Landrat Rolf Christansen verstehen, dass der dann – wie gesagt, es läuft ja alles nur über die Presse – keine große Lust hat, dieses Angebot tatsächlich anzunehmen, weil auch – so zumindest laut Presseartikel – der Landrat offensichtlich auf dem Standpunkt steht, dass das, was dort von diesem Bahnunternehmen angeboten wird – und Sie, Frau Kollegin Schwenke, haben es gerade eben noch mal bestätigt: zwei Drittel der Leistung –, weniger ist als das, was früher an Nahverkehrsleistung gewesen ist, und weniger ist als das, was durch die Busse im Rahmen des Schienenersatzverkehrs erbracht werden soll. Warum sollte der Landrat vor Ort die Bürgerinnen und Bürger dieses Landkreises dergestalt schädigen, dass er ihnen nicht das bestmögliche Angebot mit einer entsprechend vernünftigen Kostenstruktur vermitteln und besorgen kann?

Sehr geehrter Kollege Jaeger – damit möchte ich dann auch zum Ende kommen –, Sie haben gesprochen von „Räumen mit demografischer Verantwortung“. Ich finde, das ist ein ganz toller Begriff. Ich werde mir den merken,

den kann man sicherlich an einer anderen Stelle noch mal verwenden,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie etwa den Entwurf des Landesraumentwicklungsprogramms noch nicht gelesen, Herr Schulte?)

und ich hoffe, Sie nehmen darauf kein Urheberrecht. Es trifft eigentlich den Nagel auf den Kopf.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Einfach als Zitat kennzeichnen!)

Sie können mich ja dann jedes Mal daran erinnern, Herr Kollege Suhr.

Aber die Verantwortung besteht darin, für eine Region, für dieses Land ein optimales Nahverkehrsangebot zu leisten. Die Verantwortung kann nicht darin bestehen, dass wir sagen, dass wir in bestimmten Regionen dieses Landes, egal ob dieses Angebot optimal ist oder nicht, auf jeden Fall ein Bahnangebot zur Verfügung stellen.

Herr Kollege Jaeger, Sie kommen – das weiß ich nun aus persönlicher Erfahrung – wie ich aus Rostock. Und in Rostock hat sich die Situation, was die Anbindung der S-Bahn zum Seehafen angeht, genauso dargestellt. Das Angebot im Nahverkehr durch die Bahn wurde nicht entsprechend frequentiert durch die Kundinnen und Kunden, und im Endeffekt ist es eine konsequente Entscheidung des Landes gewesen, dass auch dort gesagt worden ist, nein, dann fährt entsprechend ein Bus. Wir haben uns gemeinsam – die Stadt Rostock und dann auch hier im Land – dafür eingesetzt, dass eine entsprechende vernünftige Busverbindung dort aufgebaut wird. Deswegen kann ich beim besten Willen die Diskussion, die in diesem Haus geführt wird, nicht mehr nachvollziehen.

Ich kann die Menschen vor Ort, die Bürgerinitiative verstehen, die haben ihre Vorstellungen. Ich will das auch nicht diskreditieren, das habe ich dem Pressesprecher der Bürgerinitiative dieser Tage auch noch am Telefon gesagt. Aber wir tragen hier nicht nur die Verantwortung für den Verkehr in der einzelnen Region, wir tragen die Verantwortung für den Verkehr in diesem Land, und dieser Verantwortung, meine Damen und Herren, müssen wir uns stellen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt für die Fraktion DIE LINKE.

**Barbara Borchardt,** DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem hier im Landtag trotz des anhaltenden Protestes der Erhalt der Südbahn mit der Mehrheit der Koalition abgelehnt wurde, haben die CDU-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE im Kreistag den Antrag gestellt, den Landrat zu beauftragen, mit dem Land einen Vertrag zur Betreibung des Schienenpersonenverkehrs als Schienenersatzverkehr auf der Strecke Parchim–Malchow in eigener Trägerschaft auszuhandeln und dem Kreistag den Vertrag umgehend vorzulegen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Um es offen zu sagen, die Entscheidung ist uns nicht leichtgefallen, aber wir haben mit dieser Entscheidung die Hoffnung verbunden, die Südbahn zu erhalten und alle von den Beteiligten eingebrachten Vorschläge und Initiativen zur Erhöhung der Attraktivität der Südbahn auf den Weg zu bringen, auf den Weg bringen zu können.

Herr Pegel, Sie haben hier noch mal die Benutzerzahlen zum Ausdruck gebracht. Ich glaube, die Bürgerinitiative hat in den letzten zwei Jahren genau an diesem Problem gearbeitet, auch der Landkreis, wo wir gesagt haben: Der Doppelverkehr muss weg, wir müssen vom Prinzip her den Schülerverkehr mit einbeziehen, wir brauchen die Anbindung von Plau am See, also der Stadt Plau. Alles das wurde vom Prinzip her im Rahmen der Diskussionen innerhalb der Bürgerinitiative und auch im kommunalen Arbeitskreis dargestellt. Die Anstrengungen, darüber sind sich alle Beteiligten klar, müssen erhöht werden, damit die Benutzerzahl größer wird. Aber jetzt Tatsachen zu schaffen und diese Initiativen, die entwickelt worden sind, die Gedanken, die entwickelt worden sind, überhaupt nicht mehr zum Tragen kommen zu lassen, das ist aus meiner Sicht ein falsches Verständnis.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Was wir erleben, ist Folgendes: Auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger der Region wird ein undurchschaubares Pingpongspiel zwischen dem Ministerium, dem Landrat und der Öffentlichkeit ausgetragen. Hier im Land wird die Verantwortung auf den Landrat oder die Landkreise geschoben, im Kreistag wird durch den Landrat das Ministerium für die katastrophale Situation verantwortlich gemacht. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, wir hatten eigentlich die Erwartung nach dem Beschluss des Kreistages, dass sich die Partner an einen Tisch setzen und nicht darüber diskutieren, was nicht geht, sondern wie der Beschluss des Kreistages Ludwigslust-Parchim umgesetzt werden kann, mit all seinen Schwierigkeiten. Was wir dann aber vernommen haben, kam über die Presse oder über das, worüber im Kreisausschuss informiert wurde: dass wir uns gegenseitig oder von der einen oder anderen Seite Gutachten zuschicken, wo wieder dargestellt werden kann, der eine sagt, deswegen geht es nicht, der andere sagt, deswegen geht es nicht, wo man sich rechtlich streitet, aber einen Lösungsansatz, den findet man nicht. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger haben eine andere Erwartung. Sie wollen nicht wissen, wie es nicht geht, sondern sie wollen wissen, wie es geht – unter den rechtlichen Bedingungen!

(Andreas Butzki, SPD: Das hat doch Herr Pegel erklärt. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Ja, Herr Pegel, hat es hier noch mal dargestellt, aber der Beschluss des Kreistages ist vom 08.05.2014 und zwischenzeitlich ist diesbezüglich nichts passiert.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist in einem anderen Kreistag. – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Dass der Landkreis selbst dafür verantwortlich ist, den Fahrplan, den Fahrplanwechsel sozusagen vorzubereiten, das, glaube ich, liegt in der Natur der Sache, damit man die Bürgerinnen und Bürger nicht von heute auf morgen ganz und gar enttäuscht. Aber parallel – und das

ist die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger – parallel hätte man darüber nachdenken können: Welchen anderen Lösungsansatz kann man finden, um das Problem in unserer Region zu lösen und die Südbahn zu erhalten?

Nun sagen Sie, der Vertrag oder das Angebot der Bahngesellschaft hat bei Ihnen nicht vorgelegen. Nach unserer Information liegt das Angebot seit 4. August oder seit August vor. Nun kann man sich wieder darüber streiten, weil es keine Ausschreibung gab, dass es deswegen kein Angebot war, weil dann braucht man es ja nicht zu behandeln. Aber Sie haben genau gewusst, in welchem Zusammenhang dieses Angebot gemacht wurde. Und auch da mache ich Ihnen den Vorwurf, man hätte die Beteiligten einladen, sie an einen Tisch nehmen und das Für und Wider beraten können, um damit sozusagen den Prozess, den wir innerhalb des Landkreises, innerhalb der kommunalen Arbeitsgruppe seit Monaten führen, in Gang zu bringen, und dies wieder unter dem Gesichtspunkt, wie kriegen wir eine Lösung hin, eine Übergangslösung für die ganze Frage innerhalb des Schienenpersonenverkehrs.

Was wir jetzt haben, ist das, was wir die ganzen Jahre und auch beim Abbestellen dieses Teilabschnittes kritisiert haben: Wir haben Parallelverkehre! Das ist das Ergebnis, was wir jetzt vom Prinzip her ab morgen oder ab Sonntag vorfinden. Und die Verantwortung, die tragen wir gemeinsam – wir hier im Land und genauso im Landkreis Ludwigslust-Parchim.

Ich frage mich, wann ist denn mal ein Gespräch durchgeführt worden mit dem Landrat von Ludwigslust-Parchim? Herr Schulte, wann haben Sie sich mit der Bürgerinitiative in Verbindung gesetzt?

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

und über die unterschiedlichen Angebote gesprochen?

(Jochen Schulte, SPD: Ich habe mit dem Pressesprecher vorletzte Woche telefoniert.)

Wann sind Sie draußen gewesen beim kommunalen Arbeitskreis? Also hier immer so zu tun, als wenn man nichts wüsste oder keine Verträge kennt, das halte ich für ziemlich schwach.

(Jochen Schulte, SPD: Ja, Kollegin Borchardt, haben Sie den Vertrag vorliegen? Geben Sie ihn mir rüber! Ich gucke ihn mir an und dann sprechen wir darüber. – Heinz Müller, SPD: Nee, nee!)

Das ist doch Wortklauberei, was Sie hier machen! Es ist einfach Wortklauberei und darauf ziehen Sie sich hier permanent zurück!

(Jochen Schulte, SPD: Frau Kollegin Borchardt, das ist alles heiße Luft, mehr nicht!)

Es ist keine heiße Luft!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Haben Sie sich mit dem Alternativangebot des kommunalen Arbeitskreises in Verbindung gesetzt? Haben Sie sich dieses Alternativkonzept angeguckt, ja oder nein? Sie stellen hier immer nur etwas in den Raum.

(Andreas Butzki, SPD: Wo ist der Vertrag?)

Ja, wo? Dann gehen Sie doch mal zum kommunalen Arbeitskreis,

(Jochen Schulte, SPD: Nee, ich frage Sie jetzt: Wo, Frau Borchardt? Wo?)

nehmen Sie doch mal die Verbindung auf!

(Jochen Schulte, SPD: Sie haben gesagt, sie haben ein Angebot gemacht. Wo ist das Angebot?)

Das können Sie sicherlich im Netz abrufen.

(Jochen Schulte, SPD: Bringt das der Nikolaus?)

Sie haben Zeit verschenkt, weil Sie nicht bereit sind. Aus Ihrer Sicht stand die Auffassung fest, die Südbahn ist einzustellen in diesem Teilabschnitt und es wird weitere Folgeschritte in den nächsten Jahren geben,

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

aber an der Lösung des Problems gemeinsam mit dem kommunalen Arbeitskreis

(Jochen Schulte, SPD: Ich bitte Sie jetzt um das Angebot.)

und mit der Bürgerinitiative haben Sie nicht gearbeitet. Das ist so.

Ich will an der Stelle auch noch zwei Punkte mit einbringen. Ich finde das schon sehr makaber, Herr Schulte, vorhin haben Sie gesagt und haben ein bisschen gelächelt darüber, dass die Bahngesellschaft ja nur so barrierefreundlich was macht.

(Jochen Schulte, SPD: Selbst das habe ich nicht behauptet.)

Belächelt, doch, doch,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und auch nicht belächelt.)

ich habe es ja gesehen. Sie können ja nicht nach hinten gucken, Herr Dr. Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was? Was kann ich nicht? – Heinz Müller, SPD: Er lächelt häufiger, der Herr Schulte. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich habe da vorne gesessen.

(allgemeine Unruhe)

Vielleicht können Sie mir noch mal zuhören!

Im Petitionsausschuss haben wir vor ungefähr vier Wochen eine Petition behandelt, wo sich Bürgerinnen und Bürger darüber gestritten haben oder sich darüber beschwert haben, was denn vom Prinzip her in Bezug auf die Barrierefreiheit stattfindet. Auch da hat das Verkehrsministerium nicht sagen können, welche der Bus-

haltestellen vom Prinzip her jetzt schon barrierefrei sind, was muss noch gemacht werden und wie viel Investitionen notwendig sind. Und da geht das Pingpongspiel weiter im Landkreis. Sie sagen, dafür ist der Landkreis zuständig. Der Landkreis sagt, wir haben dazu noch gar keine Möglichkeit gehabt. Also die Probleme sind nicht gelöst in unserem Landkreis und ich hoffe, dass wir dem Antrag der Fraktion DIE LINKE hier zustimmen und dass wir in den nächsten Wochen gemeinsam an einer Lösung arbeiten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Borchardt.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster für die NPD-Fraktion.

**Stefan Köster, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Schulte, hier geht es nicht um Alternativen, die angeboten werden, sondern es geht schlichtweg um Abbau von Infrastruktur, verbunden mit einer Vergrößerung von Fahrzeiten. Und auf den Verschiebebahnhof der Verantwortlichkeiten,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

darauf hat ja die Frau Borchardt schon hingewiesen. Der Genosse von der SPD, Herr Christiansen, weist die Verantwortlichkeit an die Landesregierung und der Genosse im Verkehrsministerium tut das Gleiche.

(Udo Pastörs, NPD: Tja.)

Festzuhalten ist, es herrscht gerade im Großraum Parchim eine große Verbitterung über das Handeln der Landesregierung. Und die Landesregierung ist verantwortlich für das Rechtschaos, was jetzt geschaffen worden ist. Letztendlich herrscht auch eine große Verärgerung über das Handeln von SPD und CDU. Es wird sich zeigen, was am 16. Dezember, also am kommenden Dienstag, letztendlich der Kreistag Ludwigslust-Parchim entscheiden wird.

Wir von der NPD-Fraktion stimmen dem Antrag der LINKEN zu. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –  
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke für die Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja jetzt vieles gesagt worden.

(Zuruf aus dem Plenum: Genau.)

Es war auch wieder eine sehr engagierte Rede vom Herrn Minister.

Ich merke, also im Prinzip ist es wirklich zwecklos, die Messen sind gesungen, und ich habe den Eindruck, das

will ich hier auch deutlich sagen, es geht seit Langem schon nicht mehr um die Sache, sondern hier geht es bloß noch darum,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Um das Prinzip.)

eine einmal getroffene Entscheidung nicht zurückzunehmen

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Wie bei allem, ja.)

oder zumindest darüber nachzudenken, ob es einen Weg da heraus gibt.

(Egbert Liskow, CDU:  
Das ist eine Unterstellung.)

Ja, das mögen Sie „Unterstellung“ nennen. Das ist der Eindruck, den ich hier gewonnen habe,

(Egbert Liskow, CDU: Der Eindruck trägt.)

und das tut mir außerordentlich leid, das muss ich so sagen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber zu ein paar einzelnen Bemerkungen, die hier auch gemacht worden sind: Die Zahl der Fahrgäste, das ist klar, es fahren insgesamt viel zu wenig Menschen mit der Bahn. Ich leider selber auch.

(Egbert Liskow, CDU: Oh, oh, oh!)

Ja, ich gebe es zu, aber Sie wissen auch ganz genau, Herr Minister, dass gerade die Grundlagen dieser Zählweise und die Zeiträume, in denen gezählt wurde, von vielen Leuten, die sich damit befasst haben, angezweifelt worden sind. Zumindest hat es eine ganze Reihe von Vorschlägen gegeben, was man machen könnte, um die Attraktivität der Strecke zu erhöhen und damit auch die Fahrgäste vielleicht zu animieren, doch öfter den Zug zu nutzen.

Was die Zweidrittelleistung im Vergleich zum Busangebot betrifft, da kann ich Sie beruhigen, Herr Schulte – also Zweidrittelleistung, solange die Hanseatische Eisenbahngesellschaft völlig ohne Zuschüsse, also nur eigenwirtschaftlich fährt. Darüber hinaus hoffen sie schon, dass sie zumindest den Betrag kriegen, der für das Schienenersatzverkehrskonzept bereitsteht.

(Dietmar Eifler, CDU:  
Jetzt ist die Katze aus dem Sack!)

Und über die Anbindung von Plau am See, auch darüber hat die Hanseatische Eisenbahngesellschaft nachgedacht und das unter Umständen in Erwägung gezogen.

Nun fragen Sie nach dem Konzept. Also nach dem, was mir Menschen erzählt haben – ich nenne jetzt hier keine Namen, aber wenn das gewünscht ist, kann ich das dann auch noch machen –, ist es so, dass die Geschäftsführung der Hanseatischen Eisenbahngesellschaft sich von dem Tage an bemüht hat, wo der Minister neu ins Amt gekommen ist. Nur haben sie Verständnis dafür gehabt, dass das eine Weile dauert. Er musste sich ja selber erst

mal da reinfinden in der Zeit. Aber es sind mehrfach Briefe geschrieben worden mit der Bitte um ein Gespräch. Es fand sich kein Termin! Es fand sich kein Termin bis zum Herbst!

Im September soll dann ein Gespräch zwischen dem Minister, dem Abteilungsleiter und dem Chef der Hanseatischen Eisenbahngesellschaft stattgefunden haben, und nach diesem Gespräch ist man sehr freundlich auseinandergegangen und hat sich gegenseitig versprochen: Wir werden gemeinsam eine Lösung finden. Das war nach Aussagen der heutigen Geschäftsführung nichts weiter als Hinhaltetaktik, und das ist das, wo die Menschen das Gefühl haben, sie werden einfach verschaukelt.

Eine Bemerkung noch zu dem Gutachten oder, besser gesagt, zu dem Problem mit der Notvergabe. Sie haben so ein bisschen unterschwellig gesagt, zumindest habe ich es so verstanden, dass es sehr leicht ist, sich ein genehmes Gutachten zu beschaffen. Ich meine, wenn das für die Eisenbahngesellschaft gilt, die sich hier eine Hannoveraner Kanzlei genommen hat, dann gilt das für die Kanzleien, die sich die Landesregierung nimmt,

(Thomas Schwarz, SPD: Auch.)

unter Umständen ja möglicherweise auch. Also sollte man das möglichst nicht so laut sagen.

Was steht in diesem Gutachten? Sie haben auch heute wieder gesagt, eine Notvergabe sei nicht möglich, weil 2012 schon einmal für die Gesamtstrecke Hagenow bis Neustrelitz eine Notvergabe gemacht worden ist. Das ist richtig. Die Notvergabe, die jetzt möglicherweise – ich sage ja gar nicht „muss“, sondern „möglicherweise“ – in Anwendung käme, die würde nur für den Teilabschnitt Parchim–Lübz–Malchow erfolgen. Dieser reduzierte Leistungsumfang steht als Notvergabe nicht mit der Vergabe von 2012 im Zusammenhang und wäre nach Aussage zumindest dieser Kanzlei möglich.

Außerdem, wann genau hat eigentlich das Land gegenüber dem Kreis signalisiert, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Landkreis Ludwigslust abzuschließen und die Mittel für den Schienenersatzverkehr durchreichen zu wollen? Und vor allem, wem haben Sie das signalisiert? Die Kreistagsabgeordneten haben das jedenfalls nicht gewusst. Und wenn Sie immer nur auf die Presse verweisen, der Wunsch der Eisenbahngesellschaft, mit Ihnen zu einem Termin zusammenzukommen, hatte ja damit zu tun, dass man sich zumindest zunächst erst einmal darüber unterhält, ob es eine Möglichkeit zur Lösung des Problems gibt. Dieses Gespräch hat nicht stattgefunden. Sich jetzt hinzustellen, wir haben da kein Konzept, wo im Prinzip die Grundzüge des Konzepts schon in diesen Briefen standen, das finde ich zumindest ein bisschen unfair.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU:  
Aber nur ein bisschen.)

Die Kürze des Zeitraums – das war ja auch noch ein Hauptargument von Ihnen, dass wir das annehmen würden –, also die Kürze des Zeitraums: Natürlich geht eine Eisenbahngesellschaft davon aus, dass sie nur so kurz wie möglich auf eigene Rechnung fahren muss. Zuschüsse braucht sie natürlich, um dauerhaft diese Strecke weiter bedienen zu können. Aber die Eisenbahnge-

sellschaft hat gesagt, ich mache das, bis diese rechtlichen Probleme möglicherweise geklärt werden können. Dann geht sie aber davon aus, dass sie zumindest die Zuschüsse für den Schienenersatzverkehr auch erhält.

Jetzt wird es noch einen weiteren Parallelverkehr geben. Herr Schulte hat es vorhin auch gesagt, es gab vorher schon Parallelverkehre, weshalb auch die Fahrgastzahlen in der Südbahn nicht so groß gewesen sind. Also das ist ja zumindest von allen auch in der Diskussion seit Langem als eine Ursache ausgemacht worden. Jetzt gibt es noch einen weiteren Parallelverkehr. Keiner weiß, auch die Hanseatische Eisenbahngesellschaft weiß es nicht, wie lange sie das durchhalten wird. Aber die Frage ist auch: Wie lange geht das bei den Busunternehmen? Denn eins ist klar, Leute, die die Südbahn wollen, die werden mit der Südbahn fahren und nicht mit dem Schienenersatzverkehr.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde das höchst enttäuschend. Ich finde, dass hier nicht klar ist, welche Rolle das Land tatsächlich in diesem ganzen Prozess gespielt hat – für meine Begriffe eine unrühmliche. Deshalb, ich kann es hier noch mal sagen, wir wünschen uns natürlich, dass Sie dem Antrag zustimmen. Das werden Sie nicht tun, aber namentliche Abstimmung muss es trotzdem geben. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion DIE LINKE hat gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3567 eine namentliche Abstimmung beantragt.

War noch ein Änderungsantrag? Dann brauche ich das Blatt doch noch einmal.

Bevor wir dazu kommen, gibt es eine Abstimmung über den hier mündlich vorgetragenen Änderungsantrag, in Ziffer II die Nummer 1 des Antrages zu streichen. Wer dem mündlich vorgetragenen Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der mündlich vorgetragene Änderungsantrag und damit die Streichung der Ziffer II Nummer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3567 abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu der schon angesprochenen namentlichen Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben bezüglich des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3567. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle

im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorgangs von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung  
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat, dies aber tun möchte?

(Die Abgeordnete Ulrike Berger wird  
nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Gibt es weitere Mitglieder des Hauses, die ihre Stimme abgeben möchten? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe also die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich nutze die entstehende kurze Pause oder die Zeit, die wir jetzt benötigen, um die Stimmenauszählung durchzuführen, dafür, eine Information an Sie weiterzugeben. Bei der gestrigen Weihnachtsfeier wurde über den Wertmarkenverkauf ein Erlös von 1.762 Euro erzielt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU  
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Stefanie Drese, SPD: Schön.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis bekannt geben. An der Abstimmung haben sich insgesamt 52 Abgeordnete beteiligt. Mit Ja stimmten 20, mit Nein stimmten 32, es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3567 abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung und am Schluss der letzten Sitzung in diesem Jahr. Hinter uns liegen arbeitsreiche Monate. Ich wünsche Ihnen allen im Kreise Ihrer Familien jetzt eine erholsame Zeit. Bis Weihnachten wird es natürlich an der einen oder anderen Stelle noch etwas zu tun geben, ein bisschen Stress vielleicht auch, aber das, denke ich, sollte uns nicht davon abhalten, doch die Zeit zwischen den Festtagen und die Festtage selber zu nutzen, um uns auch ein bisschen zu erholen und uns dann mit frischer Kraft im Januar hier wieder zu versammeln. Deshalb berufe ich die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 28. Januar 2015, um 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 15.20 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Lorenz Caffier, Ingulf Donig, Tilo Gundlack, Jörg Heydorn, Thomas Krüger und Michael Silkeit.



## Namentliche Abstimmung

### über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Winterabschiebungsstopp anordnen – Drucksache 6/3544 –

#### Jastimmen

##### SPD

Barlen, Julian  
Borchert, Rudolf  
Tegtmeier, Martina

##### DIE LINKE

Dr. Al-Sabty, Hikmat  
Bernhardt, Jacqueline  
Borchardt, Barbara  
Dr. Brie, André  
Foerster, Henning  
Holter, Helmut  
Koplin, Torsten  
Oldenburg, Simone  
Ritter, Peter  
Rösler, Jeannine  
Dr. Schwenke, Mignon  
Stramm, Karen  
Dr. Tack, Fritz

##### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Berger, Ulrike  
Gajek, Silke  
Gerkan, Jutta  
Jaeger, Johann-Georg  
Dr. Karłowski, Ursula  
Saalfeld, Johannes  
Suhr, Jürgen

#### Neinstimmen

##### SPD

Albrecht, Rainer  
Dr. Backhaus, Till  
Bretschneider, Sylvia  
Brodkorb, Mathias  
Butzki, Andreas  
Dachner, Manfred  
Dahlemann, Patrick  
Drese, Stefanie

Feike, Katharina  
Kaselitz, Dagmar  
Müller, Detlef  
Müller, Heinz  
Dr. Nieszery, Norbert  
Polzin, Heike  
Saemann, Nils  
Schulte, Jochen  
Schwarz, Thomas  
Selling, Erwin  
Wippermann, Susann

##### CDU

Eifler, Dietmar  
Friemann-Jennert, Maika  
Glawe, Harry  
Kokert, Vincent  
Lenz, Burkhard  
Lindner, Detlef  
Liskow, Egbert  
Reinhardt, Marc  
Renz, Torsten  
Ringguth, Wolf-Dieter  
Schlupp, Beate  
Schubert, Bernd  
Schütt, Heino  
Seidel, Jürgen  
Texter, Andreas

##### NPD

Andrejewski, Michael  
Köster, Stefan  
Müller, Tino  
Pastörs, Udo

#### Endgültiges Ergebnis:

|                          |    |
|--------------------------|----|
| Abgegebene Stimmen ..... | 61 |
| Gültige Stimmen .....    | 61 |
| Jastimmen .....          | 23 |
| Neinstimmen .....        | 38 |
| Enthaltungen .....       | -  |

## Namentliche Abstimmung

über den

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**Bahnbetrieb der abbestellten Teilstrecke der Südbahn  
durch den Kreis Ludwigslust-Parchim ermöglichen**

– Drucksache 6/3567 –

### Jastimmen

#### DIE LINKE

Dr. Al-Sabty, Hikmat  
Bernhardt, Jacqueline  
Borchardt, Barbara  
Holter, Helmut  
Oldenburg, Simone  
Ritter, Peter  
Rösler, Jeannine  
Dr. Schwenke, Mignon  
Dr. Tack, Fritz

Dahlemann, Patrick  
Drese, Stefanie  
Feike, Katharina  
Kaselitz, Dagmar  
Müller, Detlef  
Müller, Heinz  
Dr. Nieszery, Norbert  
Polzin, Heike  
Saemann, Nils  
Schulte, Jochen  
Schwarz, Thomas  
Tegtmeier, Martina  
Wippermann, Susann

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Berger, Ulrike  
Gajek, Silke  
Gerkan, Jutta  
Jaeger, Johann-Georg  
Dr. Karlowski, Ursula  
Saalfeld, Johannes  
Suhr, Jürgen

#### CDU

Eifler, Dietmar  
Glawe, Harry  
Lenz, Burkhard  
Lindner, Detlef  
Liskow, Egbert  
Reinhardt, Marc  
Renz, Torsten  
Ringguth, Wolf-Dieter  
Schlupp, Beate  
Schubert, Bernd  
Schütt, Heino  
Seidel, Jürgen  
Texter, Andreas

#### NPD

Andrejewski, Michael  
Köster, Stefan  
Müller, Tino  
Pastörs, Udo

### Neinstimmen

#### SPD

Albrecht, Rainer  
Barlen, Julian  
Borchert, Rudolf  
Bretschneider, Sylvia  
Butzki, Andreas  
Dachner, Manfred

### Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen ..... 52  
Gültige Stimmen ..... 52  
Jastimmen ..... 20  
Neinstimmen ..... 32  
Enthaltungen ..... -